

Recht auf Faulheit

Nr. 21 2-86
2.5o



6 Ausgaben 15,- DM
oder
12 Ausgaben 30,- DM
(Institutionen doppelt)
Überweisungen mit Angabe der ersten zu sendenden Nr. auf unser Konto oder per Scheck.

REDAKTION:

AKTION
Kriegkstr. 38
6000 Frankfurt 1

KONTO:

K. Cohrs
Postscheckkonto 3337 97-601
Postscheckamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

VERTRIEB:

Anares-Medien
Mühle 28
5270 Gummersbach 31

EDITORIAL

Hallo! Fast ist es ein Wunder, aber diese AKTION ist pünktlich fertig geworden. Dazu war wie immer sehr viel Arbeit nötig. Unser Ziel, lieber ein paar Seiten weniger, dafür aber regelmäßig erscheinen, materialisiert sich. Schwerpunkt dieser Nummer ist der Anti-Imp-Kongreß, der Ende Januar 1986 in Frankfurt stattfand. Neben einer eigenen Einschätzung bringen wir Flugblattauszüge, Diskussionsbeiträge anderer Gruppen und z. B. zwei Beiträge vom "marxistisch-leninistischen" Gruppen. Daraus werden grundsätzliche politische und ideologische Unterschiede deutlich. Die AKTION versteht sich nach wie vor als bundesweites Diskussionsforum, das nicht unter oder über der Scene steht, sondern eine Zeitung des Austausches und der inhaltlichen Auseinandersetzung, also ein politischer Ausdruck der Scene sein soll. Daher hoffen wir, daß anarcho- und anti-autoritäre Gruppen und Zusammenhänge diese Zeitung mehr nutzen, d. h. Beiträge, Artikel, Leserbriefe usw. schreiben. Diese Nummer enthält einige Dokumentationen, die wir wörtlich und zusammengefaßt abgedruckt haben. Zum Teil sind es Papers, die noch nirgends erschienen, und für alle gilt, daß sie für die weitere Diskussion wichtig sind. Wir möchten großzügige Grüße vom Nabel der Welt ins Berliner Allgäu und da besonders an die Leute der Zeitung "Tod oder lebendig" senden, deren letzte Ausgabe eine gute Ergänzung zur AKTION darstellt, da sie diesmal wichtige internationale Artikel enthält. Grüße auch an die meistverbotene Zeitung der Welt, an den "bayrischen Freiraum". Die Feminismus-Sondernummer macht gute Fortschritte. Es geht voran. Der Redaktionschluß für die nächste Nummer der AKTION ist der 6. Mai 1986.

SONDERNUMMER - FEMINISMUS

Zur im Sommer '86 geplanten Sondernummer hat sich jetzt in Frankfurt eine Frauengruppe zusammengefunden, die die Zeitung außerhalb der Redaktion erarbeitet. Als bisherige Themen haben wir:

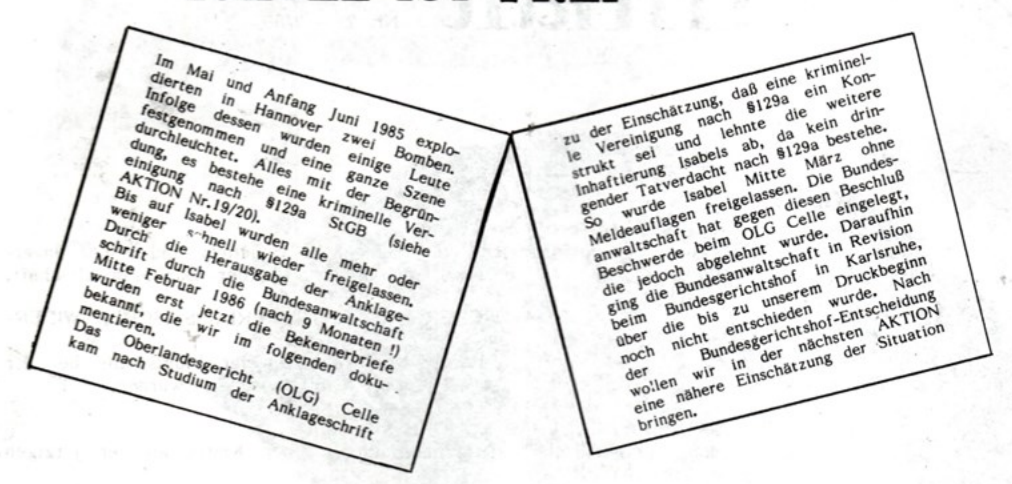
- Frauen und Militanz
- Frauenhandel
- Die Geschichte der anarchistischen Frauenbewegung
- Anarcha-Feminismus
- Politische Frauenbewegung oder neue Innerlichkeit

Es wäre toll, wenn noch mehr Frauen Lust hätten an der Arbeitsgruppe teilzunehmen, oder uns eigene Artikel, Material, neue Themenvorschläge usw. zuschicken würden. Näheres über die Redaktionsadresse.

Inhalt

Nr. 21 - 2/86

ISABEL IST FREI



Im Mai und Anfang Juni 1985 explodierten in Hannover zwei Bomben. Infolge dessen wurden einige Leute festgenommen und eine ganze Szene durchleuchtet. Alles mit der Begründung, es bestehe eine kriminelle Vereinigung nach §129a StGB (siehe AKTION Nr.19/20).
Bis auf Isabel wurden alle mehr oder weniger schnell wieder freigelassen.
Durch die Herausgabe der Anklageschrift durch die Bundesanwaltschaft Mitte Februar 1986 (nach 9 Monaten !) wurden erst jetzt die Bekennerbriefe bekannt, die wir im folgenden dokumentieren.
Das Oberlandesgericht (OLG) Celle kam nach Studium der Anklageschrift zu der Einschätzung, daß eine kriminelle Vereinigung nach §129a ein Konstrukt sei und lehnte die weitere Inhaftierung Isabels ab, da kein dringender Tatverdacht nach §129a bestehe. So wurde Isabel Mitte März ohne Meldeauflagen freigelassen. Die Bundesanwaltschaft hat gegen diesen Beschluß Beschwerde beim OLG Celle eingelegt, die jedoch abgelehnt wurde. Daraufhin ging die Bundesanwaltschaft in Revision beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe, über die bis zu unserem Druckbeginn noch nicht entschieden wurde. Nach der Bundesgerichtshof-Entscheidung wollen wir in der nächsten AKTION eine nähere Einschätzung der Situation bringen.

SOLIDARITÄT IST UNSERE WAFFE

Wir haben in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 1985 eine Bombe vor das Haus des Niedersächsischen Groß- und Einzelhandels gelegt. Wir wissen, daß wir damit das stärkste Mittel (außer Sabotage) genutzt haben, das die arbeitende Klasse auf der ganzen Welt in Zeiten, in denen keine offene Konfrontation mit den Herrschenden möglich ist, hat.
Diese Bombe ist der Ausdruck unseres revolutionären Bewußtseins und nicht nur der Ausdruck über unsere Wut über die Bonzen des Kapitals, von denen wir eh nie etwas anderes zu erwarten haben als Ausbeutung und Unterdrückung. Vernichtung unserer Persönlichkeit und unserer Umwelt.
Jedes Jahr werden Hunderte von uns durch Betriebsunfälle zu Krüppeln gemacht oder getötet, jedes Jahr begehen Tausende Selbstmord, landen in den Klapsmühlen, anderen "Heil"anstalten und Knästen. Zehntausende schlagen ihre Kinder, weil sie mit schlechten Zeugnissen nach Hause kommen - sie werden geschlagen, "weil sie es mal besser haben sollen"! Wir sagen euch, hört sofort damit auf und fangt endlich an, dafür zu kämpfen, daß sie es mal wirklich besser haben. Erinnert euch endlich wieder daran, daß ihr in diesem Staat die Ausgebeuteten und Betrogenen seid.

Diese Bombe haben wir aber nicht gelegt, um die Arbeitgeber anzugreifen, sondern - und das noch viel mehr -um die Schweinereien der Gewerkschaftsbonzen aufzuzeigen, dieser hinterhältigen Schweine, die nichts weiter tun als euch einzulullen, die viel versprechen und wenig halten. Was ist aus dem Kampf um die 35-Stunden-Woche und aus euren Lohnforderungen angesichts der realen Preissteigerungen geworden?
Diese Gewerkschaften sind ein wichtiger und notwendiger Bestandteil des kapitalistischen Systems und ein nützlicher Spielball der Arbeitgeber. Sie haben die Aufgabe, uns immer wieder zur Ruhe zu bringen und unseren Widerstand zu kanalisieren und zu integrieren, damit wir die Kapitalisten nicht daran hindern, in Ruhe mit unserer Hilfe immer höhere Profite zu erwirtschaften. Wir brauchen freie Gewerkschaften, die sich nicht damit begnügen, kleine Schönheitskorrekturen vorzunehmen, sondern die für eine klassenlose Gesellschaft kämpfen.
Wir alle wissen, auch wenn's nur im Hinterkopf ist und wir es immer wieder sehr gut verdrängen, worum es geht: in diesem Land gibt es ca. 2,5 Millionen Arbeitslose und ein Heer von Sozialhilfeempfängern und es werden immer mehr. Was uns als Arbeitserleichterung verkauft wird - nämlich Computer, Bildschirmgeräte, EDV-Anlagen und Roboter - sorgt später für unsere Wegrationalisierung und die damit verbundene Arbeitslosigkeit.
Wir wissen alle, wenn wir mit 40 unseren Arbeitsplatz verlieren, verlieren wir ihn in der Regel für immer. Diese Angst, die wir davor haben, soll uns für die Kapitalistenschweine noch verfügbarer machen (wenn du aufmuckst, fliegst du raus). Wir sollen alles hinnehmen:weniger Geld, schlechte Arbeitsverträge und -bedingungen.
Sie schüren unsere Angst um Arbeitsplätze, damit sie noch mehr Geld verdienen. Sie schüren sie auch, um unsere Solidarität mit den Entlassenen und von der Entlassung bedrohten Freunden und Genossen zu brechen, nach dem Motto "lieber der fliegt als ich".
Ängste, egal wovor - Arbeitslosigkeit, Isolation, Armut, Aufrüstung, AKW's, Umweltzerstörung und vieles mehr -bewirken, daß unser Widerstand und unsere Solidarität im Keim erstickt. Die Herschenden brauchen unsere Angst, damit diese System immer reibungsloser funktionieren kann.

In den Tränen des Volkes sind die Herrschenden noch nie umgekommen.

DIE UNAUSSTEHLICHEN

"KRIEG DEN HÜTTEN, PALÄSTE FÜR ALLE !"

Wir haben in der Nacht vom Samstag den 01. 06. auf Sonntag, den 02. 06.85 jeweils eine Feuerlöscherbombe bei der Deutschen Messe AG Hannover und eine Kordelbombe am Wirtschaftsministerium zur Explosion gebracht.
Wir haben dies getan mit dem Wissen, daß es etwas anderes als die Herrschaft von Menschen über Menschen gibt: die Ahnung von einem Leben ohne Klassen, uns tötende Fabriken, Betonghettos, Knäste, Nerven- und andere Heilanstalten läßt uns diesen Kampf führen, auch wenn wir auf allen Ebenen vom Knast bedroht werden. Wir kämpfen für ein selbstbestimmtes Leben ohne Ausbeutung, für kollektive Lebenszusammenhänge mit egalitären Entscheidungsstrukturen, in denen es keine machthungrige Klasse gibt, die uns erzählen kann, wo es lang geht.
Wenn wir den Kampf auf allen Ebenen und mit allen Widerstandsformen nicht bald aufnehmen, kann es schon in wenigen Jahren zu spät sein. Aus der Krise der 70er Jahre bewegen wir uns immer schneller in eine Situation hinein, in der das Kapital hier in den Metropolen eine neue Massenarmut schafft: eine unentlohnte Klasse, gegängelt und kontrolliert durch Datensysteme, polizeiliche Gesellschaftshygiene (Herold) und Zwangsarbeit.
Für das Überleben des Kapitals ist es unbedingt notwendig, die Produktionprozesse zu verändern, um den Fall der Profitrate aufzuhalten und den Mehrwert zu sichern. Dies geschieht über die Senkung der Produktionskosten (z. B. durch Zwangsarbeit von Sozialhilfeempfängern, Teilzeitverträgen, Reallohnsenkungen) und der Steigerung der Arbeitsdisziplin.
Darüberhinaus übernimmt das Kapital heute den Versuch ohne Arbeiterklasse zu produzieren. Die Arbeiterklasse als ständiger Unsicherheitsfaktor steht durch die Computerisierung, die sogenannte dritte industrielle Revolution, vor ihrer Liquidierung. Konkret heißt das eine völlige Dequalifizierung aller Arbeitskräfte in den Fabriken und Büros, mit Ausnahme einer technischen Elite, die in der Lage ist, die Computer und Roboter zu programmieren und zu steuern. Der Lohn der Menschen, die dann noch Arbeit haben, wird dann nicht mehr ausschließlich für ihre Arbeitskraft gezahlt, sondern der Umfang der subjektiven Einpassung in staatlich-kapitalistische Planbarkeit wird eine immer größere Rolle spielen.
Für die Zukunft des Kapitals hat die Deutsche Messe AG Hannover eine überragende Rolle. Diese Messe und ihre Bedeutung sind zugleich Ausdruck und Verkörperung des "freien" Welthandels, dem die Bundesregierung in ihrer Politik höchsten Stellenwert beimißt. Die Hannovermesse hatte 1985 7000 Aussteller aus aller Welt. Um diesem Andrang gercht zu werden und den Ausstellern ein erstklasiges Verkaufsklima zu bieten, wurden von der Messe AG 1984 ca. 85 Mill DM investiert.
Ab 1986 wird die Hannovermesse in eine CEBIT-Messe für Büro-, Informations- und Kommunikationstechnik und eine Mese für industrieelle Technologien geteilt. Auf diesen Messen wird alles gezeigt, was das Kapital braucht, um Arbeitsplätze zu beseitigen. Der Club of Rome geht z. B. davon aus, daß insgesamt durch die neuen Technologien 50% der Arbeitsplätze wegrationalisiert werden.
Der Staat hat die Aufgabe, die Durchführung dieser nächsten Etappe der Ausbeutung rechtlich abzusichern. Für Die Versorgung der steigenden Zahl von Arbeitslosen ist ebenfalls allein der Staat zuständig. Die Massenarbeitslosigkeit bedeutet, daß soziale und finanzielle Forderungen an den Staat gestellt werden. Der Sozialahaushalt, aus dem diese Gelder stammen, wird aber durch die Steuern der Lohnabhängigen finanziert, die millionenfach keine Löhne mehr erhalten - daher auch keine Steuern zahlen. Das Finanzloch, daß im Sozialetat entsteht, wird deshalb auf die Betroffenen abgewälzt. Die Sozialleistungen werden gekürzt, und die restlichen Lohnabhängigen höher besteuert, d. h. das Realeinkommen der Masse der Bevölkerung sinkt und zwar im gleichen Maße wie die Rationalisierung fortschreitet. Durch das ständige Sinken des Reallohneinkommens wird sich der Massenkonsum in den Metropolen derart verringern, daß es zu Absatzkrisen in den kapitalistischen Staaten selbst kommt. Deshalb sollen die kapitalistischen Staaten die Verhandlungen zum Abbau von Handelshemmissen (GATT) schnellstmöglich aufnehmen. Ziel ist eine Öffnung der Märkte in der Dritten Welt. Dieser Versuch, durch expanidierenden Export die Absatzkrise aufzufangen, erscheint jedoch aussichtlos. Die Verschuldung der Dritten Welt bietet wenig Platz für neue Exporte, denn der wachsende internationale Konkurrenzdruck und die Krise in den Metropolen verschlechtern die Verkaufschancen in der Dritten welt enorm. Die einzige Ausnahme für einen profitversprechenden Handel stellen die Rüstungsexporte dar, aber auch diese Exporte werden die Krise des internationalen Kapitals nicht aufhalten.
Um den aufkeimenden Widerstand der sozialen Unterschichten - der Jobber, Arbeitslosen, Sozialhilfeempfänger, Frauen und Ausländer - gerade auch im Hinblick auf die sich eskalationsartig verschärfende Krise zu zerschlagen, hat der Staat die Aufgabe, Revolten gegen die Interesen des Kapitals zu verhindern, den inneren Repressionsapparat weiter auszubauen und mit verschärfter Brutalität einzusetzen. Diesen Punkt sollte sich vor allem die legalistische und gewaltfreie Linke vergegenwärtigen; das BKA, die GSG 9, Bundeswehr und BGS werden von der Rationalisierung genau so wenig betroffen sein wie die Bullen.
Abschließend bleibt zu sagen, daß die neue Massenarmut die Kontrollmittel des Staates an die Grenzen ihrer Leistungsfähgiektі bringen wird. Die Antwort auf das Dilemma des Kapitalismus ist heute mehr denn je die Sabotage - aber sie muß zur Waffe werden gegen die Destruktivität des Kapitals. "Schon beim heutigen Niveau der Technik hängt das reibungslose Funktionieren der Städte und Gesellschaften von technischen Geräten ab. Sie sind daher außerordentlich empfindlich für Funktionsstörungen oder Sabotage. Die Folgen von Stromausfällen wie in Riesenstädten wie New York sind erchreckend. Wenn das Leben der Menschen noch umfassendeder computerisiert wäre, könnten diesen Gefahren ungeahnte Dimensionen annehmen. Kraftwerke, Kernreaktoren, Ölraffinerien, Kommunikationssysteme und Datenbanken, sie alle haben empfindliche Nervenzentren, die durch Sabotage und politische Gewalttätigkeit verwundbar sind und deren Zerstörung die Gesellschaft mit einem Schlag lähmen könnte."
"Spielgel, Club of Rome Bericht über Mikroelektronik)
Wir grüßen alle unsere kämpfenden Genossen/innen, besonders diejenigen, die unter mörderischen Bedingungen ihren Kampf im Knast führen müssen.
Freiheit für alle politischen Gefangenen! Wir werden siegen!



DAS BRETT VORM KOPF ZUR WAFFE MACHEN



Einleitung

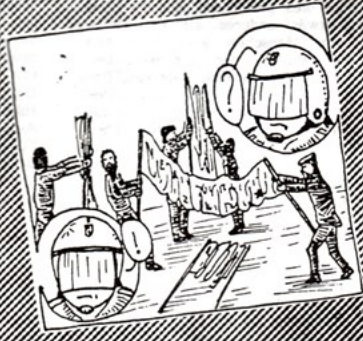
Vom Freitag, den 31. 1. bis Dienstag, den 4. 2. 86 fand in der Frankfurter Fachhochschule der Kongreß: "Antikapitalistischer und antiimperialistischer Widerstand in Westeuropa" statt. Insgesamt hatten über tausend Leute den Kongreß besucht, Anti-Imperialist-inn-en (Anti-Imps), viele Autonome und einige Anarchist-inn-en. Zudem waren ausländische Besucher unterschiedlicher Weltanschauung anwesend.



Organisiert wurde dieser Kongreß von einem Teil der Frankfurter Anti-Imps.
Die äußeren Akzente setzten: am Freitag die Bullen, als sie den Kongreß auflösen wollten; die Veranstalterinnen, die alle Kongreßteilnehmerinnen kontrollierten; Startbahngegnerinnen, Autonome und Anarchist-inn-en, die die Aufhebung der Kontrollen forderten.



Kontrolliert wurde mit Plasitkhandschuhen und Metallsuchgeräten. Taschen und Geldbeutel, Tabak etc wurden durchsucht, Feuerzeuge ausprobiert, Notizbücher, Schreibmaterial, Bierflaschen und Taschenmesser wurden beschlagnahmt. Außerdem wurde versucht, Büchertische und Infomaterial zu zensieren.
Die inhaltliche Diskussion, soweit es eine gab, wurde zum großen Teil über die Analysen und die Aktionen der Roten Armee Fraktion (RAF) im August '85 (Erschießung des US-Soldaten Pimental, um an dessen ID-Card zu kommen und den darauf folgenden Bombenaschlag auf die Air Base Frankfurt) geführt.
In den Gesprächen nach dem Kongreß mit Kongreßbesucher-inne-n (viele von uns gingen wegen der Kontrollen nicht in den Kongreß) wurde uns eines klar: Zu dem Kongreß gibt es so viele unterschiedliche Meinungen wie es Kongreßbesucher-innen gab. So können wir auch keinen vollständigen, objektiven Überblick des Kongreßverlaufes geben. Es ist also eher eine Sammlung von Eindrücken und wir warten daher auf Ergänzungen, Kritik etc. (nur meckern gilt nicht).



Wenn wir im folgenden von den Anti-Imps, den Autonomen, den Anarchist-inn-en und den Startbahngegner-inne-n reden, beziehen wir uns auf die öffentlich am weitesten verbreiteten Einschätzungen dieser Gruppen. Daß innerhalb dieser Gruppen es auch verschiedene Positionen und Fraktionen gibt, ist uns bekannt, würde aber vieles verkomplizieren. So werden wir diese Minderheitsfraktionen nur erwähnen, wenn es zum Verständnis notwendig ist.

Warum wurde der Kongreß organisiert?

Unserer Meinung nach wurde dieser Kongreß von der Vorbereitungsgruppe veranstaltet, um aus der praktischen Isolierung der Anti-Imps auszubrechen und neue Leute auf ihre Seite zu ziehen. Weniger ging es ihnen um theoretische Diskussionen und Begriffsklärungen, woran aber die meisten Kongreßbesucher-innen Interesse hatten. So ist es auch erklärbar, daß versucht wurde, konträre Diskussionen zu unterbinden.

Argumente, zum Kongreß zu gehen

Die Argumente, zum Kongreß zu gehen, waren je nach politisch-ideologischer Orientierung sehr verschieden. Viele meinten, gegen die Anti-Imp-Politik Position beziehen zu müssen und mit gemeinsamen Inhalten die Perspektivlosigkeit zu überwinden. Andere waren sicher vom bewaffneten Kampf der RAF angezogen, deren politische Vertretung die Anti-Imps sein wollen. Auch der Begriff der "gemeinsamen Front" sollte geklärt werden, da viele Gruppen hinter diesem Begriff nicht stehen, sich aber vereinahmt fühlen.



Leute von Außerhalb
Trotz der heftigen Kritik an den Kontrollen gingen doch die allermeisten Leute von außerhalb Frankfurts in den Kongreß. Dies lag zum Teil an der langen Anreise, und daß Einzelpersonen und Kleingruppen sich nicht effektiv gegen die Kontrollen wehren konnten. Zum anderen war es Neugier auf die Inhalte der anderen Leute aus den verschiedenen Städten und Ländern, wollte mensch Erfahrungen austauschen, zusammen reden. Auch die unter manchen Autonomen stark vorhandenen Sympathien für Anti-Imps und RAF waren wohl ein Grund dafür.
Bei dem Versuch, am Dienstag die

Kontrollen aufzuheben, kamen nur wenige Auswärtige nach draußen, die Mehrheit verstand die Aktion nicht, ansonsten hätte die Möglichkeit bestanden, von innen einzugreifen.



Zusammensetzung
Es waren viele Autonome aus anderen Städten da, verschiedene Anti-Imp-Gruppen, die Veranstaltergruppe, ausländische Genoss-inn-en, einige Anarchist-inn-en und Neugierige aus Frankfurt und Umgebung. Bei der Mehrzahl bestand starkes Interesse an der Diskussion mit den ausländischen Genoss-inn-en, die interessante Informationen hatten, z.B. Spanien, Niederlande, Palästina. DAs läßt sich vielleicht daher erklären, daß der Diskussionsstand aus der BRD doch bekannter ist.

Inhaltliche Kritik
Diese bezog sich in den BRD-Diskussionen, aber auch in den Arbeitsgruppen mit ausländischen Genoss-inn-en auf die ökonomisch-militärische Analyse der RAF der letzten Jahre, aus der auch die sehr heftig kritisierten Aktionen der RAF im August '85 resultieren. Dazu gibt es zwei Positionen, die nicht zusammen kommen. Die eine von ehemaligen RAF'lern bzw. Gefangenen aus der RAF und einigen Anti-Imps (siehe "Für den Kommunismus"), die andere prinzipieller Kritik kommt von Autonomen und Anarchist-inn-en.

Diskussionsstil
In den Diskussionen fiel es Leuten schwer Positionen gegen die Anti-Imps zu beziehen, weil dies einigen Mut erforderte und sie zum Teil vereinzelt auftraten. So kam es zum Niederschreien von Teilnehmer-innen:
"Eh, halt den Mund, das tut jetzt nichts zur Sache - Dieses Thema wird jetzt nicht besprochen - So können und wollen wir nicht diskutieren". Die Diskussionen wurden unsolidarisch geführt und spiegelten nicht die Meinung der Anwesenden wieder.

Versteckte Positionen
Inhaltlich ging es auf dem Kongreß wohl um zwei Grundpositionen, die nie so direkt angesprochen wurden und zu denen wohl auch nicht alle ein klares Verhältnis hatten.
Die eine Position ist die der Anti-Imps. Sie kämpfen für den Kommunismus, der nach klassischen Vorbildern (Sowjetunion, Kuba, etc.) verwirklicht werden soll, also Aufbau einer "kämpfenden" kommunistischen Partei (Front?) als politischer Teil und Aufbau einer Guerilla als militärischen Teil des Kampfes gegen den Imperialismus auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Nach Zerschlagung des Imperialismus soll ein neuer Staat aufgebaut werden, der die Diktatur des Proletariats unter Führung der Partei ausübt. Dann erst soll von den Kadern das Bewußtsein der Massen geschult werden für den Kommunismus. So ist es verständlich, daß der real-existierende Sozialismus in aller Welt für die Anti-Imps kein öffentlich zu kritisierendes Thema ist. In kleineren Kreisen kommen sogar offen die Sympathien für die SU-Politik zum Vorschein (militante DKP-Politik?).



Die andere Position ist die der Anarchist-inn-en und von Teilen der Autonomen. Sie lehen den Aufbau von hierarchischen Organisationen (z.B. Parteien) ab. Ebenso soll in der sozialen Revolution sämtliche Herrschaftsstrukturen zerschlagen werden: Staat, Patriarchat, Kirche, Kapital etc. Die soziale Revolution muß weltweit durchgesetzt werden, da ansonsten es durch gegenrevolutionäre Kräfte wieder zur Errichtung einer Staatsmacht kommt (Spanien 1936, Ukraine). Die neue befreite Gesellschaft muß daher schon jetzt in den Aktionen, den Organisationen und dem Zusammenleben der Leute sichtbar werden.
Diese beiden grundverschiedenen Ansätze verwenden nun zum Teil die gleichen Begriffe des revolutionären Sprachgebrauchs, wie Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus, Klassenfeind etc. Doch wird diese Gemeinsamkeit nur über den gemeinsamen Gegner und Repression hergestellt (z.B. Diskussion, ob der Kongreß gegen die Bullen verteidigt werden soll) und nicht über die Inhalte. So kommt es, daß gerade die Autonomen zwischen den Linien stehen. Einerseits haben sie inhaltlich kein gemeinsam diskutiertes Gesamtkonzept und können nicht als Autonome an sich Stellung beziehen. Andererseits werden sie durch die verbale Militanz der Anti-Imps bzw. durch die Aktionen der RAF angezogen und gleichzeitig durch deren Inhalte und Strukturen wieder abgeschreckt.



Eindruck in den Knästen
In die Knäste wurde von seiten der Anti-Imps folgendes Bild vom Kongreß vermittelt: Es gab den Bulleneinsatz am Kongreßbeginn und die zentrale Frage dabei war, ob der Kongreß militant verteidigt werden soll, oder ob auf juristischer Ebene verhandelt wird.
Zweiter Punkt war die Aktion am Dienstag, als die Aufhebung der Kontrollen gefordert wurde. Diese Aktion sei jedoch aufgrund der Kritik an den Kontrollen durchgeführt worden, ohne sonstige Inhalte und sei deshalb schwachsinnig.
Die Schwierigkeiten bei der inhaltlichen Auseinandersetzung auf dem Kongreß wurden schlicht verschwiegen, so z.B. daß es keine gemeinsame abschließende Gesamtposition des Kongresses gab, was nun damit entschuldigt wird, daß die Dienstag-Aktion den Abbruch erzwungen hätte. Doch kehrt diese Argumentation nur die Schwierigkeiten unter den Teppich, die schon vorher bestanden hatten.

Die Dienstag-Aktion

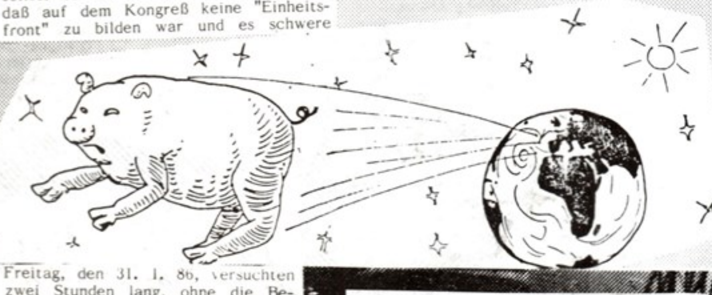
Am letzten Tag des Kongresses wurde eine Veranstaltung zum Widerstand gegen die Startbahn West angesetzt. Für viele Startbahngegner-innen, Autonome und Anarchist-inn-en war dies der Knackpunkt, an dem sie gegen gemeinsam gegen die Kontrollen vorgehen wollten. Die Tage vorher kam es zu keiner kollektiven Aktion, da jeder vereinzelt zum Kongreß ging. Es wurde versucht, den Veranstaltern klar zu machen, daß es nicht darum ging, als Startbahngegner-innen unkontrolliert zur Startbahnveranstaltung zu kommen, sondern es ging prinzipiell um die Kontrollen (siehe Flugblatt). Deswegen wurde auch der Vorschlag abgelehnt, in einem Nebenraum die Veranstaltung durchzuführen.

Die Veranstalter-innen der Startbahnveranstaltung erklärten sich in soweit solidarisch, als sie es ablehnten, ohne die draußen stehenden Leute anzufangen. So standen sich am Kontrollpunkt Kontrollettis und Nichtkontrollierwillige in erregter Diskussion z.T. in Ketten eingehakt gegenüber. Einmal kam es sogar kurz zu Rangeleien, als ein Tisch beiseite geschoben werden sollte. So wurde auch optisch deutlich, daß auf dem Kongreß keine "Einheitsfront" zu bilden war und es schwere inhaltliche Differenzen gab.

Diese Aktion war sicher auch ein Ergebnis des mangelnden Willens von Seiten der Veranstalter in der Vorbereitungsphase mit anderen Gruppen zusammen zu arbeiten und kritische Inhalte ausgeschlossen wurden. So war es denn nicht verwunderlich, daß Leute sich dann auf diese Art und Weise einmischten. Daß dies nicht die optimale Aktion war, ist vielen im Nachhinein klar geworden. Es hätte sicher noch andere Möglichkeiten gegeben. Doch war die Aktion ein authentischer Ausdruck der momentanen Situation in Frankfurt. Für viele von außerhalb war diese Aktion dann auch schwer verständlich. Nach einem Ultimatum an die Veranstalter kam von diesen das Angebot, daß mensch sich von den eigenen Leuten kontrollieren lassen sollte. Dies wurde abgelehnt. Es ging ja nicht um den politischen Standpunkt der Kontrollettis. Dann wurde beschlossen, auf eine weitere Konfrontation zu verzichten und einen Bruch mit dieser Anti-Imp-Politik zu dokumentieren, indem mensch nach Hause ging.

Wichtig finden wir es, an der Diskussion über die Dienstag-Aktion nicht hängen zu bleiben. Die zentralen Punkte waren die Vorbereitung und der (nicht-)inhaltliche Kongreßverlauf. Die Frankfurter Vorbereitungsgruppe unterließ es Autonome und Anarchist-inn-en zu informieren. So kamen wir nur über Beziehungen und sehr kurzfristig zu Informationen, die z.T. als spekulativ galten (z.B. Kontrollen).
In anderen Städten lief das besser. Hier gingen Anti-Imps auf andere Gruppen zu und es gab Diskussionen. Skandalös war das ignorieren kritischer Inhalte zu RAF und Anti-Imp-Analysen, die in den Vorbereitungspapieren zum Kongreß einfach nicht veröffentlicht worden waren. Was total fehlte auf dem Kongreß, war eine ökonomische Analyse aus sozialrevolutionärer Sicht, also Kampf der Lohnarbeit, Jobber, neue Klassenzusammensetzung, revolutionäres Subjekt etc.

Daher war der Kongreß insofern wichtig, daß vielen klar wurde: So kommen wir im Hinblick auf einen sozialrevolutionären Prozeß nicht weiter!
Es müssen andere, anti-autoritäre Auseinandersetzungsformen entwickelt werden (Zeitungen, Aktionen, Veranstaltungen, Organisationsformen etc.), mit denen eine solidarische Kritik, gerade auch an den eigenen Positionen möglich ist. Zudem müssen inhaltliche Positionen (Anarchismus, Sozialismus, Kommunismus etc.) viel genauer bestimmt werden, um auch Abgrenzungen zu setzen zu Inhalten, die auf Herrschaftsstrukturen und Machtpolitik hinauslaufen.



WESHALB WIR UNS NICHT DURCHSUCHEN LASSEN

(Flugi zur Dienstagaktion)

Am Freitag, den 31. 1. 86, versuchten wir zwei Stunden lang, ohne die Bereitschaft das Dursuchungsritual zu erdulden, unsere Teilnahme am Kongreß durchzusetzen. (Eine Woche zuvor hatten wir erfahren, daß jede/r mit einem Metalldetektor durchsucht werden sollte, was wir für ein Gerücht hielten).
Im Rahmen unserer Vorbereitungen zum Kongreß war die Diskussion über Eintritt und Durchsuchung ein Punkt. Für uns alle bestand die Klarheit, am Kongreß teilnehmen zu wollen und unsere Inhalte einzubringen. Die Rahmenbedingungen des Kongresses, die Durchsuchung und der Eintritt, waren für uns nicht akzeptabel. Es geht nicht um eine Kritik an der Art der Durchsuchung, sondern um die Durchsuchung an sich. Es geht nicht an, zu vertreten, daß Bullenmethoden durch Anwendung von "uns" inhaltlich zu anderen werden.
Sehr wohl sind wir der Meinung, daß Sicherheitsmaßnahmen notwendig sind. Allerdings gilt für uns nicht der Grundsatz, daß das Ziel jedes Mittel heiligt. Weil wir, genauso wie die Kontrollettis selbst, davon ausgehen, daß die Räume abgehört werden, daß Spitzel am Kongreß teilnehmen und evtl. Anschläge durchgeführt werden, wird diese Maßnahme lediglich zur symbolischen Sicherheitsshow.
Angesichts mangelnder Effektivität und Verhältnismäßigkeit stellt sich wohl doch an diesem Punkt die grundsätzliche Frage nach der politischen Analyse. Wir halten es für blanken Zynismus die Verhältnisse in der BRD mit den real existierenden Kämpfen in El Salvador, Irland oder Südafrika zu vergleichen.



(Legitimationssprüche wie "in Nicaragua laßt ihr euch ja auch durchsuchen" oder "bei Kongressen von IRA und Sinn Fein werden auch bewaffnete Patrouillen durchgeführt").
Wir halten es für eine nicht zu verantwortende Verharmlosung der Aufstandsbekämpfungsmethoden der Herrschenden, wenn den ausländischen Genossen mit dem Subversionsspiel die Disziplin und Stärke der westdeutschen Linken vorgeführt werden soll.
Entlarvend war die Schnelligkeit mit der von der argumentativen Ebene auf die der verbalen Drohung und Diffamierung übergesprungen wurde ("hier wird nicht diskutiert, du fliegst gleich die Treppe hinunter", wenn du das nicht einsiehst, hast du Dreck im Kopf", bis hin zu den bekannten Bullenkommandos "Treppe räumen").
Bezeichnend für die eigene Unsicherheit der Kontrollettis war die Angst vor unserer Diskussion mit "Unentschlossenen" nach dem Motto "Verschleierung statt Konfrontation und dem Ergebnis, wer zweifelt soll trotzdem akzeptieren".
Es ist keine Lösung, die nicht Durchsuchungswilligen, aber doch Gekommenen als Prinzipienreiter-innen oder Provos verdrängen zu wollen. Die Hilflosigkeit dieser Begegnung spricht für die fehlende Kontinuität unserer Auseinandersetzung , zu der der Kongreß ein Beitrag hätte sein sollen.
Speziell uns wurde diese Möglichkeit verwehrt. Weil es überhaupt nicht unser idividuelles Problem ist, sondern als ein Politikum betrachtet werden muß, sehen wir dieses Flugblatt als vorerst letzte Möglichkeit, uns während des kongresses zu Wort zu melden.

Autonome und Antiimperialist-inn-en

Die sozialen Bewegungen lässen sich nicht freiwillig kontrollieren

Eure Kontrollen verhindern nicht wirklich eine mögliche Provokation oder Attentate auf ausländische Genossen (das technische Gerät ist im Zweitelsfall längst installiert), sie sollen ganz augenscheinlich demonstrieren, daß jeder, der durch diese Schleuse hindurch ist, Teil der kämpfenden Front ist, Spitze und Avantgarde des revolutionären Kampfes - Die vermeintliche Zuspitzung der Kämpfe hat bekanntlich schon immer Opfer verlangt. Und je mehr der Staat auch tatsächlich zuschlägt, umso deutlicher wird, wie gefährlich die "Front" für diesen Staat ist; je mehr die "Front" die Initiative ergreift, umso verzweifelter also schlagen die Feinde zurück. Deshalb muß die Front auch auf alles vorbereitet sein. Der Feind, die Repression des Feindes wird also als Maßstab revolutionärer Politik, an der Repression des Feindes wird die Qualität des eigenen Widerstandes abgeleitet - sichtbar. Die inhaltliche Bestimmung entwickelt sich nicht aufgrund der eigenen Perspektive und Utopie, sondern wird diktiert durch den Grad der Repression. Auf der Strecke bleibt die Idee der Befreiung, die bereits heute in unseren Handlungen sichtbar werden muß.
Und genau das ist auch das verhängnisvolle an eurer Politik: Am Feind, am "imperialistischen Gesamtsystem", wird die westeuropäische Front aufgerichtet und nicht aus den Verhältnissen heraus, die hier in der BRD existieren und wird weniger an den politischen Bedingungen und Prozessen die innerhalb der sozialen Bewegungen anliegen. Ansonsten könnt ihr nicht an der maßlosen Behauptung/Anmaßung festhalten, eine soziale Bewegung, ob Startbahn West oder WAA, sei Teil der westeuropäischen Front. Die westeuropäische Front ist kein Ergebnis gemeinsamer Auseinandersetzungen und noch weniger Ergebnis gemeinsamer politischer Prozesse. Sie ist hohl und tönern wie die westeuropäische Guerilla, die nicht Ergebnis "nationaler" Stärke und Verwurzelung ist, sondern Ausdruck nationaler Schwäche und Triumphalismus. So wenig wie die Europäisierung der Guerilla die Niederlagen im eigenen Land vertuschen kann, so wenig wird die westeuropäische Front vertuschen können, daß die Auseinandersetzungen zwischen der "Front" und dem Widerstand eher den Bruch als die Einheit markieren.

Wer lediglich ein funktionales und taktisches Verhältnis zu den sozialen Bewegungen hat, der darf, sich nicht wundern, wenn wir aus eurer Statistik aussteigen. Wie plump und funktional euer Verhältnis ist, dokumentiert die Tatsache, daß ihr auf den letzten Drücker das Angebot an die Autonomen gemacht habt, am Kongreß inhaltlich mitzuwirken. Wie frech und verlogen, wo das Programm schon längst feststand und gedruckt im Umlauf war!
Wir sind aber nicht die Garnierung eurer Front, auch nicht am "Tag der sozialen Bewegungen"!

LETZE GROSSE



WEDER DURCH EURE SCHUTZTRUPPE, NOCH DURCH EURE IMAGINÄRE WESTEUROPÄISCHE FRONT

Zu diesem Schluß müssen wir kommen, wenn selbst vorgelegte Kritikpapiere sang- und klanglos unter den Tisch fallen.
Sicherlich ist das nicht das Einzige, einer funktionales Verhältnis zu uns, das eher zu politischen Vereinnahmung dient, als zur offenen Auseinandersetzung über Unterschiedlichkeiten und Gemeinsamkeiten. Es geht auch um die Politik der Guerilla, der Gefangenen, die oft so entstellt und aussortiert von euch wiedergegeben wird.
Wie war's denn, wenn ihr offen die Kritik der Gefangenen aus Celle zu den letzten RAF-Aktionen diskutiert, anstatt sie zu verschweigen?
Wie war's, wenn ihr offen die Auseinandersetzung über Widersprüche innerhalb eurer Fraktion diskutiert, anstatt die Kritiker aus euren Reihen kaltzustellen?
Wie wär's, wenn ihr anhand der Air-Base-Aktion und der Pimental-Hinrichtung eure politische Strategie und Utopie klar bestimmt, anstatt die massive Kritik am Air-Base-Anschlag mit keinem einzigen Wort in eurem Programm zu erwähnen? (Was heißt das denn, wenn ihr schreibt, "die Angriffe im August" haben "neue Möglichkeiten aufgerissen"?). Wie schwach müßt ihr wirklich sein, wenn ihr dies zu verschweigen und auszugrenzen versucht?!
Für uns war der Anschlag auf der Air-Base und die Hinrichtung des GI Pimental kein "Ausrutscher", sondern die konsequente Fortsetzung einer RAF-Politik, die nur den Feind im Visier hat, und längst nicht mehr die Menschen, deren Herzen es zu erobern gilt. Die Unfähigkeit sich sozial und politisch zu verankern, wird durch die Militarisierung der Politik wettzumachen versucht. Doch und daran kommt weder die jetztige RAF, noch deren Dolmetscher vorbei: Was auf der Air-Base und in Wiesbaden passiert ist, war keine revolutionäre Aktion, sondern Terror! Wer kuz vor Arbeitsbeginn auf einem US-Parkplatz eine Autobombe hochgehen läßt, nimmt wahllos Opfer in Kauf. Wer unterschideslos alles Personal auf US-Territorium zum Feind erklärt, der ist nicht revolutionär, sondern terroristisch! Ihr könnt uns am Arsch lecken! - Vor der ungeheuren Dimension der eigenen Ziele nicht zurückschrecken.
Letzte Meldung aus der Etappe

Rhein/Main

Allgäu erwacht!

Am 4.3.86 kam es in der Münchner Innenstadt zu einer spontanen Demonstration von ca. 150 - 200 Leuten. Anlaß war der Tod einer 61-jährigen Frau am 1.3.86 bei einer Anti-WAA-Demonstration in Wackersdorf. Zu der Demo wurde zwei Stunden zuvor über Mundpropaganda und Telefonlisten aufgerufen. Die vorher geplante Route vom Sendlingertor-Platz über'n Stachus hin zum Odeon-Platz wurde unterwegs mehrmals spontan abgeändert. Es kam zu einem Katz- und Mausspiel mit den angesetzten ca. 40 - 50 Bullen durch die gesamte Münchner Innenstadt und Schwabing. Vereinzelt wurden Einsatzfahrzeuge mit Schneebällen beworfen, was die Bullen allerdings nicht zu einer Schneeballschlacht animieren konnte. Sachschaden gab es keinen. Die Demo löste sich gegen 20 Uhr im Bereich Ludwigstraße/Universität auf. Ein Sonderzug der MVV beförderte einen großen Teil der Demoteilnehmer danach kostenfrei nach Hause.

Allgäuer Lokalredaktion



AUSEINANDERSETZUG UM DIE KONTROLLEN AM DINSTAG

ANTI-IMP-KONGRESS / FRANKFURT

Die folgenden zwei (zusammengefaßten) Papiere wurden auf dem Kongreß verbreitet und diskutiert. Das erste (Für den Kommunismus) ist eine Kritik an den "offiziellen" RAF- und Anti-Imp-Analysen, mit der wir gerade auch auf ökonomischen Gebiet mehr anfangen können als mit dem zweiten Papier (An die, die mit uns kämpfen). Dieses gibt die gewohnte, vereinfachende Sichtweise und die Interpretation der Welt nach den Maßstäben der Anti-Imps wieder. Es sollte zuerst gelesen werden, da die Kritik des ersten Papiers sich darauf bezieht.

für den kommunismus

(Zusammen- fassung)

Uns geht's hier um unsere wichtigsten Widersprüchen zu zentralen politischen Aussagen, die z.Z. bestimmend für die Diskussion und die Praxis der "Front" sind. Die Aktionen waren nicht Ergebnis eines Fehlers, sondern einer langen Entwicklung, an der die gesamte antiimperialistische Bewegung Anteil hatte und nicht nur die RAF.

Verflachung der politischen Analyse, kaum Auseinandersetzung mit marxistischen Grundlagen, Außerachtlassung der historischen Prozeßes, der auch für die gegenwärtigen Angriffe wichtig ist, Subjektivismus und Wunschdenken führten als logische Entwicklung zu der Politik der Guerilla. Das zu erkennen, muß eine Konsequenz der Auseinandersetzung sein, denn diese Fehler können dazu führen, daß sich die revolutionäre Kraft der Kampfes der Guerilla und der Organisierung der antiimperialistischen Front nicht entfalten, sogar kontraproduktiv werden kann. Dazu gehört ein befreites, besitzloses Verhältnis zu Kritik und Selbstkritik.

Zitate zum fehlenden politischen Konsens und zur Behauptung der totalen Bedeutung der Militärstrategie von RAF, Action Directe und Gefangenen aus der RAF.

Dazu: Der Kapitalismus in den Metropolen verfügt noch über einen Konsens bei der Bevölkerung, der aber labil ist und immer öfter durch kurzfristige Revolten unterbrochen wird.

Die Reduzierung des revolutionären Kampfes auf eine Politik/Praxis, die nur noch die Militärstrategie im Imperialismus sieht, wird zwangsläufig militärisch, was zur politischen und militärischen Niederlage der Kommunisten führt.

Zitat zu "Gesamtsystem", eines Gefangenen aus der RAF.

Dieser Begriff des Gesamtsystems negiert die innerimperialistischen Widersprüche. Die Tendenz zur Monopolisierung im Kapitalismus hat im Gegenteil zur Folge, daß sich die Länder noch schärfer auseinander entwickeln, weil ähnliche Maßnahmen gegen die Ausgebeuteten auf unterschiedliche Ausgangspositionen treffen. Kürzungen im sozialen Bereich oder Lohnverlust bedeuten in der BRD was anderes als in Spanien oder Belgien. Die Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen bleibt ja wohl als wichtigstes Moment in einer revolutionären Entwicklung anerkannt. Außer den Unterschieden der sozialen und materiellen Lebensbedingungen produziert der Kapitalismus auch seine immanenten Widersprüche durch Konkurrenzdruck der Kapitalisten untereinander. Wir sollten diese Tatsache begreifen und ihre Ansatzpunkte und Möglichkeiten in unserer Praxis nutzen. Der Kapitalismus produzert selbst immer neue Widersprüche. Schematische Erklärungen sind nur die halbe Wahrheit (2/3 Gesellschaft, europaweiter Angriff auf's Proletariat) oder können erschlagend wirken, weil sie glauben, differenzierte Analysen ignorieren zu können.

Es wird von Frontabschnitt geredet im internationalen Klassenkrieg, aber wie so was entstehen, kann mit einer tatsächlichen politisch-militärischen Relevanz im internationalen Kräfteverhältnis, bleibt unklar.

Die Herleitung vom "Gesamtsystem" stützt sich vor allem auf Vereinheitlichung der Repressionsmaßnahmen, was allerdings keine neue Erscheinung ist. Schon bei der Zerschlagung der Pariser Commune 1871 waren sich die Herrschenden einig in Punkto Repression. Wir sehen aber auch die tatsächlich zunehmende Zusammenarbeit der imperialistischen Staaten bei der Bekämpfung revolutionärer Organisationen, daß diese Zusammenarbeit ein hohes Niveau erreicht hat und daß die NATO dabei eine wichtige Rolle spielt. Aber selbst hier sind die Interessen nicht absolut identisch (siehe Lybien, Verhalten der BRD, Frankreich, USA oder Nicaragua).

Man kann diese Widersprüche ausnutzen (Mitte der 70er Jahre tat das die RAF - europaweite Kampagne gegen die "Germanisierung" Europas und behinderte die Pläne der BRD dabei erheblich), allerdings sollte man seine Praxis nicht auf das Aufspüren und Ausnutzen dieser Widersprüche ausrichten.

In den neusten Papieren zum Kongreß ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dem "Gesamtsystem" festzustellen. "...die Imperialisten einfach an jeder Stelle neu kalkulieren müssen, ob der politische Schaden...in den Zentren größer ist als der Nutzen". Wichtig an dieser Einschätzung ist uns, daß Widersprüche im Imperialismus, die politischen, ökonomischen Grenzen, an die er stößt, die Balance zwischen militärisch-repressiven Strategien einer-, und den politischen Auswirkungen andererseits, Bereiche sind, in denen sich für die revolutionären Kräfte Raum eröffnet, wo wir wirken müssen.

Die politischen Grenzen, an die der Imperialismus stößt, sind für uns ein

Terrain, auf dem wir Siege erringen können durch die politische Wirkung unseres Handelns, der Aktion, der Mobilisierung, der täglichen Kleinarbeit. So verstehen wir den Satz der Tupamaros Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg. Das ist die Schärfe der Krieges wie wir sie begreifen.

In den Papieren zu dem Kongreß fällt auf, daß Schlußfolgerungen aus differenzierten Einschätzungen nicht gezogen werden, oder als Kriterien nicht gelten. Der Widerspruch zu der neuen Bestimmung wäre zwangsläufige Folge.

Zur "Gleichzeitigkeit der antiimperialistischen Kämpfe":

Sie ist nichts Neues, sondern integraler Bestandteil aller antikapitalistischen und antiiperialistischen Kämpfe gegen die Bourgeoisie. (Beispiel: Fall des Nazi-Faschismus durch Partisanen- und Widerstandsgruppen in vielen Ländern und der roten Armee.) Beispiel für den kritisierten Begriff der Gleichzeitigkeit: Verlegung der New Jersey von El Salvador (wo sie kurz davor gewesen sein soll, die Zivilbevölkerung zusammenzuschießen) in den Libanon wegen der Zuspitzung der Kämpfe dort (1982). Diese Einschätzung ist erstens politisch falsch,zweitens aber wird ein zu schwaches Militärpotential des US-Imperialismus suggeriert.

Das "Zusamenwirken der Kämpfe" richtet sich nach bestimmten Kriterien: erstens, die politische Identität - gegen wen und wofür der Kampf geführt wird und zweitens welche Klassenpositionen, welche Ziele es gibt. (Bei der TWA-Entführung bezieht sich nichts aufeinander.)

Wir fragen, ob diese Art von Analysen dazu dienen sollen, eine militaristische Politik mit dem Anschein der Legitimation zu versehen, weil das militärische Potential herunter gespielt; das "Zusammenwirken der Kämpfe" auf eine militärische Ebene reduziert wird (TWA); eine ganz neue Entwicklungsphase behauptet wird, die die Kriterien für Counter und revolutionäre Aktionen auf den Kopf stellt (Beispiel: Anschläge von Faschisten auf US-Soldaten 1982); die ganze Reorgnisation des kapitalistischen Systems der militärischen Lösung untergeordnet sei; die politische Ebene und die Integrationsfähigkeit des Imperialismus negiert wird; das Gesamtsystem ist fast total und innerimperialistische Widersprüche existieren nicht.

Dadurch wird der Eindruck erweckt, man könne das imperialistische System auf seiner, der militärischen Ebene besiegen. Aus dem Zitat einer Gefangenen der RAF zu '77:"... die Sicherung ihre Macht nur noch in der vollständigen Eliminierung des Antagonismus für möglich halten..."

Man kann den Antagonismus nicht ausrotten, denn es gehört zum Wesen des Kapitalismus, daß sich aus seiner Ausbeutungssituation der Widerstand dagegen immer wieder neu entwickelt und organisiert. Uns darf's nicht darum gehen, eine Entscheidungsschlacht dagegen zu gewinnen, sondern die Revolution im eigenen Land (als Teil des weltrevolutionären Prozeßes) voranzutreiben. D.h. die Revolutionierung unserer Gegenwart aus unseren nationalen Bedingungen voranzutreiben, was auch international von großer Bedeutung wäre. Leider waren die Materialien zum Kongreß zu kurzfristig zugänglich, so daß eine konstruktive Zusammenarbeit in dieser Phase des Aufbaus der Front sehr schwer war.

Wie weit der revolutionäre Prozeß in den Regionen tatsächlich verankert ist, wie wir hier in der BRD so stark werden können, unseren internationalistischen Anspruch zu erfüllen zu können, das muß politisch beantwortet werden können, bevor es praktisch beantwortet werden kann. Unter diesem Aspekt meinen wir, daß die Augustaktionen dem revolutionären Prozeß schaden. Es geht darum, nationale und internationale Bedingungen zu verbinden, was von Anfang an richtige Bestimmung der RAF war. Es ist ein Widerspruch zwischen der Intensität, mit der sich über die internationale Situation und der Strategie der Herrschenden auseinandergesetzt wird und der, mit der die politischen Auswirkungen der neuen Bestimmung auf die Situation in der BRD diskutiert wird.



an die die mit uns kämpfen



Die Militärstrategie bestimmt die gesellschaftliche Entwicklung in den imperialistischen Ländern, alle politischen, ökonomischen, sozialen Mittel sind darauf abgestimmt. Die antiimperialistische, revolutionäre Front in Westeuropa kann diese Maschinerie blockieren. Die Bestimmung des Angriffs basierte auf dem konkreten Kräfteverhältnis zwischen Front und Imperialismus. Einmal die Stärke der Front während dem HS 84/85 (strategischer Durchbruch der westeuropäischen Guerilla und den Aktionen des Widerstands, Kampf der Gefangenen, Angriffe in NATO-Staaten) und zweitens, weil die Schweine politisch nichts mehr haben, womit sie das imperialistische System halten können, mußten sie sich als Gesamtsystem offen machen und gemeinsam, liquidatorisch, militärisch bestimmt handeln: Entscheidungen fielen in den NATO-Krisenstäben.
Das Niveau der Konfrontation mit dieser Strategie und vereinheitlichten Machtstruktur ist unumkehrbar. Das Ziel ihres Mittels "psychologische Kriegsführung" ist, bei den Menschen Identifikationen zu erzwingen gegen die Revolutionäre, indem sie z.B. politische Inhalte und Hintergründe kämpfender Menschen verschweigen. Ein anderes Mittel ist die direkte Repression. Politisch hat das imperialistische System gegen den revolutionären Kampf schon verloren und greift deshalb zum Terror.

Der Kern der Erfahrungen aus denm Winter: die Defensive ist durchbrochen, die Einheit des Widerstands ist möglich. Die Reformisten haben denen, die sich in ihrem Protest und Widerstand ernstnehmen, nichts mehr zu sagen. Das System hat die Reformisten und den Terror, aber politisch nichts mehr in der Hand. Diese Erfahrungen haben viele in den Widerstandsbewegungen gemacht. Dadurch wächst die mögliche Nähe zur revolutionären Politik.
So entsteht die Dialektik von Guerilla, Widerstand und Massenantagonismen, die neue Möglichkeiten für die weitere Verankerung revolutionärer Politik freisetzt.
Die Sommer '85-Aktionen sollten aus dem neuen Ausgangspunkt, der im HS 84/85 erkämpft worden ist, die politisch-militärische Offensive aufzeigen. Diskussionen sollten gemeinsam geführt und eine neue Qualität der politisch-militärischen Organisierung der Front erreicht werden, und zwar in der Bestimmung der Inhalte und Ziele des revolutionären Kampfes hier, seiner Praxis, und im Aufbau selbstbestimmter, kollektiver Strukturen. So sollte auch der ewige Kreislauf von Aufbruch-Abfuck, in Resignation, Entschlußlosigkeit, Vereinzelung durchbrochen werden. Selbst in der schwachen Offensive, in der noch Fragen zu beantworten bleiben für den Widerstand und natürlich auch für uns, waren viele Möglichkeiten enthalten. Die Entwicklung des revolutionären Prozeßes hier wird sich nur im Angriff entscheiden, d.h. in der Zerstörung der imperialistischen Macht und im Aufbau unserer revolutionären Gegenmacht, der politischen Bestimmung, ihren konkreten Strukturen und durch den subjektiven Sprung derer, die kämpfen. Der Kampf zielt auf den praktischen Umsturz. Er muß radikal mit allem brechen, was System ist und einen Weg daraus zeigen. Das Ziel jetzt ist die intensive Front und derer, die sie wollen, um die Weiterentwicklung und Organisierung des revolutionären Kampfes und die Bedingungen für eine politisch-militärische Offensive zu schaffen.
Die Bedingung dafür, daß mehr Menschen die Perspektive im revolutionären Kampf sehen, ist durch den eigenen Kampf Politisierungsprozesse in Gang zu setzen. Die Keime und Formen der revolutionären Macht entstehen im Prozeß des revolutionären Kampfes: D.h. daß es Selbstbestimmung und Kollektivität nur im Prozeß des Aufbaus proletarischer Gegenmacht gibt.

Der subjektive Sprung jedes einzelnen ist das Entscheidende, von dem abhängt, wie weit die Front hier kommt. Front ist: gemeinsame politische Bestimmung, volle Verantwortlichkeit, subjektiver Prozeß, praktische Vorstellung, Bedingungen für Handlungsfähigkeit schaffen, illegales Bewußtsein entwickeln, lernen, sich und den Kampf zu organisieren und alles, was man denkt und tut als Teil der Front bestimmen und darin handeln.
Ein Ziel der Airbase-Aktion: jeder soll sein eigenes Verhältnis klären, den Bruch vertiefen, sich selbst im Krieg bestimmen, Bewußtsein für die Konfrontation schärfen. Das ist gelaufen. Es war klar: an der Aktion knallen alle Widersprüche und Vorstellungen zur Entwicklung der Front aufeinander. Die Aktion war auch aus der subjektiven Entwicklung hier möglich, objektiv aus der nationalen und internationalen Lage notwendig. Fehler war zu wenig politische Vermittlung und das Schweigen zum GI. Falsche Einschätzung des Widerstands: die Neutralisierungsfesseln sitzen noch zu fest. Das hat der Staat durch Counterkampagnen erreicht.
Aus '82 nach militanten Aktionen gegen das US-Militär:"Man darf keine GI's angreifen" ist so stehen geblieben und führte bis hin zu Klassenanalysen der US-Streitkräfte. Diese Frage hat das internationale Proletariat allerdings entschieden in Lateinamerika, Südostasien, Nahen Osten und jetzt hier.
Zum Radikalinterview: Wir hätten's lassen sollen. Auf Hetzer kommt's nicht an, sondern auf Genossen, die kämpfen wollen. Mit ihnen wollen wir Fragen und Widersprüche klären. Welche Wirkung und Perspektive hat der Schritt, Soldaten auf der Airbase

Es ist die Frage, wie wir die imperialistischen Staaten und ihren agressiven Faktor US-Imperialismus hindern können, von hier aus ihren Krieg zu planen und zu führen. Wie wir politischen Druck erzeugen, der ihre Pläne blokkiert, bevor sie sie ausführen.
Westeuropa ist Zentrum der Kriegsführung geworden. Außerdem sind hier die Kommandozentralen und Logistik für den atomaren und konventionellen Krieg gegen die Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika, Nahost und die sozialistischen Staaten und viele Truppen. Technisch werden sie allen Befreiungsbewegungen bis zum Schluß überlegen sein, Befreiungskrieg ist keine Materialschlacht, sondern es geht um die politische Wirkung, die der militärische Angriff entwickelt, indem er neuen Kampf erzeugt. Der Prozeß der Befreiung möglich macht: die Tendenz zur Vereinheitlichung der Kämpfe an allen Abschnitten, ihre gemeinsame Wirkung heute schon. Angriffe der Front erschüttern die Handlungsfähigkeit des Gesamtsystems durch Zersplitterung seiner Kräfte und in der Dialektik der Entwicklung des Kampfes auch seine militärische Macht. Zersplitterung bedeutet für hier heute: Intervention gegen zentrale Projekte für ihre Formierung, gegen die strategische, ökonomische, militärische Konzeption, um sie zu blockieren, b e v o r sie realisiert sind. Die Frage ist, wieweit kommen wir nach vorn oder wieweit sie. Die Front kann verhindern, daß sie der Krieg an allen Fronten führen können. Militärische Intervention in der 3. Welt bedeutet: von ihnen ausgebildete Conta-Banden in Nicaragua, Angola, Mozamgique, Angriffe gegen das palästinensische und libanesiche Volk, special forces gegen die Guerilla weltweit.



Imperialismus militärisch zu binden ist aus dem Kräfteverhältnis Widerstand - NATO absurd. Angriffe sind deshalb wichtig, weil sie den notwendig reibungslosen Ablauf ihrer Maschinerie stören, die sie brauchen ebenso wie motivierte Soldaten. Deshalb haben Angriffe auf dieser Linie strategische Qualität. FMLN:"Wenn wir davon reden, den US-Imperialismus zu treffen, reden wir nicht von seinen Leuten, nicht von seinen Maschinen, nicht von seinen Technologien - denn es sind seine Leute, seine Moral und die Sache, die sie verteidigen, die entscheidend sind, ob sie den Krieg verlieren oder gewinnen."
Das ist auch unsere Bestimmung und aller Kämpfenden, egal wo und aus welchen spezifischen Bedingungen gegen den US-Imperialismus gekämpft wird. Unser Ziel ist nicht, daß sie hier abziehen, weil sie nämlich im Gegenteil hier das Kommando übernehmen werden, wenn der BRD-Staat nicht mehr handlungsfähig ist. Die Verunsicherung im Militärapparat und die Demoralisierung der Soldaten wird dadurch erreicht, daß sie nirgendwo mehr sicher sind vor den Angriffen der revolutionären Guerilla. Es ist Kitsch zu glauben, daß den Soldaten ihre Funktion nicht klar ist. Die, denen klar ist, daß sie auf der Seite des Todfeindes der Menschen stehen, müssen desertieren. Der andere Grund ist, daß den Menschen in den USA dadurch klarer wird, warum der US-Imperialismus so angegriffen wird. In den USA gibt's auch Widerstand gegen die Kriegspolitik, Angriffe zielen immer auch auf Widersprüche in den USA. Es wird dort klarer, daß die Kriege um die Interessen des US-Kapitals gegen die Selbstbestimmung und Befreiung gehen und nicht defensiv gegen die bösen Russen.
Die Funktion der BRD ist Herrschaftssicherung für's US-Kapital in einer Interessensidentität. Siehe die Reaktionen der BRD-Regierung auf die Angriffe gegen die US-Macht. Die BRD braucht die USA für die eigenen Machtinteressen und wird gebraucht, um die Yank-Strategie in ganz Westeuropa durchzusetzen. Die Angriffslinie im Sommer ist zentral, aber nicht alles. Die andere ist Angriff gegen den imperialistischen Staat. Das sind die beiden Linien einer antiimperialistischen, internationalistischen Strategie in der Metropole, an denen sich die Kämpfe hier weiterentwickeln werden. Das System ist nur zu brechen, wenn die Front seine konkreten Projekte bricht. Es ist eine eskalierende Bewegung, Politik, Strategie. Seine Zerschlagung ist erst dann real, wenn diese Perspektive auch in seinen Zentren eröffnet ist. Die westeuropäische Guerilla entwickelt im Angriff die Strategie, die die einzelnen Kämpfe gegen die Lebensrealität im Imperialismus als Prozeß des Kampfes um Befreiung faßt, die Massenantagonismen in der politischen Bestimmung und der Praxis des Kampfs vereinheitlicht und daraus die Front des Befreiungskrieges hier aufbaut.
Jeder Widerstand hier hat nur die Wahl, zum Begriff des Imperialismus als einheitlichem System und dagegen zum Bruch, zur Einheit im revolutionären Kampf zu kommen oder sie aufzugeben. Unseren Kampf bestimmen wir aus der Entwicklung des Widerstands hier und der Bewegung des internationalen Klassenkrieges.
Unter proletarischer Identität und Strategie verstehen wir die Rekonstruktion der Klasse, die den Imperialismus stürzen wird, in den Metropolen als Teil des Weltproletariats, und den revolutionären Krieg als Weg zum Umsturz und der sozialen Revolution als Weltrevolution. Das kann nur erreicht werden im Zusammenwirken der internationalen Kämpfe, deren Teil, Abschnitt und Funktion die Front hier sein muß.





EIGENTUM IST

Zum Thema "Ladendiebstahl" wurde in den letzten Monaten in der bürgerlichen Presse (Spiegel, Zeit, FAZ, Stern etc.) viel geschrieben. Hinter diesem steckt das Problem von Staat und Kapitalisten, eine Antwort auf das alltägliche Klauverhalten der Bevölkerung zu finden. Ihr allerhöchstes Gut, das grundgesetzlich geschützte "Eigentumsrecht" ist in Gefahr.

Doch lassen wir zuerst einen Vertreter der kapitalistischen Absahner zu Wort kommen. Es ist die auszugsweise Wiedergabe eines Referats von Alois Staible, Organisationsleiter des Konsumtempels Hertie in Karlsruhe vor dem Industrie- und Einzelhandelskammer-Einzelhandelausschuß, das in der Zeitschrift "Industrie und Handel", Mai 1985 veröffentlicht wurde.



Langen Fingern kurze Beine machen

Der Ladendiebstahl ist nicht etwa ein Problem der Neuzeit, das Ladendiebstahlsproblem ist wesentlich älter. Es reicht bis zu Kaiser Konstantin zurück. Der nachfolgende Artikel* beschäftigt sich mit den Problemen und Möglichkeiten der Unternehmen, Diebstahl und Dieb heute etwas besser „in den Griff" zu bekommen. 318 n. Chr. ließ Kaiser Konstantin den Sklaven, die beim Mundraub erwischt wurden, den Mund mit Blei ausgießen. 1532 taucht in der „Peinlichen Halsgerichtsordnung" Kaiser Karls der Begriff „Marktdiebe" auf. Marktdiebe wurden damals einem „Vergewaltiger" gleichgestellt, daher aufs Rad geflochen, gevierteilt, verbrannt oder ersäuft. 1966 entwickelte der Kölner Psychiater Prof. de Boos eine „Anti-Diebstahlspille", die — regelmäßig eingenommen — den Diebstahlstrieb dämpfen sollte.

Das wahre Ausmaß des Schadens schlägt sich heute in der Regel am Jahresende in der Erfolgsrechnung nieder. Die Inventur bringt es an den Tag. Rund 3,5 Milliarden DM gingen 1983 dem deutschen Einzelhandel aufgrund von Inventurverlusten verloren.
Wie hoch aber der Anteil der Ladendiebstähle an den Inventurdifferenzen ist, kann nicht exakt ermittelt werden. Experten schätzen, daß der Anteil bei etwa 50–60% liegt. Das würde bedeuten, daß die Verluste durch Ladendiebstahl immerhin rund 2 Milliarden DM ausmachen.

Was kann zur Vorbeugung getan werden?

- Abteilung übersichtlich gliedern:
  Keine toten Winkel und unübersichtliche Ecken, evtl. Panoramaspiegel einbauen, Säulen verspiegeln.
- Diebstahlsgefährdete Artikel besonders gut plazieren.

Gestohlen wird immer und überall!

Alle 17,5 Sekunden wird irgendwo in Deutschland irgendetwas gestohlen.

- Ecken und Winkel für das Personal gut einsehbar machen:
  Verglasung, Vitrinen, gute Beleuchtung, viel Licht.
- Schlüsselaufbewahrung
  Es ist eine weitverbreitete Unsitte, Schlüssel von Behältnissen, in denen Dinge aufbewahrt werden, die geschützt werden sollen, einfach zu verstecken. (Blumenvasen, Zettelkästen, Aschenbecher etc.)
- Kamera-Attrappen einbauen (psychologischer Effekt).
- Warnschilder anbringen (psychologischer Effekt).
- Spiegelfolien an der gegenüberliegenden Kasse erleichtern der Kassiererin den Einblick in den unteren Teil der Einkaufswagen.
- Umkleidekabinen überwachen — Kasse möglichst nahe plazieren.
- Für schnelle Kassenabfertigung sorgen — Warten erhöht die Diebstahlsgefahr.
- Lautsprecherdurchsagen (Hausdetektiv)
- Liegengebliebene Bons sofort vernichten.
- Kofferstreifen an sperriger Ware — Kofferstreifen unter Kontrolle?
- Preisauszeichnungsgeräte unbeaufsichtigt?

Geklaut wird alles, was nicht niet- und nagelfest ist — vom Lippenstift bis zum Pelzmantel oder Farbfernseher. Auch Flaschenleergut, Europaletten und Rollcontainer sind zu vielbegehrten Diebstahlsobjekten geworden. In Parkhäusern werden Feuerlöscher und Türklinken entwendet und sogar auf dem stillen Örtchen ist das nicht sicher, was eigentlich niet- und nagelfest ist, nämlich die Klosettdeckel.

Viele Berufe verlangen ein beachtliches Maß an schöpferischem Denken. Ladendiebe entwickeln nicht weniger Phantasie, um ihr Wirken erfolgreich zu gestalten.

Lieferantendiebstahl

Aber auch Manipulationen durch Lieferanten kommen häufiger vor. Die folgenden Fragen sollten deshalb Anstoß zu Überprüfungen sein:

- Hat die Warenannahme einen festen Anlieferungsplan für Frischdienste oder tummeln sich mehrere Anlieferer gleichzeitig im Verkauf?
- Wird Anzahl und Preis der gelieferten Ware grundsätzlich mit Lieferschein oder Rechnung abgestimmt?
- Zählt der Anlieferer die zum Umtausch oder zur Rücknahme entnommenen Artikel dem Warenannehmer vor?
- Wie wird das bei Frischdienst-Lieferungen anfallende Leergut behandelt?
- Sind es immer dieselben Mitarbeiter, die den Kontakt mit den Frischdienst-Fahrern halten?
- Erhält der Warenannehmer Geschenke von den Anlieferern?

Alles was bislang über den Wareneingang gesagt wurde, gilt analog auch für den Warenausgang.

Welche technischen Hilfsmittel stehen zur Verfügung?

Der Kontrollspiegel dient der Sichtbarmachung von unübersichtlichen Verkaufsbereichen von Gängen, Ecken und toten Winkeln, aber auch zur Abschreckung. Die Kassiererin hat die Möglichkeit, auch den Bereich hinter sich zu beobachten.

Durchsichtspiegel können in diebstahlsgefährdeten Abteilungen in Türen, Regalrückwänden, Handlägern usw. eingebaut werden. Es handelt sich dabei um normale Spiegel, die von hinten durchsichtig sind.

Der Einsatz von Fernsehüberwachungsanlagen erfolgt entweder zur direkten Beobachtung oder zur psychologischen Abschreckung. Dazu reichen je nach Abteilungsgröße 1–2 drehbare Kamerasterne mit nur einer echten Kamera, wobei das wechselnde Bild auf einen Monitor im Eingangsbereich übertragen wird.

Auch hierbei ist Voraussetzung, daß der Platz hinter dem Monitor besetzt ist.

Die Wirksamkeit hinsichtlich psychologischer Abschreckung ist schwer nachzuweisen. Sicherlich läßt sie nach einiger Zeit nach.



DIEBSTAHL

„Behalten Sie die zwei Bürschchen etwas im Auge!"

tz. München

Die elektrischen Warensicherungsanlagen (sogenannte Ruhestromanlagen) eignen sich besonders für Foto/Optik, Lederwaren, Elektronenrechner, Bohrmaschinen, Rundfunkgeräte usw. Die Ware wird dabei durch Klebekontakte, Klemmen, Schlaufen, Klammern gesichert, die mit einem Schwachstromkabel und Spezialstecker verbunden sind.

Bei Unterbrechung ertönt ein Signal.

Das derzeit effektivste Sicherungssystem ist die elektronische Stücksicherungsanlage, die auch unter dem Namen „Radar-Etiketten" bekannt sind.

Zielsetzung dieser Anlage ist, diebstahlsgefährdete Artikel zu schützen und den Diebstahl erkennbar zu machen.

Personaldiebstahl

Eine Auswertung von 4000 aufgedeckten Ladendiebstählen in der Bundesrepublik ergab, daß die Hälfte vom Diebstahlswert auf das Konto der Mitarbeiter, je ein Viertel auf das Konto von Kunden und Lieferanten geht.

Besonders gefährlich sind Diebstähle, die im Zusammenwirken mehrerer Betriebsangehörigen und im Zusammenwirken mit Außenstehenden begangen werden, weil damit zwangsläufig Kontrollmöglichkeiten ausgeschaltet werden.

Zulässige Verhaltensweisen beim Ergreifen eines Ladendiebes:

Vorläufige Festnahme

Wird ein Ladendieb auf frischer Tat ertappt oder verfolgt, dann ist jeder berechtigt, ihn vorläufig festzunehmen. Vorsicht: Dieb kann die Ware (Beweismittel) irgendwo liegenlassen! Falls Fluchtverdacht besteht, ist z.B. Festhalten am Handgelenk erlaubt. Gibt der Dieb seine Personalien an, darf er nicht festgenommen werden.

Gegenwehr

Wendet der Täter Gewalt an, so kann im Rahmen des Notwehrrechts jede Maßnahme ergriffen werden, um die eigene Unversehrtheit zu wahren und die Festnahme durchzuführen.

Sicherstellung der gestohlenen Ware

Der Dieb ist verpflichtet, das gestohlene Gut dem Eigentümer zurückzugeben (§ 859 Bürgerliches Gesetzbuch).

Vorsicht: Sie müssen genau wissen, wo sich die Ware befindet.

Zeugen

Achten Sie darauf, daß immer Zeugen bei der Festnahme oder der Unterhaltung dabei sind.

Gesetzlich unzulässig sind:

- Leibesvisitationen
- Taschendurchsuchung

Ladendiebstähle sollten nach vorgegebenen Richtlinien geahndet werden, die die folgenden Punkte berücksichtigen:

An den Eingangszonen und im Hausinnern sollten Hinweisschilder mit folgendem Text aushängen: „Im Interesse unserer Kunden: Wir zeigen jeden Ladendieb sofort an. Wir fordern von jedem Ladendieb Schadensersatz. Wir erteilen jedem Ladendieb Hausverbot."

Gegen jeden Ladendieb, der älter als 14 Jahre ist, wird Strafanzeige erstattet bzw. Strafantrag gestellt. Strafunmündige Kinder, also unter 14 Jahren, dem Jugendsachbearbeiter der Polizei übergeben.

Alle Mitarbeiter erhalten für die Entdeckung oder für Hinweise die zur Ergreifung eines Täters führen eine Belohnung. Hauseigene sowie Fremddetektive erhalten keine Belohnung. Die gezahlte Belohnung wird von dem Ladendieb zurückgefordert.

Lassen Sie Ladendieben keine Chance!*

1. Gibt es tote Ecken in Ihrem Geschäft, in denen Sie häufiger abgerissene Etiketten, Packpapier u. ä. finden? Wenn ja: Versuchen Sie, den Kundenstrom durch den Aufbau von Mußartikeln so zu lenken, daß es keine toten Winkel und Gänge gibt, in denen der Dieb ungesehen einpacken kann.
2. Wissen Ihre Mitarbeiter über die Behandlung von Ladendieben Bescheid?
Geben Sie klare Anweisungen. Lassen Sie Ihr Verkaufspersonal schulen. Versachlichen Sie dieses Thema, weil alle Verkaufskräfte vor Ladendieben Angst haben. Erzählen Sie keine Schauermärchen über gewalttätige Ladendiebe, das verschreckt die Mitarbeiter erst recht. Spielen Sie die Behandlung von Dieben mit Ihren Leuten durch. Machen Sie deutlich, wie wichtig es für das Unternehmen ist, daß Ladendiebstahl aktiv bekämpft wird.
3. Bauen Sie hochwertige Ware und teure Kleinartikel nicht in der Nähe vom Ausgang und nicht für den direkten Zugriff auf. Lassen Sie solche Artikel einschließen.
4. Hängen Sie Schilder in den Eingang, daß nur mit Einkaufswagen eingekauft werden darf. Bitten Sie die Kunden, die Einkaufstaschen an den Wagen zu hängen, oder, noch besser, lassen Sie die Kunden die Taschen vor dem Einkauf abgeben.
5. Speziell in Lebensmittelmärkten sollten die hohen Zigarettenständer vor der Kasse durch halbhohe ersetzt werden. Ihre Kassenkräfte haben dann einen freien Ausblick auf die wartenden Kunden und auf den Laden.
6. Benutzen Sie nur stark haftende dreigeteilte Etiketten.
7. Seien Sie kritischer beim Umtausch, kein Umtausch ohne Quittung.
8. Kontrollieren Sie die Umkleidekabinen auf abgerissene Etiketten — auch hinter dem Spiegel in der Kabine — und auf leere Kleiderbügel.
9. Bauen Sie in den Eingang zur Umkleidekabine einen Haken, der auch von außen sichtbar ist und auf den Ihre Kunden die Ware hängen.
10. Wenn Sie mehr als drei Umkleidekabinen haben, sollten Sie in verkaufsstarken Zeiten extra eine Kabinenaufsicht einsetzen.
11. Lassen Sie Ihre Einkaufstüten nicht offen für jedermann herumliegen.

Günther Stoperan, Detektiv

* abgedruckt in: Der Einzelhandelsberater, Nr. 2/85



So, nach diesen interessanten Tips unseres Klassenfeindes nun noch ein paar Fakten und die juristische Ebene.
Pro Jahr werden in der BRD ca. 340000 Ladenenteignungsaktionen gemeldet, also wird ca. 1000 mal pro Tag geklaut. In den letzten 20 Jahren stieg die Zahl der Aktionen um 700%! Die Dunkelziffer, also Leute, die nicht beim Einklauen erwischt werden, wird auf 1 : 15 geschätzt, was etwa 5 Millionen mal klauen entspricht. Die "Schadens"summe der polizeilich gemeldeten Enteignungsaktionen wird von den Bullen mit 37 Millionen DM angegeben. Der Inventurverlust von Hertie z.B. betrug 62 Milionen DM = 1,19% des Gesamtumsatzes von 5,62 Milliarden DM im Jahre 1984. 1983 waren es nur 51,1 Millionen DM. Herties Oberschnüffler, in der Sprache unseres Klassenfeindes auch Detektive genannt, faßten 17 287 Enteigner und 95 Mitarbeiter. Der dabei entdeckte Warenwert betrug 1,5 Millionen DM.

In Frankfurt wurden 1982 6482, 1983 6501 und 1984 6063 Enteignungsaktionen bei den Bullen gemeldet. Der Rückgang wurde nach Bulleninformationen durch die technische Warensicherung erreicht. Daß dies den Kapitalisten nicht reicht, liegt ihrer Meinung nach an der zu nachgiebigen Justiz.
Laut Bundesjustizminister Engelhardt (F.D.P. = Für Deutsche Profite) ist das "Eigentum" von Warenhauskonzernen kein Eigentum zweiter Klasse. Ladendiebstahl sei daher kein Kavaliersdelikt. Er ziehe die Abschreckung durch Entdeckung der Abschreckung durch Gesetze vor, da dies mehr Effekt hätte. Das liegt auch an den Gerichten, die mit diesen Bagatellfällen "überlastet" sind. Da seit 1975 der straffreie Mundraub abgeschafft ist, müßte jede Enteignungsaktion theoretisch angeklagt werden. Doch der §153a der Strafprozeßordnung besagt, daß bei geringen Wert oder bei Erst"tätern" von einer Strafverfolgung abzusehen sei. Gegen Zahlung eines Bußgeldes und der Wiedergutmachung des "Schadens" kann das Verfahren nach Ermessen der Staatsanwälte eingestellt werden.

So hat sich folgendes Verhalten der Justiz in der BRD eingespielt:
In Berlin besteht seit 1977 der Baumann Erlaß (Justizsenator der SPD), der vom jetzigen Justizsenator Scholz (CDU) übernommen wurde. Danach sollen jegliche Enteignungsaktionen, auch unter 10 DM, regelmäßig angeklagt werden.
In Baden-Württemberg wurden 14,8% aller Verfahren eingestellt, in Hamburg 7,4% und in Frankfurt ca. 10%.
In Bremen wollen "Strafrechtsexperten" eine Einstellung bis 50 DM Warenwert. Bei höheren Werten soll der "Täter" ein Bußgeld zahlen oder den "Schaden" ersetzen.

In Nordrhein-Westfahlen sollen die Staatsanwälte laut Rundverfügung des Landesjustizministers Krumsiek in möglichst weiten Umfang und im möglichst frühen Stadium einstellen. So kann mensch in diesem Bundesland relativ gefahrlos Sachen im Wert bis zu 100 DM klauen, wenn nicht "erschwerende Umstände" hinzukommen.
In Niedersachsen soll bis 50 DM regelmäßig eingestellt werden und bis zu 100 DM mit Auflagen.
In Rheinland-Pfalz soll ebenfalls bis 50 DM eingestellt werden.
Anläßlich dieser "Entkriminalisierung" formuliert Bundesanwalt Schoreit "die Sorge aller verantwortungsbewußten Mitbürger um eine Aushöhlung des Eigentumsbegriffs, eines unverzichtbaren Bausteins unserer (?) Rechtsordnung".
Auch der Deutsche Richterbund haut in die selbe Kerbe: Das ganze Wertesystem des Strafrechts käme ins Wanken. Der Millionencoup würde sich nur noch graduell vom Bagatelldiebstahl unterscheiden. So lehnte es der Deutsche Juristentag 1976 ab, Ladenklauerei nicht mehr als Straftat, sondern als Ordnungswidrigkeit zu behandeln.
Doch auch der gesetzliche "Eigentumsschutz" ist nicht klar definiert. Strafrechtlich sanktioniert ist daher in §242 Strafgesetzbuch nicht einfach die Eigentumsverletzung, sondern der "Gewahrsamsbruch", der das Mitgehenlassen fremder Sachen erst zum Diebstahl macht.
Problematisch wurde diese Regelung seit Selbstbedienung "in" ist. Wenn jemand z.B. an einer Tankstelle mit Selbstbedienung tankt und dann "vergißt", die Rechnung zu bezahlen, kann nur mit abenteuerlichen Hilfskonstruktionen aus dem Strafgesetzbuch ein Diebstahl abgeleitet werden. Vergeßlichkeit beim Bezahlen von Rechnungen ist nämlich nicht strafbar.
Das gleiche gilt für die Geldautomaten der Banken, die mit der Leuchtschrift "Bitte Geld entnehmen" Leute dazu auffordern, mit geklauten oder gefälschten Scheckkarten sich selbst zu bedienen.



Auf diese unklaren Situationen reagieren Justiz und Bullen genervt. Das Strafrecht werde im Dienste privater Interesse verheizt, oder laut Düsseldorfer Bullenpräsident Lisken haben die Bullen wichtigeres zu tun. als das Personal der Selbstbedienungsläden zu ersetzen. So überlegt auch der Bremer Generalstaatsanwalt, ob Verfahren auch dann eingestellt werden sollen, wenn das Eigentum oder das Vermögen des Beklauten nicht mit der üblichen Sorgfalt gesichert war.
So liegt denn die Sicherung der Waren besonders am Herzen der Profitmacher.
Zu diesem Thema veröffentlichte der Betriebswirt und Unternehmensberater Rainer W. Wirsching zwei Bücher: "Vorsicht an der Kasse", erschienen im Deutschen Fachverlag, Frankfurt am Main und "Die unheimlichen Aufpasser" erschienen im Peter Hohl Verlag, Ingelheim. Letzteres Buch wurde als erstes deutsches Buch mit einem elektronischen Streifen gesichert. Auch der Inhalt, wo er ins Detail geht, wurde mit schwarzen Punkten gesichert. Wer mehr wissen will, muß 375 DM löhnen und sich als "Anwender" beim Verlag ausweisen.
In seinem Buch "Vorsicht an der Kasse" bringt Wirsching 30 Beispiele wie kreativ und phantasievoll geklaut werden kann. So werden Hohlräume von Verpackungen ausgenutzt, um weitere Sachen mitzubefördern, mit Klebebändern wird gearbeitet, Etiketten werden vertauscht, auch Verpackungen und Deckel.

Zu zweit wird der große Doppelkauf gestartet: Die gleichen Waren werden in zwei Wagen gelegt. Einer bezahlt und verschwindet. Der andere geht mit dem erhaltenen Bon wieder in den Laden, holt eine Flasche Rum dazu, tut an der Kasse so, als sei er nur mit dem Wagen zurückgegangen, weil er den Rum vergessen habe. Dann wird nur der Rum bezahlt, auch wenn Kassenbon und Waren noch einmal kontrolliert werden.
In dem Buch "Die unheimlichen Aufpasser" schreibt Wirsching über Hochfrequenz-, Radiowellen-, und Elektromagnetikanlagen, die von einer wachsenden Sicherheits-Industrie händereibend angeboten werden.
Diese Anlagen werden an den Ausgängen installiert, um mittels Antennen und Detektoren präparierte Etiketts oder Magnetstreifen an nicht bezahlten Waren zu erkennen. Doch dieses Verfahren ist für die Kapitalisten nicht problemlos, da auch viele andere Gegenstände den Alarm auslösen können, z.B. Brillenfassungen, Radios, Schnallenbeläge, Rollstühle und Kinderwagen, Zahnspangen, Staubsauger, Hörgeräte, Funkgeräte, Nägel etc. Eine weitere Fehlerquelle ergibt sich aus der Nachlässigkeit der Personals, wenn nämlich beim Bezahlen die Sicherungen nicht entfernt werden. So kommt es, daß an den Ausgängen Streitereien, Diskussionen, Unruhe etc. entstehen und den Kapitalisten ihr Image verlohren geht. Zusätzlich können Leute klagen und Schadensersatzansprüche stellen, vor allem wenn Handgreiflichkeiten entstanden waren.
Einige Kapitalisten fahren als Trittbrettfahrer auf dem Sicherungszug mit. Sie sparen das Geld für die Sicherungssysteme, doch drohen sie mit ihnen, wenn z.B. Scheinetiketten und Kameraattrappen angebracht werden. Oder sie lassen Bänder über die Lautsprecheranlage laufen:"Detektiv so und so zu Kassen 1" oder "Polizeimeister Maier bitte zum Kundenausgang." Auch mit Drohschildern etc. wird nicht gespart. Probleme gibt es dann, wenn die Leute dieses System gecheckt haben.

Trotzalledem wird geschätzt, daß die Verluste der Kapitalisten durch diese Anlagen zwischen 40 und 60% geringer sind.
Die Rechtslage zu diesen elektronischen Anlagen ist ziemlich wirr. Wirsching stellte den Innenministern der Länder zwei Fragen:
Erstens: Ist das Ansprechen eines Ladendiebstahl-Detektors für sich allein stets ein Grund für polizeiliches Eingreifen - oder werden zusätzliche Anhaltspunkte gefordert?
Zweitens: Ist eine Person, die beim Durchschreiten einer Schleuse einen Alarm ausgelöst hat, und sich weigert, zur Aufklärung beizutragen, eines Ladendiebstahls verdächtig?
Fünf Innenminister beantworteten die erste Frage mit Ja, zwei mit Nein, vier waren nicht eindeutig.
Die zweite Frage beantworteten vier mit Ja, drei mit Nein, vier blieben dunkel.
Diese unterschiedlichen Antworten sind deshalb nicht verwunderlich, weil zuviele Fehlalarme vorkommen. Ansonsten wären wohl beide Fragen von allen mit Ja beantwortet worden.
Ein Hoch auf die Fehlalarme!
So gilt nun beim Auslösen eines Alarms, daß nur ein vager Anfangsverdacht vorliegt, der das Ladenpersonal zu keinerlei Pression berechtigt. Den Bullen alllerdings ist es erlaubt Leute zu durchsuchen. Dies sollte laut Vorschrift höflich geschehen, abseits von anderen Ladenkunden und in der "rechtsstaatlichen" Vermutung, daß nichts geklaut wurde.
Wie die Realität aussieht dürfte wohl bekannt sein!
Besonders schwierig dürfte es für Bullen und Kapitalisten werden, wenn Leute nicht mehr vereinzelt klauen gehen, sondern in Kollektiven organisiert und gut informiert auch im Bereich der Warenzirkulation die Eigentums- und die Machtfrage stellen!
SEI SCHLAU UND KLAU !!!
SEI SCHLAU BEIM KLAU !!!



Keine Angst vor Personalchefs und Arbeitsgerichten!

Rechtliche Tips gegen Sklavenhändler

Verhalten bei der Einstellung

Die folgenden rechtlichen Hinweise sollen nicht dazu dienen, sich beim Einstellungsgespräch auf Diskussionen über die Rechtmäßigkeit des Arbeitsvertrags einzulassen. Das bringt nichts, und den Job wirst du dann wohl auch nicht mehr bekommen. Entdeckst du in deinem Arbeitsvertrag Bestimmungen (z.B. nur 10 Tage Urlaub im Jahr, zweitägige Kündigungsfrist oder ähnliches), die ungesetzlich sind, so kannst du ihn ruhig unterschreiben. Später kannst du dann deine Ansprüche einfordern oder einklagen — daran ändert die Unterschrift überhaupt nichts! Problematischer ist es bei mündlichen Nebenabsprachen: hast du keinen Zeugen dabei, dann sind die null und nichtig. Hier sollten wir also auf schriftliches Festhalten im Vertrag drängen.

Dasselbe gilt auch für die Ausfragerei, mit der die Karriere als Leiharbeiter beginnt. In den umfangreichen Fragebögen der Sklavenhändler sind meistens unzulässige Fragen enthalten: ob du in der Gewerkschaft bist, geht sie nichts an. Vorstrafen oder Krankheiten mußt du nur nennen, wenn sie direkt die Arbeit betreffen, für die du eingestellt wirst. Ob du schwanger bist, mußt du nur beantworten, wenn du es sicher weißt. Vermutungen brauchst du nicht zu äußern. Solche Fragen kannst du daher verneinen, ohne daß dies eine fristlose Kündigung begründet, wie sie behaupten.

Was ist Leiharbeit?

Leiharbeit liegt immer dann vor, wenn du von einer Firma eingestellt wirst und diese dich dann zu einer anderen Firma schickt, in der du nach Anweisung der dortigen Meister arbeitest. Damit das legal ist, braucht der Sklavenhändler eine Genehmigung vom Landesarbeitsamt. Um dies zu umgehen und sich der Kontrolle des Arbeitsamtes (mit der es auch nicht weit her ist!) zu entziehen, wird Leiharbeit oft auch als Werkvertrag/Dienstvertrag von Subunternehmern getarnt — das ist illegal. Ist das der Fall, so kannst du vorm Arbeitsgericht auf Festeinstellung bei der Firma, in die du entliehen warst, klagen.

Besondere Rechte bei Leiharbeit

Für den Sklavenhandel auf dem Arbeitsmarkt gibt es in der BRD ein eigenes Gesetz („Arbeitnehmerüberlassungsgesetz"), das einige Besonderheiten im Falle der Leiharbeit enthält:

- **Befristete Verträge** sind unzulässig, es sei denn, DU willst oder kannst nur für eine bestimmte Zeit. (Allgemein gilt außerdem, daß Befristungen von Arbeitsverhältnissen genau sein müssen. Steht also im Vertrag 3 - 4 Wochen, oder ca. 4 Wochen, so ist die Befristung nicht wirksam, d.h. du bist unbefristet eingestellt!).
- Die **gesetzliche Kündigungsfrist** (für Arbeiter 2 Wochen) darf nicht verkürzt werden. Steht im Vertrag was anderes, dann gilt das einfach nicht. Zwei Wochen krankfeiern sind also immer drin!
- Wenn dich derselbe Sklavenhändler **innerhalb von drei Monaten** nach Beendigung des letzten Arbeitsverhältnisses wieder einstellt, gilt du als ungekündigt. Du kannst dann für die ganze Zwischenzeit den Lohn einklagen. Natürlich passen die meisten auf, aber probieren kannst du's ja mal...

SKLAVENHÄNDLER, HAST DU ARBEIT

- Wenn der Sklavenhändler **keine Arbeit** für dich hat, muß er trotzdem den Lohn weiterbezahlen!
  - Im B a u g e w e r b e ist Leiharbeit prinzipiell verboten!
  - Zahlt der Sklavenhändler keine Sozialversicherung für dich, so haftet dafür der Entleiherbetrieb.
  - Wird in dem Betrieb, in den dich der Sklavenhändler entliehen hat, **gestreikt**, brauchst du auch nicht zu arbeiten und kriegst trotzdem weiter Lohn.
  - Bei Vertragsabschluß muß dir der Sklavenhändler ein **Merkblatt** geben, für Türken auf türkisch usw. (Ein Teil von diesen rechtlichen Hinweisen steht auch dadrin — weshalb die Sklavenhändler meistens „vergessen", es uns zu geben.)

Kommen wir nun zu den allgemeinen rechtlichen Bestimmungen, die für jeden Job, also auch den beim Sklavenhändler gelten:

Urlaub

Der gesetzliche **Mindesturlaub beträgt 18 Tage im Jahr.** Urlaubsanspruch besteht nach einem Monat — sofern du ihn dir nicht ausbezahlen läßt. Vorsicht: Der Resturlaub kann auf die Kündigungsfrist angerechnet werden!

Feiertagsbezahlung

Feiertage müssen bezahlt werden; auch wenn du nur Teilzeitarbeit machst, aber normalerweise an diesem Tag gearbeitet hättest. Wird dir zum Tag vor dem Feiertag gekündigt und ab dem Tag danach ein neuer Arbeitsvertrag abgeschlossen, so muß der Feiertag trotzdem bezahlt werden.

Überstundenbezahlung

Nach den gesetzlichen Bestimmungen muß für jede Stunde, die du über die acht Stunden täglich hinaus arbeitest, ein Zuschlag von 25 % gezahlt werden.

Die Kündigung

Die Kündigung der Firma wird in dem Moment wirksam, wo sie dir zugeht — also mündlich unter Zeugen, Telefonanruf, als Brief. Wenn's aber kein Einschreiben ist, kannst du die Kündigung getrost wegschmeißen, denn der Unternehmer ist beweispflichtig, daß du sie tatsächlich bekommen hast. Der Kündigung mußt du sofort widersprechen (mündlich mit Zeugen oder als Einschreiben) und deine Arbeitskraft weiter anbieten, d.h. hingehen und sagen, daß du weiterarbeiten möchtest.

Für eine fristgerechte Kündigung braucht der Sklavenhändler keinen besonderen Grund anzugeben. Kündigt er aber fristlos (wegen unentschuldigtem Fehlen, Verstoß gegen die Betriebsordnung, Klauen im Betrieb oder ähnlichem), so trägt er die volle Beweislast für diese Kündigungsgrund.

Zum Verhalten bei Kündigung ein Beispiel: Du hast dich unter Einhaltung aller Vorschriften krankgemeldet. Das Attest geht über zwei Wochen. Nach zwei Tagen bekommst du von deinem Sklavenhändler per Einschreiben die fristlose Kündigung wegen unentschuldigtem Fehlen. Dann mußt du der Kündigung — auch per Einschreiben — sofort widersprechen. Nach Ablauf der Krankschreibung gehst du zum Sklavenhändler und bietest ihm deine Arbeitskraft an. Schickt er dich dann weg, kannst du direkt den Weg zum Arbeitsgericht einschlagen.

Wie mache ich einen Krankenschein?

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gibt es ab dem ersten Tag, wenn dein Vertrag länger als vier Wochen läuft und wenn du mehr als 10 Stunden in der Woche (oder 45 im Monat) arbeitest. Sie muß vom Betrieb maximal 6 Wochen gezahlt werden, bei längerer Krankheit zahlt die Krankenkasse ca. 80 % vom Lohn weiter. Die Krankenkasse zahlt auch, wenn du kürzer als 4 Wochen arbeitest oder dein Arbeitsvertrag während der Krankschreibung endet.

Gerade bei Sklavenhändlern müssen wir höllisch aufpassen, die Vorschriften für die Krankmeldung zu beachten, da sonst nicht nur der Wegfall der Lohnfortzahlung, sondern auch noch drastische Vertragsstrafen drohen, denen wir im Vertrag zugestimmt haben.

FÜR MKH

Willst du krankfeiern, als erstes morgens beim Sklavenhändler anrufen (möglichst mit Zeugen) und dann spätestens innerhalb von drei Tagen den Krankenschein vom Arzt zur Firma bringen oder schikken; dann aber am besten per Einschreiben. Auch bei den angeblich seriösen Sklavenhändlern mußt du auf alle Tricks und Lügereien gefaßt sein!

Auf dem Krankenschein für den „Arbeitgeber" steht nicht drauf, was für eine Krankheit du hast und das brauchst du auch keinem zu sagen! Während der Krankheit muß du auch nicht zu Hause bleiben; als lediger „Arbeitnehmer" darfst du dich zu Freunden oder Bekannten in Pflege begeben.

Bleibt das Wichtigste: Wie mache ich dem Onkel Doktor klar, daß ich unmöglich malochen kann? Das hängt natürlich einmal vom jeweiligen Arzt ab und dann von der eigenen Überzeugungskraft. Und da wir u uns oft beim bloßen Gedanken an die Arbeit krank fühlen, sollte es Wege geben...

Der Trend spricht für uns:

Das Wichtigste: UNSERE ANSPRÜCHE DURCHSETZEN

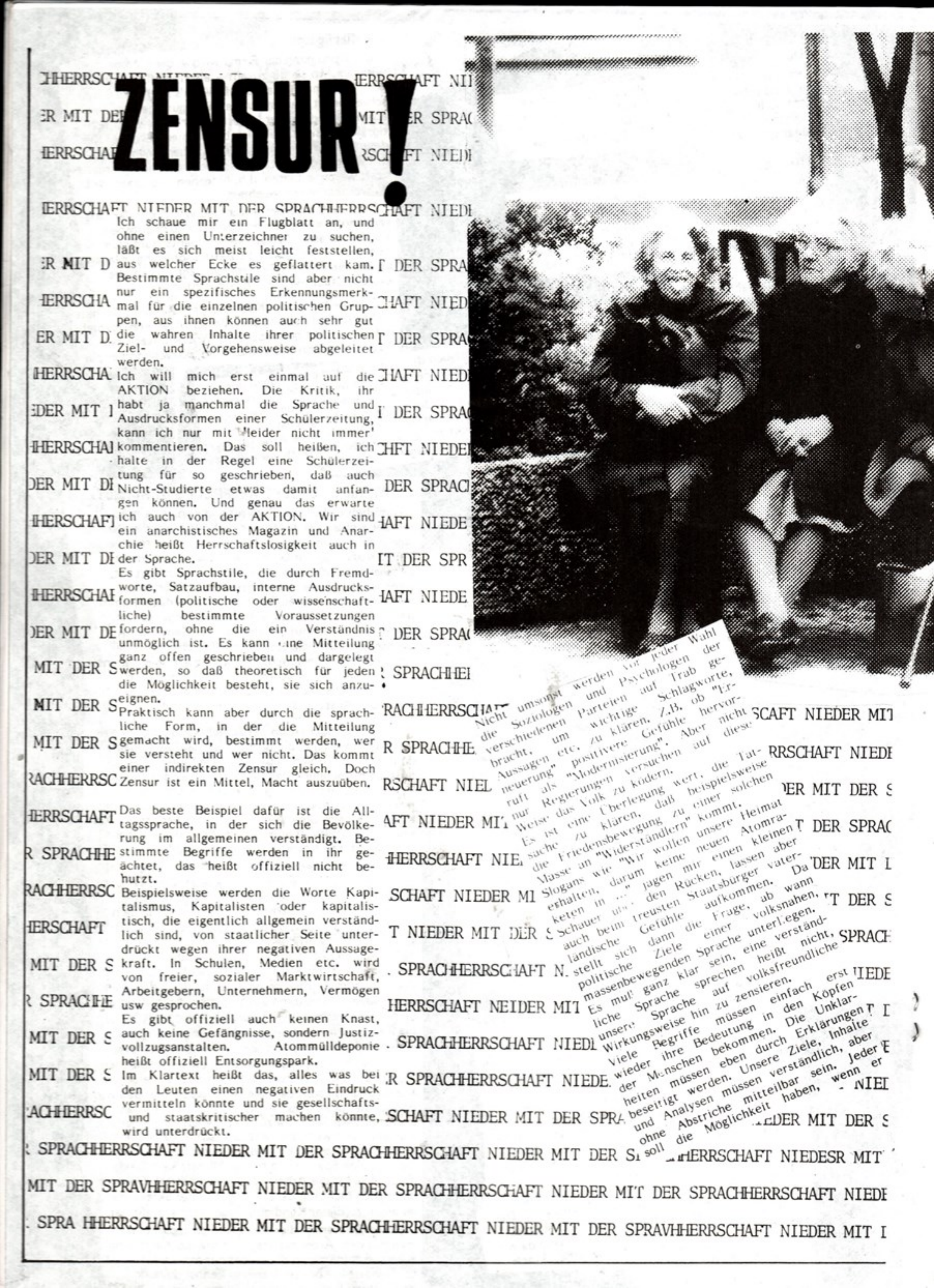
Natürlich rücken die Sklavenhändler nicht einfach mit der Kohle raus, wenn wir sie höflich auf die Rechtslage aufmerksam machen. Manchmal zahlen sie einen Teil („Vorschlag zur Güte"), wenn wir mit dem Arbeitsgericht drohen. Was sie auch nervös macht, ist, wenn du den anderen Leiharbeitern im Wartezimmer von seinen miesen Tricks erzählst — dabei kommt dann oft raus, daß es anderen genauso ergangen ist. Wenn alles nichts hilft, bleibt nur der Gang zum Arbeitsgericht. Und die gerichtliche Durchsetzung der Ansprüche ist längst nicht so kompliziert oder riskant, wie sich das manche vorstellen. Wichtig ist nur, die Klage möglichst bald zu erheben, zumal in einigen Verträgen Ausschlußfristen vereinbart sind.

Beim **Arbeitsgericht in der Aduchtstraße** gibt es eine Rechtsantragsstelle, die dir die Klage aufsetzt, wenn du dort dein Problem schilderst. Am besten alle Unterlagen mitnehmen, da es auf die Genauigkeit in den Details ankommt (richtige Firmenbezeichnung, Datum des Arbeitsbeginns usw.). Zeugen mußt du in der Klage und beim Gütetermin noch nicht benennen. Das finanzielle Risiko ist auch gering, da in der 1.Instanz jede Seiten ihre Kosten selber zahlen muß.

Wenn du Klage erhoben hast, wird schon nach einigen Wochen der Gütetermin festgesetzt. Dort versucht der Arbeitsrichter, einen Kompromiß zu finden — schon um sich selbst Arbeit zu ersparen. Wenn dein Fall klar ist, brauchst du dich darauf nicht einzulassen. Bis zum eigentlichen Gerichtstermin dauert es dann — wenn mit „Güte" nichts zu machen ist — etwas länger. Das muß aber gar nicht schlecht sein. Wenn du zum Beispiel gegen eine unzulässige Kündigung klagst und bekommst im Termin recht, dann ist dein Arbeitsvertrag ungekündigt, d.h. dir steht für die Zeit bis zum Termin der Lohn zu.

Noch ein Hinweis zur Kündigung: Gerade Sklavenhändler versuchen, uns oft zu einer einvernehmlichen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses oder zur eigenen Kündigung zu überreden. Sie versprechen uns, daß wir dann sicher demnächst Arbeit von ihnen bekämen und ähnlichen Senf. Darauf einzugehen hat keinerlei Vorteile. Und wenn du Anspruch auf Arbeitslosenhilfe oder -geld hast, bekommst du dann bei Anspruchstellung eine Sperrzeit, d.h. drei Monate kein Geld, da du ja selbst die Arbeit aufgegeben hättest. Da hilft dann auch nicht die Beteuerung, daß der Sklavenhändler einen zu dieser Kündigung regelrecht erpreßt hat.

Einige Sklavenhändler zwingen dich sogar, zusammen mit dem Arbeitsvertrag eine Blanko-Kündigung zu unterschreiben, in die sie dann jederzeit das Datum einsetzen können. Dagegen kannst du dann kaum etwas machen, wenn du keine Zeugen hast!



ZENSUR!

Ich schaue mir ein Flugblatt an, und ohne einen Unterzeichner zu suchen, läßt es sich meist leicht feststellen, aus welcher Ecke es geflattert kam. Bestimmte Sprachstile sind aber nicht nur ein spezifisches Erkennungsmerkmal für die einzelnen politischen Gruppen, aus ihnen können auch sehr gut die wahren Inhalte ihrer politischen Ziel- und Vorgehensweise abgeleitet werden.

Ich will mich erst einmal auf die AKTION beziehen. Die Kritik, ihr habt ja manchmal die Sprache und Ausdrucksformen einer Schülerzeitung, kann ich nur mit 'leider nicht immer' kommentieren. Das soll heißen, ich halte in der Regel eine Schülerzeitung für so geschrieben, daß auch Nicht-Studierte etwas damit anfangen können. Und genau das erwarte ich auch von der AKTION. Wir sind ein anarchistisches Magazin und Anarchie heißt Herrschaftslosigkeit auch in der Sprache.

Es gibt Sprachstile, die durch Fremdworte, Satzaufbau, interne Ausdrucksformen (politische oder wissenschaftliche) bestimmte Voraussetzungen fordern, ohne die ein Verständnis unmöglich ist. Es kann eine Mitteilung ganz offen geschrieben und dargelegt werden, so daß theoretisch für jeden die Möglichkeit besteht, sie sich anzueignen.

Praktisch kann aber durch die sprachliche Form, in der die Mitteilung gemacht wird, bestimmt werden, wer sie versteht und wer nicht. Das kommt einer indirekten Zensur gleich. Doch Zensur ist ein Mittel, Macht auszuüben.

Das beste Beispiel dafür ist die Alltagssprache, in der sich die Bevölkerung im allgemeinen verständigt. Bestimmte Begriffe werden in ihr geächtet, das heißt offiziell nicht benutzt.

Beispielsweise werden die Worte Kapitalismus, Kapitalisten oder kapitalistisch, die eigentlich allgemein verständlich sind, von staatlicher Seite unterdrückt wegen ihrer negativen Aussagekraft. In Schulen, Medien etc. wird von freier, sozialer Marktwirtschaft, Arbeitgebern, Unternehmern, Vermögen usw gesprochen.

Es gibt offiziell auch keinen Knast, auch keine Gefängnisse, sondern Justizvollzugsanstalten. Atommülldeponie heißt offiziell Entsorgungspark.

Im Klartext heißt das, alles was bei den Leuten einen negativen Eindruck vermitteln könnte und sie gesellschafts- und staatskritischer machen könnte, wird unterdrückt.

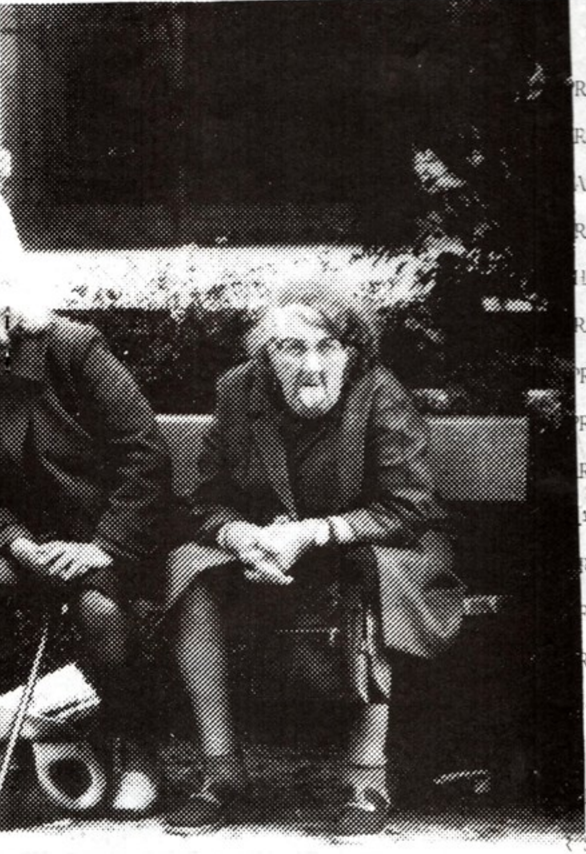
Nicht umsonst werden vor jeder Wahl die Soziologen und Psychologen der verschiedenen Parteien auf Trab gebracht, um wichtige Schlagworte, Aussagen etc. zu klären, z.B. ob "Erneuerung" positivere Gefühle hervorruft als "Modernisierung". Aber nicht nur Regierungen versuchen auf diese Weise das Volk zu ködern.

Es ist eine Überlegung wert, die Tatsache zu klären, daß beispielsweise die Friedensbewegung zu einer solchen Masse an "Widerständlern" kommt. Slogans wie "Wir wollen unsere Heimat erhalten, darum keine neuen Atomraketen in ..." jagen mir einen kleinen Schauer über den Rücken, lassen aber auch beim treusten Staatsbürger vaterländische Gefühle aufkommen. Da stellt sich dann die Frage, ab wann politische Ziele einer volksnahen, massenbewegenden Sprache unterliegen. Es muß ganz klar sein, eine verständliche Sprache sprechen heißt nicht, unsere Sprache auf volksfreundliche Wirkungsweise hin zu zensieren. Viele Begriffe müssen einfach erst wieder ihre Bedeutung in den Köpfen der Menschen bekommen. Die Unklarheiten müssen eben durch Erklärungen beseitigt werden. Unsere Ziele, Inhalte und Analysen müssen verständlich, aber ohne Abstriche mitteilbar sein. Jeder soll die Möglichkeit haben, wenn er

R SPRACHHERRSCHAFT NIEDER MIT DER SPRACHHERRSCHAFT NIEDER MIT DER S... ...HERRSCHAFT NIEDESR MIT

MIT DER SPRAVHHERRSCHAFT NIEDER MIT DER SPRACHHERRSCHAFT NIEDER MIT DER SPRACHHERRSCHAFT NIEDE

. SPRA HHERRSCHAFT NIEDER MIT DER SPRACHHERRSCHAFT NIEDER MIT DER SPRAVHHERRSCHAFT NIEDER MIT I



DURCH SPRACHE

Die Erkämpfung der Alphabetisierung kann doch nicht umsonst gewesen sein. Warum konnten früher nur die Unterdrücker Lesen und Schreiben? Weil die Unfähigkeit sich Wissen anzueignen und sich breit mitzuteilen, die beste Art war, Kontrolle auszuüben. Heute können zwar die meisten der unteren Klasse Lesen und Schreiben, aber was nützt ihnen das, wenn heute durch Sprachstil und Ausdrucksweise die gleiche Zensur ausgeübt wird wie vor hundert Jahren.

Besonders erschreckend ist es, wenn diese Zensur von Leuten ausgeübt wird, die für die Befreiung der unterdrückten Klasse kämpfen. Ich frage, welche subtilen Gründe wohl dahinterstecken diesen Befreiungsversuch auf eine theoretische Ebenen zu hieven, die für die meisten derer, die diese Informationen benötigen, unerreichbar ist.

Die Menschen müssen sich selbst befreien. Dafür ist es wichtig, die theoretischen Grundlagen zu schaffen, die allgemein verständlich und zugängig sein sollen. Viele müssen sich die Leute erst bewußt machen, um dagegen kämpfen zu können. Nicht jeder hat die Zeit, Lust und Kraft dazu, sich mit allen Geschehnissen, allen Strategien, denen sich die Unterdrücker bedienen, auseinanderzusetzen, diese zu analysieren und aufzuzeigen.

Oft sind diese Vorgänge auch so kompliziert, daß es schon notwendig sein kann, sie wissenschaftlich zu untersuchen. Dies ist aber den wenigsten möglich.

Wichtig bleibt am Ende, eine Möglichkeit des Austauschs zu finden, an dem sich alle beteiligen können, eine Sprache die jeder verstehen kann. Kein Vorgang, keine Analyse kann so kompliziert sein, daß das mit einfachen Worten nicht erklärbar ist, womit sich viele Schreiber rechtfertigen. Das ist eine faule Ausrede!

In diesem Punkt werden weiterhin die politischen Unterschiede der linken Gruppen klar ersichtlich sein. Wer glaubt, durch eine Kadergruppe mit einer ausgewählten Elite die Menschen von ihrer Unterdrückung befreien zu müssen, wird weiterhin nur seine Bewußtseinsbildung vorantreiben und das revolutionäre Gedankengut nach seinem Gutdünken unters Volk streuen.

Für uns Anarchisten aber sollte es klar sein, daß nur eine Soziale Revolution wirkliche Befreiung bringt. Wir müssen unsere Ideen, unsere Gedanken und unsere Wissen unzensiert weitergeben, damit wir zusammen eine sozialrevolutionäre Schlagkraft bilden können.

will, sich seine eigenen Gedanken und Schlüsse zu machen. Das hat nichts mit Anbiederei zu tun. Genau das ist aber das Problem der meisten linken Zeitungen und Gruppen. Zwei Beispiele will ich mal herausgreifen, weil sie für mich besonders wichtig sind: Die Zeitschriften "Autonomie" und "Wildcat" (Karlsruher Stadtzeitung). Ihre Berichte und Analysen sind sehr gut und waren eine wichtige Grundlage für eigene Gedanken. Aber wem wollen diese Zeitungen mit ihrer abgehobenen Sprache die Situation der unterdrückten Klasse klarmachen? Sich selbst und ihrem Spektrum, um aufzuzeigen, wie bewandert sie auf diesem Gebiet sind? Den Unterdrückern, die es meist verstehen können, da sie ihre Methoden erstens selbst kennen und zweitens die Ausbildung haben sich auf wissenschaftlich-theoretische Weise auseinandersetzen zu können? Einer intellektuellen Schicht, die sich dann als kundige Elite der Führung und Befreiung der Unterdrückten verschreibt?

CHHERRSCHAFT NIEDERRSCHAFT NIEDER MIT DER SPRACHHERRSCHAFT NIEDER MITD DER SPRACHHERRSCHAFT



DGB übt Klassenkampf

Völlige Streichung des § 116

Zum § 116 AFG:

Der alte § 116 gestattete es, daß Arbeiter, die durch einen Streik in einem anderen Tarifgebiet arbeitslos wurden, Kurzarbeitergeld oder Arbeitslosenunterstützung aus der Kasse der Arbeitslosenversicherung erhielten. Dies habe das Kräfteverhältnis zugunsten der Gewerkschaften verschoben und die Neutralitätspflicht des Staates verletzt, so die konservativen Hardliner. Der alte § 116 wurde 1969 von der großen Koalition CDU/SPD eingeführt.

Die Änderung des § 116 AFG sieht vor, daß Arbeiter/innen außerhalb eines bestreikten Tarifgebietes, deren Betriwbe zur gleichen Branche gehören, im Falle der "kalten" Aussperrung kein Kurzarbeitergeld erhalten (kalte Aussperrung: auf Grund von Materialmangel infolge des Streiks auf die Straße gesetzte Arbeiter/innen).

Die Veränderung des § 116 AFG ist auch Ausdruck der politischen Schwäche des "Sozialpartners" DGB und seinen zu Versicherungsgesellschaften verkommenen Gewerkschaften. Gestreikt wird in der BRD nur, wenn dieser weitgehend finanziell "versichert" ist. Streik ist eher ein "unterbezahlter Urlaub" als ein kollektiver Kampf um materielle oder politische Verbesserungen. In England oder Frankreich erhalten Streikende nur in Ausnahmefällen finanzielle Unterstützung von Staat oder einer Gewerkschaft.

Die Veränderung des § AFG (Arbeitsförderungsgesetz) störte die bisher ungetrübte Freundschaft der bundesdeutschen Sozialpartner. Kaum zu glauben, doch der DGB versucht sich in klassenkämpferischer Gymnastik. Die Unternehmer wollen "das Streikrecht zerstören" und die Gewerkschaften gleich mit. Der soziale Friede sei gefährdet und "unsere Demokratie". Manche DGBFunktionäre denken sogar laut über einen Genralstreik nach. Aber zunächst werden Unterschriften in den Betrieben zum § 116 gesammelt und auf die Gerichte und das Bundesverfassungsgericht verwiesen. Und schließlich gibt es im Januar 1987 eine Bundestagswahl. Das vor allem erklärt das laute DGB-Geschrei. Es geht um die machtpolitische Stellung des DGB, die weniger mit der Streikfähigkeit als mit der "Versicherungsleistung" zu tun hat.

Die Strategie des DGB heißt Kompromiß. Kampffeld ist der Verhandlungstisch und der Gerichtssaal. Aus guten Gründen haben die Arbeitgeber bis jetzt dabei mitgespielt. Es gab. bisher zwischen DGB und Arbeitgebern eine stille Übereinkunft im Streikfall.

Der DGB nahm hin, daß die Arbeitgeber nicht für alle Folgen eines Streiks aufkommen müssen und zahlte Streikenden und "heiß" Ausgesperrten Unterstützung (heiße Aussperrung: Kampfmaßnahme der Arbeitgeber. Arbeiter/innen werden einfach auf die Straße gesetzt, obwohl weder Materialmangel noch andere Betriebsstörungen vorliegen). Die Arbeitgeber akzeptierten die Zahlung von Kurzarbeitergeld an "kalt" Ausgesperrte.

Der DGB verzichtete also darauf, einen Streik solange fortzuführen bis die Arbeitgeber der Zahlung des durch Streik und Aussperrung verlorengegangenen Lohns und der Übernahme aller sonstigen Kosten des Streiks zustimmen. Die Arbeitgeber verzichteten bisher darauf, gegen die Zahlung von Kurzarbeitgeld an -"kalt" Ausgesperrte vorzugehen.

Bisher sorgten die Arbeitgeber vor jedem Streik für möglichst gefüllte Materiallager, um auch bei Streik möglichst lange weiterproduzieren zu können.

Der Arbeitgeberverband verfolgt nun eine neue Taktik und die allgemeine Tendenz zu geringer Lagerhaltung zur Kostengründen verstärkt dies noch. Es geht darum, sehr schnell viele Arbeiter/innen wegen Materialmangel als Streikfolge unbezahlt auf die Straße zu setzen. Die so "Freigesetzten" stehen ohne Geld/Unterstützung da, wodurch politischer Druck auf die Streikenden entsteht, den die Arbeitgeber für sich ausnutzen können. Um da herauszukommen, wäre eine andere Form des Streiks, wäre eine andere Gewerkschaftsarbeit, wäre ein politischer Kampf mit dem Ziel einer Streikfreiheit notwendig.

Die Streikfühigkeit in ihrer heutigen Umfang wird durch die Änderung des § 116 kaum berührt. Es geht um die Bankkonten der Arbeiterbosse. Der DGB ist in der Zwickmühle, da der Kapitalistengriff in die Gewerkschaftskassen nur durch einen massiven, gezielt politischen und damit rechtswidrigen Streik (Nötigung des Parlaments) zu verhindern wäre.

Glaub jemand ernstlich, Herr Breit (SPD) oder sein Vorstandskollege Fehrenbach (CDU) wünschen sich selbstbewußte und entschlossene Belegschaften?

Es sollte klar sein, wenn wir streiken wollen, dann können wir es! Mit und ohne § 116, mit und ohne Streikrecht, mit und ohne DGB. Es geht um das Ziel der Streikfreiheit:

Ein Schritt dahin wäre die völlige Abschaffung des § 116 AFG. In einem erstreikten Tarifvertrag sollte weitgehend festgelegt werden, daß die Folgen eines Streiks vom Arbeitgeber getragen werden müssen. Also: Forderung nach Zahlung der durch Streik oder Aussperrung ausgefallenen Löhne, Wiedereinstellung von Entlassenen, Kündigungschutz für aktive Streikteilnehmer.

Der Arbeitsvertrag als "bürgerlicher Rechtsvertrag" legt bindende Verpflichtungen für beide "Partner" fest. Bei Aussperrung sollten wir daher Lohnfortzahlung und nicht Kurzarbeitergeld fordern. Dies macht Aussperrungen unmöglich, und der Arbeitgeber müßte etwa Massenentlassungen vornehmen, was politisch, juristisch (Einhaltung der Kündigungsfrist, Anmeldung beim Arbeitsamt) und sozial konfliktreich wäre.

Die Rechtssprechung billigt nur den Gewerkschaften, die "fähig" sind für Tarifforderungen zu streiken, Streikfreiheit zu. Streiks dürfen nur gegen die Arbeitgeber geführt werden, dürfen weder "tarifwidrig" noch "sittenwidrig" sein und müssen sich "innerhalb des Rahmens der geschichtlich gewordenen sozial ethischen Ordnung des Gemeinschaftslebens bewegen" (H. C. Nipperdey, erster Präsident des 1955 gebildeten Bundesarbeitsgerichtes). Auch die Aussperrung ist gerichtlich abgesegnet. Wg. Waffengleichheit.
Der "demokratische" Staat gewährt zwar Koalitionsfreiheit (Recht zur Bildung von Gewerkschaften), regelt aber aufs Genaueste den Arbeitskampf. Die feindlichen Klassen werden "Sozialpartner", die innerhalb der "Tarifautonomie" in Verhandlungen Tarifverträge abschließen, die dem Arbeitgeber freie Hand bei Investitionen, Produktionsumstellung und Preisen läßt, und die Belegschaft mit einer Friedenspflicht belegt.

Für einen Streik gelten strenge Auflagen:

Streik muß "sozial adäquat" sein, darf nicht auf die Vernichtung des Sozialpartners zielen (sprich seines Eigentums) und darf erst nach "Ausschöpfung aller Verhandlungsmöglichkeiten" und Schlichtungsverfahren als "letztes Mittel" eingesetzt werden. Der Streik darf auf keinen Fall darauf gerichtet sein, den Staat oder ein sonstiges Subjekt hoheitlicher Gewalt" zu einem "hoheitlichen Tun" oder Nicht-Tun zu zwingen. "Politische" Streiks sind immer rechtswidrig.

Der DGB und seine Angst vorm Streik

Streik ist für den DGB vor allem ein Finanzproblem. Außerdem ist er stets an einer florierenden Wirtschaft interessiert. So wirkt der DGB selbst - auch streikverhindernd. Die Verhinderung von Streiks gehört zu seinen wichtigsten Aufgaben.

In den DGB-Satzungen ist festgelegt, daß ein Streik erst nach einer Urabstimmung mit 75%iger Zustimmung ausgerufen werden soll. Für die Beendigung des Streiks reichen 25%. Aber der Vorstand kann beschließen, was er will. Selbst nach einer positiven Urabstimmung muß er keinen Streik ausrufen. Die Vorstände bestimmen, wann, wo und wie lange gestreikt wird. Die Vorstände haben absolutes Entscheidungsrecht. Bis zur Ortsverwaltungsebene entscheiden die Vorstände z. B. über die Einstellung von Funktionären. 1963 erklärte das BAG wilde Streiks für rechtswidrig, was den DGB als Ordnungshüter in den Betrieben noch stärkte. Wer wagt heute schon einen Streik ohne den DGB?

Der DGB hat sich als Sozialpartner und Ordnungsfaktor auf ein formalisiertes Streikrecht und eine dazu passende verrechtlichte Streikpraxis eingelassen. Der DGB hat akzeptiert, daß der Staat einen Streik nur unter dem geschilderten rechtlichen und politischen Korsett duldet. Streikfreiheit würde erst einmal die Beseitigung dieses rechtlichen Rahmens, würde eine tatsächliche "Neutralitä" des Staates bei Arbeitskämpfen erfordern. Es würde weiter die Zurückdrängung der reformistischen, zentralistisch geführten und bürokratisierten DGB-Gewerkschaften erfordern. Gegen die bereits existierenden einschräkenden Streikgesetze, Gerichtsurteile und gegen die seit Jahren ausgeübte Ordnungsfunktion des DGB ist die Änderung des § 116 ein Klacks.

Streikfreiheit statt Gesetze

Das Lamento des DGB und der sozialdemokratischen Parteihanseln verdeutlicht, daß wieder einmal "Gesetze" mit erkämpften politischen Freiheiten verwechselt werden. Dies gilt auch für jene fossilen Klassenkämpfer der K-Sekten, die endlich ein ordentliches Gesetz, ein Streikrecht haben wollen.
Streikfreiheit wurde und wird nicht auf dem Verhandlungswege erkämpft oder im Parlament per Gesetz beschlossen und von einer Regierung gnädig erlassen. Es geht darum, den Streik ganz bewußt als politisches Kampfmittel zurückzugewinnen und einzusetzen. Das kann nur gegen den Widerstand des DGB, der Bosse, der gekauften Politiker in den Parteien, gegen Justiz und Polizei durchgesetzt werden.



* *



Demonstrationen kann der Staat mit Polizeiknüppeln zerschlagen. Ein Streik trifft die Mächtigen an einer empfindlichen Stelle. Am Profit!
Lernen wir, den Streik als politisches Kampfinstrument wieder zu gebrauchen.
Die Änderung des § 116 kann uns aber nicht gleichgültig sein. Es geht um das Geld, das die Arbeiter/innen selbst in den Topf der Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Darüber sollen weder die Arbeitgeber noch irgendeine Regierung zu bestimmen haben. Die Gelder in Nürnberg sind Arbeiter/innen-Geld'
Nicht der DGB streikt, oder die IG-Metall, sondern wir, oder die Belegschaft eines Betriebes, oder die Arbeiter/innen einer Region ...
Außerdem bedeutet die Änderung des § 116 eine weitere Verrechtlichung von Arbeitskämpfen, was uns stinkt, und kann aber auch eine Schwächung des DGB-Einflusses in den Betrieben sein, was uns gelegen kommen könnte, wenn wir es ausnützen.

Daß mit der Änderung des § 116 AFG ohne Not Unruhe in die Sozialpartnerschaft von seiten der Arbeitgeber gebracht wurde, zeigt, wo die Mächtigen in den nächsten Jahren wachsende Konflikte befürchten: Nämlich in dem von Teilen der ökologisch angehauchten Linken so ungeliebten Arbeitsbereich. Modernisierung der Wirtschaft, Rationalisierung, erneute Exportoffensive auf dem Weltmarkt, Umstrukturierung mit Massenarbeitslosigkeit und Umwandlung des Arbeitsmarktes in einen Jobbermarkt, neue Technologien usw. sind nur einige Stichpunkte, die klar machen, daß es erhebliche Unruhe durch Veränderungen der "ökonomischen Basis" der Gesellschaft geben wird.
Warum gegen die genannten Tendenzen nicht das Mittel des Streiks einsetzen? Streikfreiheit für alle Beschäftigten, für einzelne Belegschaften, für Betriebe einer Stadt oder einer Region, Nichtanerkennung eines "Tarifriedens", Streik für soziale Gerechtigkeit, für politische Freiheiten, für die Übernahme der Betriebe durch die Belegschaften ... Streik für eine selbstverwaltete und freie Gesellschaft - so undenkbar?

HAUSBESETZUNG IN DARMSTADT

Am Freitag, den 20.3.86 wurde das Wohnhaus in der Fuhrmannstraße 9 besetzt. Am nächsten Tag erschien der Oberbürgermeister Metzger (SPD) und bot Nutzungsverträge zu Scheißbedingungen an, die binnen einer Woche angenommen werden müßten oder es würde geräumt.
Nach Verhandlungen und teilweisen Änderungen der Bedingungen zu Gunsten der Besetzer, sowie dem Wissen, daß die schlimmsten Bedingungen eh gesetzwidrig und damit ungültig waren, wurden am Donnerstag darauf die Nutzungsverträge abgeschlossen.
Die Stadt versucht die ganze Sache zu entpolitisieren, indem sie die Besetzung als eine Einzel- und Selbsthilfeaktion benachteiligter Jugendlicher darstellt, auf die von Seiten der Stadt prompt positiv reagiert wurde.
Ihr wirkliche Interesse ist es, den Leuten durch angebotene Nutzungsverträge erstmal zu entsprechen, um sie dann durch die darin bestehenden üblen Bedingungen besser in der Hand zu haben. Eine Solidarisierung der Menschen im Wohnbereich (Watzeviertel) soll verhindert werden, da dort die Stimmung der Bewohner in Bezug auf die Sanierungspolitik in ihrem Viertel eh schon am Kochen ist.

Zur wirtschaftlichen Bedeutung des Frankfurter Flughafens

Der folgende Artikel ist aus "HauRuck" Nr.6, einem Info militanter Startbahngegner. Er beschäftigt sich mit der ökonomischen Bedeutung des Metropolen-Flughafen Rhein/Main, die von der Startbahnbewegung bis jetzt kaum diskutiert wurde. Mit dem Flughafen steht und fällt eine für die Kapitalisten wichtigsten Drehscheiben in Europa, das Bankenzentrum Frankfurt. Wenn wir die Ansätze einer sozialrevolutionären Bewegung in der Region entwickeln wollen, werden wir um eine Analyse der Vorreiterrolle des Frankfurter Großraums hinsichtlich der Durchsetzung neuer Kapitalstrategien nicht herumkommen.

Dazu führten insbesondere die (hess.) Arbeitgeberverbände und die Stadt Frankfurt das Wort während der Anhörung im Hessischen Landtag für den Bau der Startbahn West. In ihren damaligen Vorträgen faßten sie zusammen, welches Interesse die Banken und Konzerne mit der "wichtigsten Drehscheibe im europäischen Luftverkehr" verbindet. "Nach allen vorliegenden Erkenntnissen lebt die Wirtschaftsmetro-pole Frankfurt am Main aber von der verkehrlichen Zentralität, welche nicht zuletzt durch das Luftkreuz Rhein-Main gewährleistet wird. Insbesondere als Banken- und Börsenplatz von internationalem Rang wäre die Stadt Frankfurt gefährdet, wenn sie nicht mehr zugleich Verkehrsmetropole der BRD wäre. Die Zahl der internationalen Direktflugverbindungen zum Flughafen Frankfurt geht einher mit der Attraktivität Frankfurts als europäischer Stammsitz internationaler Konzerne." (Vortrag Magistratsbeschluß Ffm 23. 01. 1981)

Vom gesamten Verkehrsaufkommen der 11 Flughäfen in der BRD flogen 1980 36% der Fluggäste von/über Frankfurt. Hier wurde 72% der Luftfracht umgeschlagen und 58% der Luftpost. Damit macht der Flughafen das Rhein-Main-Gebiet (Frankfurt) "zum Standort höchster Zentralität in der BRD und Europa", wurde er "Standortfaktor" für viele der ansässigen nationalen und internationalen Unternehmen.Dabei haben die Betriebe aus dem Raum Frankfurt z. B. 1980 42% des gesamten Auslandumsatzes in der BRD erzielt. Die 10 Filialen der größten internationalen Banken, die Hauptsitze der 5 größten Banken der BRD, 341 Kreditinstitute (davon sind 186 Filialen von ausländischen Banken) und 142 Versicherungen sind in Frankfurt nicht zu übersehen. Als führender Standort des Groß-, Einzelhandels und der Handelsvermittlung, mit den 200 ansässigen Werbeagenturen, den Sitzen von führenden Großbaufirmen, den 53 Konsulaten, 27 ausländischen Handelsvertretungen ... Messegelände und großem Hotel- und Gaststättengewerbe vervollständigt sich das Bild. "Im tertiären Wirtschaftssektor insbesondere im Bereich des Banken- und Börsenwesens spielen Zeitfaktor und Schnelligkeit der Dispositionen eine überdurchschnittlich große Rolle. Der unmittelbare Anschluß an den Weltflugverkehr ermöglicht eine direkte Anbindung an die bedeutendsten Wirtschaftszentren des In- und Auslandes und ist insofern entscheidend für ein erfolgreiches wirtschaftliches Handeln." (Stadt Ffm 23. 01. 1981)

Allerdings ist zu erwarten, daß sich in diesen Branchen durch den Einsatz von neuen Kommunikationsmitteln, Satelitenschaltungen etc. die Inanspruchnahme von Geschäftsflügen relativiert.

Die Industrie sieht in der eingeleiteten Umstrukturierung und Exportsteigerung die Sicherung ihrer Machtstellung sowie weiteres Wirtschaftswachstum in den Metropolen: Produktion von qualitativ hochwertiger, "intelligenter" Ware in den Zentren, während "einfache Produkte" aus den sogenannten Billiglohnländern bezogen werden.

Schon 1980 betrug im Maschinenbau, der zweitgrößten Industrie in Hessen, der Export 55%. Die Elektronikindustrie folgt auf Platz drei. Beide Industriebranchen nehmen verstärkt den Luftfrachtverkehr in Anspruch.

Im Bereich der Bauwirtschaft liegt das Interesse nicht nur am Ausbau des Flughafens selbst, sondern ebenfalls an ihrem zunehmenden Auslandsumsatz, z. B. verstärkte die Ph. Holzmann AG ihre Bauleistung in den ersten fünf Monaten 1985 in den USA um 21%. (Ein weiterer Schwerpunkt ist Nahost) Ihrer Inlandbauleistung von 689 Mio.DM steht eine im Ausland von 630 Mio.DM gegenüber.

In der Anhörung 1981 (Vortrag der he-sischen Arbeitgeberverbände) wurde ebenso auf die Planungsfirmen für schlüsselfertige Großanlagen im Ausland hingewiesen, die zu 100% auf die schnellen Verkehrsverbindungen (für Inginieure und Techniker) angewiesen wären. Die Hälfte des gesamten Auslandsumsatzes in der deutschen Bauindustrie (1980) ging auf das Konto von Firmen mit Sitz in Frankfurt.

Der Ausbau des Flughafens wurde und wird für die Erhaltung der "Wettbewerbsfähigkeit gefordert. Denn nur mit der Erweiterung des Exports und wachsender internationaler Arbeitsteilung steigen die Profite der Konzerne. Diese strukturelle Entwicklung findet ihren Niederschlag im Bedarf an Luftfracht, besonders im überseeischen Bereich. Schon heute sind kleinere und mittlere Gewichtseinheiten billiger (!) bis kostengleich mit der Seefracht.

An dieser Stelle wird es notwendig, an die damalige Argumentation der BI zu erinnern. Auch in der Anhörung im Landtag beschränkte sich die Kritik gegen den Bau der Startbahn West u. a. auf Gegenrechnungen zu Prognosen der FAG über die mögliche Kapazitätserweiterung, Arbeitsplätze usw. So wurden "Alternativen" genannt, um die internationale Rolle von Rhein-Main nicht zu verlieren", z. B. Verlegung des Inlandverkehrs auf andere Flughäfen oder Schienenverkehr.

War die Argumentation, mit eigenem Gutachten zur weitergehenden Umweltzerstörung durch den Flughafen/Startbahn und die Forderung nach einer Umweltverträglichkeitsprüfung berechtigtes Einfordern von Lebensbedingungen, so blieb das besonders mit der "Rechnerei" um tatsächliche/mögliche falsche Zahlen zur Kapazitätserweiterung systemakzeptierende Politik. Das war damals auch so gewollt. Die Funktion des Flughafens wurde nie thematisiert, ebenso wenig die ernsthafte Auseinandersetzung mit der Rolle der Air Base (militärische Bedeutung der Startbahn).

Ein weiterer Schwerpunkt der BI war auch ihre Argumentation gegen das Versprechen von "neuen Arbeitsplätzen" und Absicherung von vorhandenen Arbeitsplätzen in der Region durch die Erweiterung des Flughafens. Dies war zum Teil auch von außen aufgezwungen, weil tatsächlich sehr viele Menschen im Umland vom Flughafen abhängig sind, dort oder in Zulieferfirmen arbeiten (auch die Gewerkschaften begründeten mit dem Arbeitsplatzargument ihre Position zur Startbahn). Nur in diesen Zusammenhang ist es - nach wie vor - richtig, gegen die Propagandalüge der FAG von den "neuen und gesicherten Arbeitsplätzen" auf und durch den Flughafen vorzugehen.



Aus der Hochglanzbroschüre "Fragen und Antworten zur Startbahn West": "die Wirtschaft befindet sich mitten in einem Strukturwandel. In den 70er Jahren ist in Frankfurt per saldo die Zahl der Arbeitsplätze um fast 30000 zurückgegangen. Gleichzeitig nahm die Zahl der Beschäftigten auf dem Flughafen um 45% zu (...) Die im hohen Maße auf internationale Verbindungen angewiesenen Unternehmen (könnten) bei einer Verlegung von Flugnetzen (...) ihren Standort (...) verlagern. Betriebe werden durch den Standortfaktor angezogen, wobei in anderen Gebieten Betriebe geschlossen oder Arbeitskräfte abgezogen werden. Dies hat eine zunehmende Konzentration auf bestimmte Industriezonen zur Folge. Gleichzeitig werden Lohnkosten durch Rationalisierung und den Einsatz neuer Technologien eingespart.

"Der Luftverkehr wird langfristig eine Wachstumsindustrie bleiben."

Nach einem Artikel des internationalen Luftverbandes (iata, in: "Interavia"'85) erreichte der Weltluftverkehr 1984 mit 10% seine höchste Steigerungsrate seit 1979. Unterschieden in Passagier- und Frachtverkehr wird eine mäßige, aber kontinuierlich steigende Fluggastzahl erwartet und eine stärkere Entwicklung im Frachtbereich (1984 plus 14% weltweit) für die kommenden Jahre vorausgesagt. Die steigende Fluggastzahl würde sich dabei weniger in vermehrten Flugbewegungen umsetzen, da mehr Großraumflugzeuge kombiniert mit Frachtladungen eingesetzt werden. Diese Tendenzen hätten Bedeutung für die Pisten- und Terminalkapazitäten auf den Flughäfen der Welt. Damit ist die schnelle Abfertigung von Passagieren und Fracht gemeint, die Optimierung von "Spitzenzeiten", in Hauptverkehrszeiten.
Dieselbe Tendenz verdeutlicht ein Artikel im "Aero-Kurier" (7/85), "(...) der Luftverkehr wird langfristig eine Wachstumsindustrie bleiben. Wir gehen aus von einer durchschnittlichen Steigerung der Passagierkilometer von 5,5% p. a. im Zeitraum bis 1993. Das Wachstum im Frachtverkehr dürfte etwas über dieser Marke liegen, weil hier besondere Chancen im Trend zur Produktion hochwertiger Güter und zu kleineren und leichteren Bauelementen liegen.

Nach den zitierten Artikeln zeigt sich eine Entwicklung, in der die zunehmende Luftfracht sich auf immer weniger Fluggesellschaften konzentriert. 45% des Weltfrachtverkehrs entfielen auf vier europäische Fluggesellschaften (BRD = Lufthansa), auf die "Flying tigers" (USA) und die Japan Air Lines.Im Luftverkehr der USA werden die mächtigen Fluggesellschaften immer mächtiger.
"(...) Zur Grundvoraussetzung einer beherrschenden Stellung gehört eine leistungsfähige Drehscheibe. (...) Die Macht der Giganten wird sich in der Ausnutzung von Einfallstoren manifestieren, und deren künftige Wahl dürfte auf die Hauptdrehscheiben der Großen fallen."

Der Frankfurter Flughafen ist unbestritten die wichtigste Drehscheibe im europäischen Luftverkehr. Nach London steht er an zweiter Stelle in Europa. Im Frachtbereich weisen nur die US-Flughäfen New York und Los Angeles höhere Zahlen an transportierten Tonnen auf. 1984 waren es im Vergleich zu 1983 7% mehr an Fluggästen - in Frankfurt sind bald die Hälfte der Passagiere sogenannte Umsteiger - und 12,8% mehr Frachtumschlag.
Wir wollen pulsierender Mittelpunkt des reibungslos funktionierenden Verkehrssystems sein und bleiben - Luft, Schiene und Straße nahtlos verbinden." So tönt E. Becker, Chef der FAG, im Generalausbauplan für den Rhein-Main Flughafen, hrg. am 25. 06. 1985.
Die Steigerung des Luftverkehrs wird darin in den Punkten "rege Exporttätigkeit der deutschen Industrie" und hoher Dollarkurs in Bezug auf den Frachtumschlag zusammengefaßt. Die Zunahme an Passagieren wird mit vermehrten Geschäftsreisen, Angebotserweiterung, verstärktem Inlandverkehr sowie Urlaubsflügen begründet. Diese Entwicklung würde anhalten und sich noch erweitern, heißt es als Ausgangspunkt des dreistufigen Generalausbauplans, der in Fünf-Jahresabschnitten bis 1999 reicht. Auch wenn wir die Richtigkeit der zugrundeliegenden Prognosen anzweifeln, werden sie von uns vorläufig kommentarlos übernommen, geht es doch darum, den stattfindenden Ausbau und die Pläne der nächsten Jahre von Seiten der Flughafenbetreiber zusammenzufassen...

Investitionsschwerpunkte im Flughafenbereich bis 1999:

- Vergrößerung der Vorfeldflächen (für Frachtabwicklung, größere Flugzeuge)
- Erweiterung der Flughafenterminals im Bereich c und a
- Umbau von Flugsteigen (größere Flugzeuge)
- weitere Büros, Parkplätze
- Anpassung der Frachtanlagen (Erweiterung) dafür Ausbauten der Infrastruktur (Brücken, Straßen, Schienen)
- verbesserte Anbindung an das InterCity-Netz (Passagiere)

Entwicklung der Passagierflüge:
bis 1999 26,8 Mio. (1984: 19 Mio.)

Entwicklung im Frachtbereich:
bis 1999 1,25 Mio. t (1984: 773.000t)

Dabei wäre zu berücksichtigen, daß eine geringere Steigerung der Starts und Landungen durch den Einsatz von größeren Flugzeugen erwartet wird...

- Im Passagierbereich wird durch den Einsatz modernster Technik eine schnellere, flexiblere Schalternutzung angestrebt.
- Im Frachtbereich sind die Erweiterung der Gebäude, der Ausbau der Containerlagerung und der Abfertigungsanlagen vorgesehen.
- Im Bereich Verwaltung, Büro, sind der begonnene Neubau des FAC (Frankfurter Airport Center) sowie ein neues Lufthansaverwaltungsgebäude genannt.

Die begonnenen bzw. nächsten Ausbauten betreffen, neben dem neuen Kontrollturm an der Südseite der Paralelbahnen (zwischen Air Base und Startbahn), der ab 1988 in Betrieb gehen soll, besonders den Frachtbereich.
Der Bau des FAG-eigenen FAC steht dabei im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung des Frachtluftverkehrs und der Konzentration von grossen Firmensitzen auf Rhein-Main. Mit 47.000 qm Bürofläche wird es für Firmen mit internationalen Beziehungen als "Repräsentanz" angeboten werden. 1/4 der Fläche ist für die Flughafenverwaltung vorgesehen. Direkt auf dem Flughafengelände ist es ein "Angebot" als "Büro- und Kommunikationszentrum für alle Wirtschaftszweige. "Und die vorhandene Verkehrsanbindung in Bezug auf Luft, Schiene und Straße ist ebenso einmalig wie die gesamte Infrastruktur..." (FAG)

Messevergleichbar sind zu den Büros Ausstellungs- und Informationspavillons vorgesehen. Als "Verkürzung" der Wege zwischen den "Geschäftszentren der Welt" wirbt die FAG für das FAC - zu den ersten Mietern gehöre ein weltweit operierender US-Konzern... "... eine Fülle von Luftverkehrsverbindungen eröffnet Exporteuren in Stunden die Weltmärkte".

"Internationale Arbeitsteilung beflügelt das Luftfrachtgeschäft"
(Überschrift eines Artikels in der Flughafen Rundschau)

Der innerhalb des Flughafenbetriebs geringere Anteil von Frachtflügen wird z. B. an den Zahlen für die führende BRD-Gesellschaft Lufthansa/German Cargo Service deutlich: neben den 111 Lufthansa-Jets sowie 16 Jets der

Tochter Condor besitzt sie fünf Frachtflugzeuge. Vom Wert ausgehend hält der Frachtverkehr ca. 1/3 des gesamten Flughafenverkehrs.

Die Konzeption des Frachtzentrums in Frankfurt ist die größte der Welt. Die Planungen dafür gehen ins Jahr 1966 zurück und wurden dann, nach "wechselhaften Entwicklungen" und mehrmaligen Veränderungen umgesetzt mit dem Ziel, sich in einem "Höchstmaß an Flexibilität" den möglichen Veränderungen des Luftverkehrs anpassen zu können.

Schon 1978 wurden 70% des BRD-Luftfrachtverkehrs in Frankfurt auf Grund der geographischen Lage umgeschlagen. 1982 wurde das Lufthansa Cargo Center in Betrieb genommen. Mit der Kapazität von 1,5 Mio. t jährlich wird die jetzige Erweiterung insbesondere die fördertechnischen Anlagen und die größte Lagerkapazität betreffen, sowie die Perfektionierung vom Einsatz der EDV. Die Größe dieser Ausbauten macht sich daran deutlich, daß schon "heute" in der ersten Phase des Ausbauplans damit begonnen wird, obwohl die jetzige Kapazität 1,5 Mio. t beträgt, dagegen letztes Jahr insgesamt 773.000 t geflogen wurden, und bis zum Jahr 1999 mit 1,25 Mio. t. gerechnet wird.

"(...) die Sendungsdaten müssen vor der Ware am Empfangsort sein." (Frachttage 85) Zugleich zeigt das auch die Abhängigkeit von der vorhandenen Infrastruktur in den Empfängerländern. In diesem Zusammenhang betreibt die FAG ihre "Consulting-Abteilung", die Now-how und Schulung ausländischer Flughafenmitarbeiter bietet, und seit 1972 56 Planungs-und Bauaufträge in 22 Ländern verbucht, verbunden mit Geschäftsverpflichtungen, "Handelsabkommen" ... Mit der Zunahme der Fracht wurde 1984 41% mehr Exportfracht (per LKW) nach Frankfurt gezogen ... und in z. B. Kelsterbach haben sich ca. 100 Spediteure und Unternehmen angesiedelt, die mit Luftfracht zu tun haben.

Mit der Entwicklung von Luftfrachtcontainern hatte sich der "schnellst mögliche und schonende Transport" vereinfacht, und mit der Zeitersparnis lohnen sich z. B. auch große Maschinentransporte.

Per Luftfracht transportierte Güter sind im wesentlichen (bisherige Rangfolge):

- hochwertige Maschinen und Ersatzteile
- elektro- und elektrotechnische Anlagen
- chemische und pharmazeutische Erzeugnisse
- Textilien
- Elektronik, Computer in Spezialbehältern
- Lebensmittel
- Tiertransporte

"Hochwertig, empfindlich, verderblich sind drei der wesentlichen Kriterien, nach denen Luftfrachtgüter bestimmt werden. Computer, als teuerste high-tech-Ware, in immer kompakterer Form, also geringerem Volumen und Gewicht, entsprechend billig zu fliegen, liegen schon heute ganz vorn und werden sich immer mehr zum Favoriten im Luftfrachtgeschäft mausern. Wie zufällig befinden sich zahlreiche Zentrallager der weltweit größten Computerriesen im Rhein-Main Gebiet. Und das verdeutlicht, welche infrastrukturelle Funktion der Flughafen z. B. für diesen strategischen Sektor "Informationstechnologien" inne hat, wie dieser den imperialistischen Normen eines immer schneller, weiter, flexibler und damit profitabler gerecht wird. Der Flughafen wird zum Mittel und Teil einer Neu- bzw. Umstrukturierung unter perfektionierten Weltmarktbedingungen und internationaler Arbeitsteilung.

Insgesamt beträgt der Anteil der Luftfracht nur wenige Prozentpunkte des Weltfrachtverkehrs, kann LKW-, Bahn- und Schiffracht natürlich niemals ersetzen. Vielmehr ergänzt der Lufttransport diese in bestimmten Bereichen, dient sozusagen als Schmiermittel zur Perfektionierung des imperialistischen Weltmarktgefüges.

Zusammen mit den praktischen Versuchen, durch Ballon, Drachen o. ä. den Luftverkehr zu stören - massenhaft am 14. 04. 1984 zur Einweihung der Startbahn, während Sonntagsspaziergängen oder in Nachtaktionen - wurden "leise" Versuche unternommen, unseren Widerstand nicht nur "startbahnbezogen" auszudrückwen und innerhalb der Bewegung die Diskussion um den Gesamtflughafen zu führen.
Eine Gruppe schrieb zu ihrer Ballonaktion an der Westseite der Startbahn:
"... während der Widerstand in Form von Sonntagsspaziergängen und Aktionen gegen Einrichtungen am Startbahngelände weiter geht, donnern Jets und US-Transporter ungestört über uns hinweg. Wir sind konfrontiert mit den ökonomischen und militärischen Realitäten der Startbahn. Maximale Auslastung des Flughafens bedeutet für die Banken und Konzerne im Rhein-Main Gebiet maximale Profite und Ausbeutung in aller Welt..."

In der herrschenden sog. Weltwirtschaftskrise bedeutet die kapitalistische Strategie den Übergang von einer Form von Kapialverwertungsorganisation im globalen Rahmen. Dieses Konzept der umfassenden Organisation internationaler Ausbeutungsstrukturen - (neue) internationale Arbeitsteilung - setzt seine "Schwerpunkte" der weiteren industrieellen Entwicklung und Mehrwertabpressung in den Metropolen und den sog. Schwellenländern.
In den Metropolen kommt es dabei zur Verdichtung in bestimmten Wachstumszonen (z. B. Rhein-Main Gebiet, Konzentration von bestimmter Industrie, Bedeutung des Flughafens!) und in Schwellenländern wie z. B. Brasilien zu Produktionszonen.

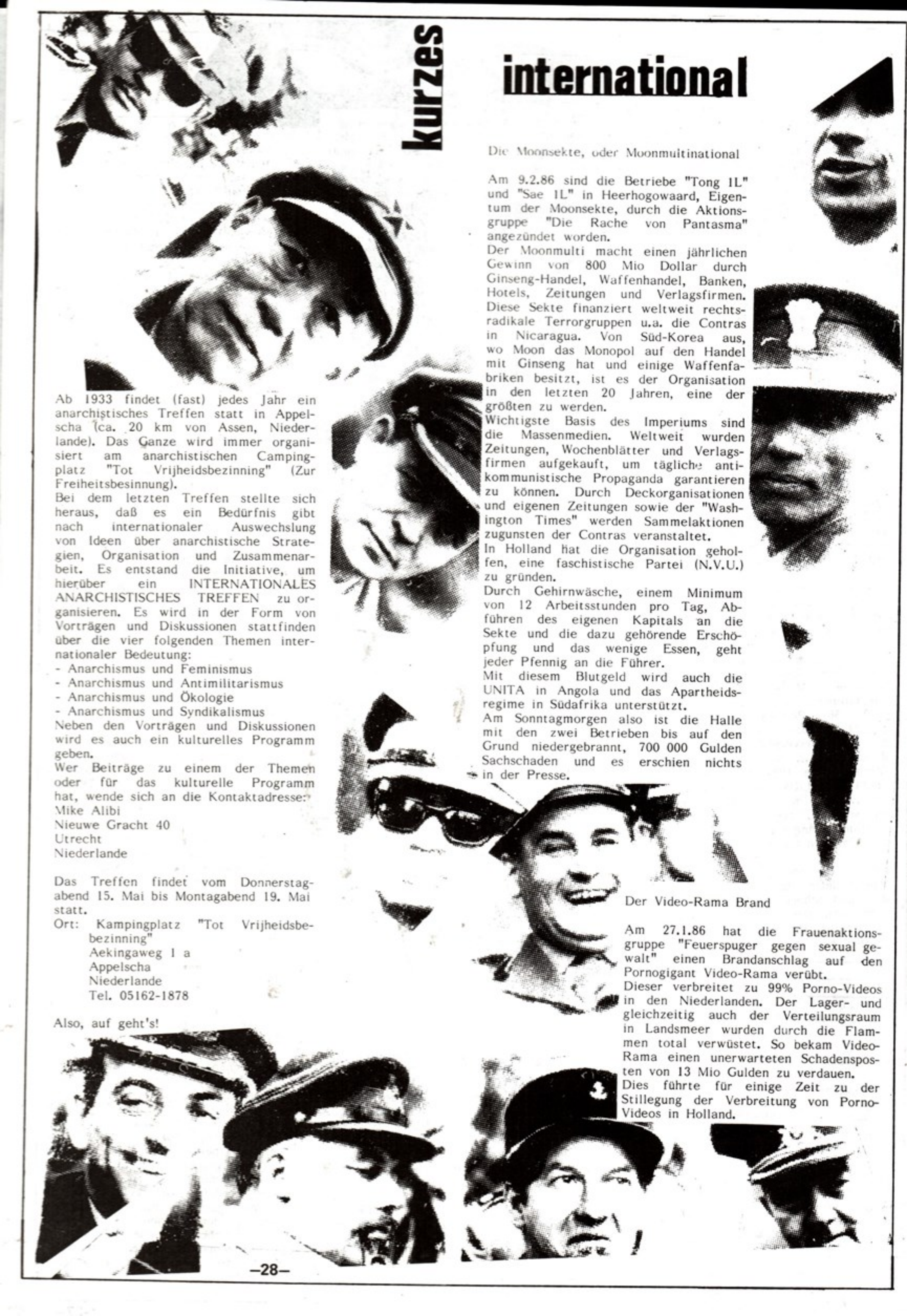
"Abgekoppelt" von der übrigen Wirtschaft der jeweiligen Länder (und von den eigentlichen Bedürfnissen) formiert sich eine Weltmarktorganisation, wo das Kapital von bestimmten "produktiven Stützpunkten" aus seinen gesamten Profit organisiert. In dieser eingeteilten Welt sind Weltmarktproduktionszonen am Entstehen, Zonen und Bereiche, wo dann "mobile" Arbeitskraft bereitsitzt oder "mobile" Massenarmut geschaffen wird; dort, wo das Kapital vorerst nicht das geringste Interesse hat an irgendeiner Produktion.

In diesem Zusammenhang wird es auch in den Metropolen, neben "Entwicklungszonen", Zonen mit extremer Armut und Verelendung geben. Weiter fortgeschritten als in der BRD ist dies in Europa etwa in England. Verstehen auch hier immer mehr Menschen die vom internationalen Kapital (Sitz u. a. in Frankfurt) Plünderung und Unterdrückung in der sog. 3. Welt, und die Kämpfe dagegen - nicht zuletzt durch die konkreten Auswirkungen hier, wo neben den "goldenen Fesseln" zunehmend "strukturelle" (Dauer)Arbeitslosigkeit und Armut zu spüren sind, ebenso wie die Zerstörung von Lebensbedingungen - zeigt sich aber genauso deutlich, wie weit schon die gezielte, systematische Zerstörung von sozialen Strukturen umgesetzt ist, und das reicht von der Spaltung der Arbeiter in den Betrieben (Arbeitsablauf, eingesetzte Technologie,
Stamm- und Randbelegschaft ...) bis hin zur "Kolonialisierung der Augen und Hirne" durch den Einsatz technologischer Gewalt gegen den menschlichen Reichtum in allen gesellschaftlichen Bereichen, z. B. kapitalistische Informationstechnologie (neue Medien), die gesteuerten Abläufe des "Lebens" in Stadt- und Einkaufszentren...

Und so ist dieses System mit der laufenden Umstrukturierung - ber der gleichzeitigen Einkreisung mit neuen Formen militärischen Angriffs, Aufstands- und "Terrorismus"bekämpfung - auch umfassender technologischer Angriff gegen gesellschaftliche Möglichkeiten von Widerstand, von Klassenkampf.

Wir wollen in der nächsten Zeit insofern auch eine grundsätzliche Auseinandersetzung um "technologische Gewalt", ausgehend von unserer Ablehnung und unseres Kampfes gegen solche Großprojekte.

Wir brauchen solche "internationalen Drehscheiben", "hightech" und "control data" nicht. Und das nicht allein deswegen, weil sie ihre Logik ausschließlich innerhalb von Ausbeutungs- und Profitinteressen, nur innerhalb der "neuen" Arbeitsteilung haben. Wir lehnen sie grundsätzlich ab, weil sie eine zusammenhängende Entwicklung sind, mit moderner Großtechnologie - im Weltraum, bis hin zur gezielten Umsetzung der Technologie in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie sind zugleich "technologischer Klassenkampf" dort, wo sie durchgesetz und aufgezwungen werden.



kurzes international

Die Moonsekte, oder Moonmultinational

Am 9.2.86 sind die Betriebe "Tong 1L" und "Sae 1L" in Heerhogowaard, Eigentum der Moonsekte, durch die Aktionsgruppe "Die Rache von Pantasma" angezündet worden.
Der Moonmulti macht einen jährlichen Gewinn von 800 Mio Dollar durch Ginseng-Handel, Waffenhandel, Banken, Hotels, Zeitungen und Verlagsfirmen. Diese Sekte finanziert weltweit rechtsradikale Terrorgruppen u.a. die Contras in Nicaragua. Von Süd-Korea aus, wo Moon das Monopol auf den Handel mit Ginseng hat und einige Waffenfabriken besitzt, ist es der Organisation in den letzten 20 Jahren, eine der größten zu werden.
Wichtigste Basis des Imperiums sind die Massenmedien. Weltweit wurden Zeitungen, Wochenblätter und Verlagsfirmen aufgekauft, um tägliche antikommunistische Propaganda garantieren zu können. Durch Deckorganisationen und eigenen Zeitungen sowie der "Washington Times" werden Sammelaktionen zugunsten der Contras veranstaltet.
In Holland hat die Organisation geholfen, eine faschistische Partei (N.V.U.) zu gründen.
Durch Gehirnwäsche, einem Minimum von 12 Arbeitsstunden pro Tag, Abführen des eigenen Kapitals an die Sekte und die dazu gehörende Erschöpfung und das wenige Essen, geht jeder Pfennig an die Führer.
Mit diesem Blutgeld wird auch die UNITA in Angola und das Apartheidsregime in Südafrika unterstützt.
Am Sonntagmorgen also ist die Halle mit den zwei Betrieben bis auf den Grund niedergebrannt, 700 000 Gulden Sachschaden und es erschien nichts in der Presse.

Ab 1933 findet (fast) jedes Jahr ein anarchistisches Treffen statt in Appelscha (ca. 20 km von Assen, Niederlande). Das Ganze wird immer organisiert am anarchistischen Campingplatz "Tot Vrijheidsbezinning" (Zur Freiheitsbesinnung).
Bei dem letzten Treffen stellte sich heraus, daß es ein Bedürfnis gibt nach internationaler Auswechslung von Ideen über anarchistische Strategien, Organisation und Zusammenarbeit. Es entstand die Initiative, um hierüber ein INTERNATIONALES ANARCHISTISCHES TREFFEN zu organisieren. Es wird in der Form von Vorträgen und Diskussionen stattfinden über die vier folgenden Themen internationaler Bedeutung:
- Anarchismus und Feminismus
- Anarchismus und Antimilitarismus
- Anarchismus und Ökologie
- Anarchismus und Syndikalismus

Neben den Vorträgen und Diskussionen wird es auch ein kulturelles Programm geben.
Wer Beiträge zu einem der Themen oder für das kulturelle Programm hat, wende sich an die Kontaktadresse:
Mike Alibi
Nieuwe Gracht 40
Utrecht
Niederlande

Das Treffen findet vom Donnerstagabend 15. Mai bis Montagabend 19. Mai statt.
Ort: Kampingplatz "Tot Vrijheidsbezinning"
Aekingaweg 1 a
Appelscha
Niederlande
Tel. 05162-1878

Also, auf geht's!

Der Video-Rama Brand

Am 27.1.86 hat die Frauenaktionsgruppe "Feuerspuger gegen sexual gewalt" einen Brandanschlag auf den Pornogigant Video-Rama verübt.
Dieser verbreitet zu 99% Porno-Videos in den Niederlanden. Der Lager- und gleichzeitig auch der Verteilungsraum in Landsmeer wurden durch die Flammen total verwüstet. So bekam Video-Rama einen unerwarteten Schadensposten von 13 Mio Gulden zu verdauen.
Dies führte für einige Zeit zu der Stillegung der Verbreitung von Porno-Videos in Holland.



Der Bundestag wird vorerst nicht abgerissen

hls. BONN, 19. März. Nach Widerstand in den Fraktionen des Bundestages, vor allem bei der Haushaltsgruppe der FDP, vertagt das Parlament seine Abrißpläne für Plenarsaal, Eingang, Restaurant und Präsidialflügel auf eine Zeit nach der Bundestagswahl im kommenden Jahr. Die Abrißarbeiten hätten am 1. Juli beginnen sollen.

„Steht mir denn kein Gott bei?"

„Die Gedanken sind frei"

VORSICHT BEI GOTTESLÄSTERUNG!!

Da wir annehmen müssen, unter unseren Lesern besonders zahlreiche Freidenker zu haben, denen auch jede ehrliche Gotteslästerung zuzutrauen ist, da sie sich den Teufel um den lieben Gott scheren, möchten wir vor der Verbreitung folgender Gedanken in Wort, Schrift und Bild eindringlich warnen, nicht weil wir die ewige Verdammnis oder das Fegefeuer fürchten, sondern aus Vorsicht vor unseren weltlichen Strafverfolgungsbehörden, die mit dem "Gotteslästerungsparagraphen" 166 StGB brave Atheisten vor Gericht bringen wollen.

Also Vorsicht vor folgenden Gotteslästerungen:

1. Angesichts ihrer Geschichte ist die Kirche eine der größten und ältesten Verbrecherorganisationen der Welt.
2. Lieber eine befleckte Verhütung als eine unbefleckte Empfängnis.
3. Wenn Pfaffen schwanger werden könnten, würde Abtreibung zum Sakrament.
4. Wann wird die Kirche endlich wegen massenhafter Ermordung und Folterung Andersdenkender, wegen Volksverdummung, Verherrlichung des Leidens und Diffamierung der Sexualität zur Rechenschaft gezogen?
5. Das Kruzifix ist ein Fetisch.
6. Die sympathischste Person in der Bibel ist Lucifer. Er verkörpert am reinsten das Prinzip der Empörung (Bakunin)
7. Zitiert auf keinen Fall aus: Die Gottespest, von Johann Most.
8. Fordert weder mündlich noch schriftlich die Streichung des § 166 StGB (Gotteslästerungsparagraph)

Die Liste ist sicher unvollständig. Wer vermag schon alle ernstzunehmenden Gotteslästerungen zu kennen? Falls unsere Leser/innen weitere Lästerlichkeiten der geschilderteten Art kennen, woran wir keinen Augenblick zweifeln, fordern wir sie auf, uns diese zuzusenden. Übrigens droht einem Gotteslästerer durch den § 166 StGB bis zu drei Jahren Gefängnis oder Geldbuße.

NPD-Treffen in Hessen

JN-KV Osthessen:
Jeden 3. Montag des Monats um 19.30 Uhr, Gaststätte "Zur Sonne", Fulda

KV-Hochtaunus:
Jeden 2. und 4. Mittwoch des Monats, 20Uhr, Restaurant "Seedammbad", Bad Homburg

KV-Frankfurt:
Jeden Montag ab 19 Uhr im "Haus Ronneburg" Gelnhäusenerstr. 2 (Ffm-Preungesheim)

KV-Frankfurt:
Frauennachmittag, jeden 3. Montag im Monat, 15.30 Uhr, Gaststätte "Haus Ronneburg", Gelnhäusenerstr. 2

NPD/JN-Bergstraße:
Jeden 1. Dienstag im Monat um 20 Uhr "Liliy's Restaurant", Mörlenbach

NPD/JN-Bergstraße:
Jeden 2. Dienstag im Monat um 20 Uhr Hotel "Zum Naturalisten", Hirschhorn

KV-Wetterau:
Jeden 1. Freitag im Monat um 20 Uhr, "Licher Eck", Wölfersheim

KV-Main-Kinzig:
Jeden Montag um 20 Uhr in Bad Orb, Gaststätte "Zum Leuchtturm"

KV-Odenwald:
Jeden 1. Montag im Monat, 20 Uhr,

Gaststätte "Grüner Baum", Kimbach bei Bad König

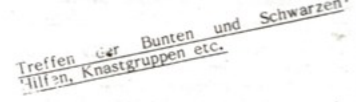


Sauberkeit kommt gleich nach Gottgefälligkeit

Tiere

Kontaktadressen der Tierversuchsgegner Hessen:
Sieboldstr. 16a
6100 Darmstadt
Tel. 06151 - 291883

Frankfurt: Luba Weiss Tel.069-504904 oder Hanne Dietrich, Tel. 069-533243



Treffen der Bunten und Schwarzen-Hilfen, Knastgruppen etc.

Im vergangenen Dezember kam die Idee auf, ein Arbeitswochenende der verschiedenen Gruppen anzuleiern, die aus einem politischen Selbstverständnis heraus Rechtshilfe-, Knast- und ähnliche Arbeit machen. Uns schien es sinnvoll, erstmal mit den Gruppen aus Süddeutschland, Schweiz und Vorarlberg anzufangen. Nicht aus Dialektgründen, sondern weil hier die Verbindungen untereinander noch schlechter sind als im Norden.
Nicht der fertige Kongreß schwebt uns vor, sondern ein arbeitsames Wochenende über die Bereiche, in denen ihr und wir konkret rumwurschteln. Das Ganze jetzt im Frühjahr, z.B. in Stuttgart oder in Ravensburg, und selbstredend nur, wenn vorher einiges an Rückmeldungen eingeht und eine entsprechende Beteiligung sichtbar wird. D.h. im Klartext auch: wir engagieren keine Cracks, sondern jede/r von uns arbeitet vorher zu den uns wichtigen Themen was aus. Außer dem Kennenlernen und Strukturen schaffen könnte es auch um Themen gehen wie:
- neuere Knast-Architektur - die Wirkung des Knasts auf uns da 'draußen' - Solidaritätsarbeit sowieso und vor allem bei Prozessen, die Ewigkeiten hinter den entsprechenden Ereignissen ablaufen - Präventiv-Maßnahmen (Demo-Zettel etc.) - Abgreif- und andere Bullenstrategien - Sarĕ-Thematik - Knete/Fonds/Kohlebeschaffung - usw usf.
Meldet euch so oder so.
Kontakte:
Bunte Hilfe Ravensburg
Postfach 2029
7980 Ravensburg
Tel. 0751 - 31734 oder 52252

Schwarze Hilfe Stuttgart
über
Postlagerkarte Nr. 056592 C
7000 Stuttgart
(nur diese zwei Zeilen vorne drauf schreiben, kommt sonst evtl. wieder zurück!)

Projekt auf dem Lande

Wir haben seit 1979 in einem kleinen Dorf im Pfälzer Wald ein größeres Projekt auf anarchistischer Grundlage. Die Arbeitsschwerpunkte sind:
Druckerei und Waldwirtschaft, Büro/Verwaltung und Haushalt/Gartenanbau und Tiere.
Für die Mitarbeit an diesem Projekt suchen wir noch Genoss-inn-en mit praktischen Kenntnissen, gut wären auch Erfahrungen im kollektiven Zusammenleben.
Kontakt: Internationales Medienzentrum e. V.
Alte Forststr. 3
6738 Elmstein

FREIRAUM Nr. 12 erneut beschlagnahmt

Am Mittwoch, den 5.2.86 schlug erneut der Staat gegen den FREIRAUM zu. Vier Privatwohnungen wurden durchsucht, außerdem der Infoladen in München. Vorwand war diesmal §111 (Aufruf zu Straftaten) und §90a (Verunglimpfung des Staates). Beschlagnahmt wurden insgesamt ca. ein Dutzend Ausgaben, die meisten davon in zwei Buchläden, die am Tag danach "besucht" wurden.

Um die Repression genauer einschätzen zu können, lohnt sich ein Überblick:

Nr.2: Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz (unerlaubte Abbildung einer Waffenvorrichtung), ohne Folgen eingestellt.

Nr.3: Zwei Hausdurchsuchungen, Vorwand "Eingriff in ein schwebendes Verfahren" wegen des Abdrucks eines Strafbefehls sowie wegen "Verstoß gegen das Urheberrecht", weil ein Einsatzbefehl der Münchner Polizei abgedruckt wurde.

Nr.4: Fünf Hausdurchsuchungen sowie eine vorläufige Festnahme, diesmal wegen einen Artikel über geplante Aktionen der Friedensbewegung im Fulda Gap (§111)

Nr.5: Ermittlungsverfahren wieder wegen §111, diesmal mit Auszügen aus einen Artikel über den Widerstand in Mutlangen begründet, aber ohne Folgen.

Nr.6: Eine Hausdurchsuchung wegen §111 und "Eingriff in die Bundeswehr".

Nr.7: ausnahmsweise legal, aber Verfahren gegen die Herausgeber und V.i.S.d.P., weil sie nur vorgeschoben seien.

Nr.9: großer Rundumschlag wegen §111, eine Erklärung aus dem WAA-Widerstand war veröffentlicht worden: bundesweit acht Wohnungen, eine Druckerei, der Infoladen München und die Pressehütte Mutlangen, wo auch gleich der diesmalige V.i.S.d.P.. mit einem Haftbefehl eigesackt wurde. Insgesammt waren ca. 100 Bullen eingesetzt.

Nr.11: Drei Wohnungen sowie drei Druckereien sowie der Infoladen München werden durchsucht wegen des Abdrucks eines Textes der Rockgruppe Cochise, was §111 bedeutet.

Nr.12: siehe oben

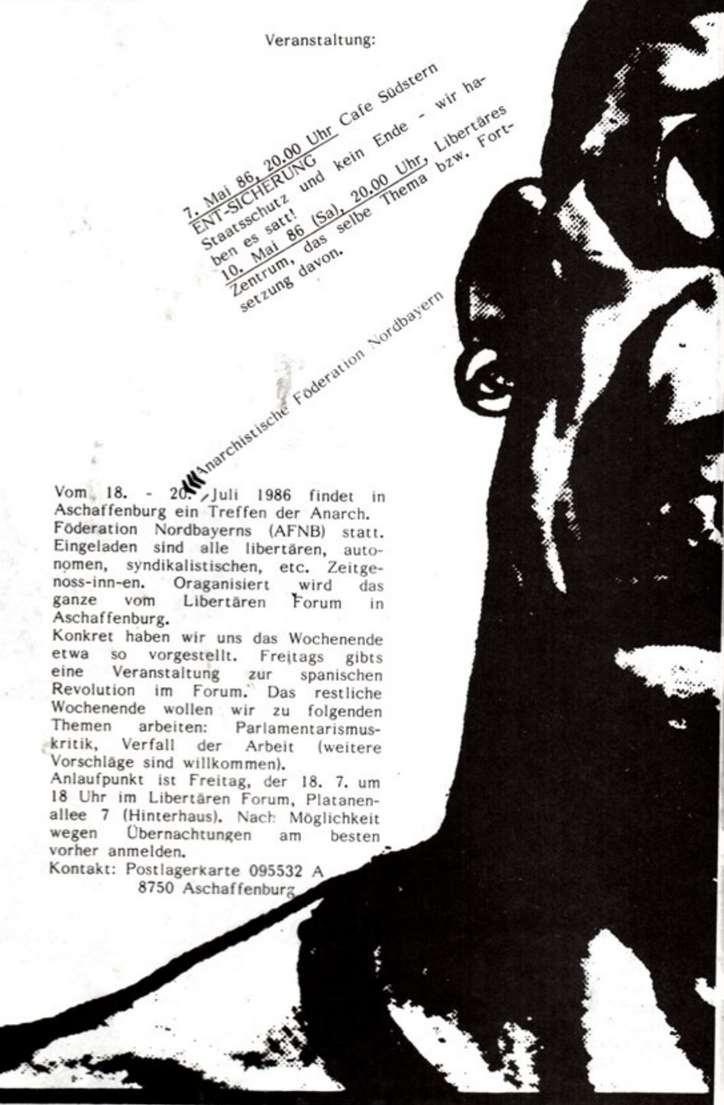
Dabei ist festzustellen, daß bislang noch niemand rechtskräftig verurteilt werden konnte, die meisten Verfahren wurden von selbst oder in der Gerichtsverhandlung eingestellt, in drei Fällen gegen Auflagen. "Beschlagnahmt" wurden im Schnitt ca. 10 Exemplare pro Nummer, was die Bullenaktionen an und für sich nicht erklären kann.

Eher scheint es um Einschüchterung und regelmäßige Beleuchtung der ganzen Szene zu gehen. Mit den Ermittlungen scheint der Staatsapparat nicht weiterzukommen, beschränken sich die Durchsuchungen zumeist immer auf dieselben Leute, die schon mal ein Verfahren hatten oder die früher mal V.i.S.d.P. waren. Bei den Durchsuchungen wird dann noch allzuoft Material beschlagnahmt, was bereits durch die Staatsanwaltschaft zurückgegeben worden war, z.T. scheint es auch um ganz andere Dinge zu gehen, z.B. wurde in zwei Fällen gezielt Werkzeug beschlagnahmt.

Schwierig wird die Einschätzung auch dadurch, daß es keine "Linie" gibt, d.h. mal sind die Durchsuchungen umfangreich und genau, mal oberflächlich, mal bei allen Verdächtigen, mal werden einzelne Verdächtige herausgegriffen usw.

Fest steht nur, daß der Vertrieb des FREIRAUMS bisher noch kein einziges Mal gefährdet war. Fest steht auch, daß die Redaktion weiterhin vorsichtig vorgehen muß und durch die stümperhaften Bullenaktionen nicht leichtsinnig werden darf, vieleicht ist gerade das auch ein Zweck der bisherigen Staatsaktionen.

Weiter Informationen, Probeexemplare (2,50 DM in Briefmarken) usw bei:
Postlagerkarte Nr. 073396 A
8000 München 34



Veranstaltung:

7. Mai 86, 20.00 Uhr Cafe Südstern
ENT-SICHERUNG
Staatsschutz und kein Ende - wir haben es satt!
10. Mai 86 (Sa), 20.00 Uhr, Libertäres Zentrum, das selbe Thema bzw. Fortsetzung davon.

Anarchistische Föderation Nordbayern

Vom 18. - 20. Juli 1986 findet in Aschaffenburg ein Treffen der Anarch. Föderation Nordbayerns (AFNB) statt. Eingeladen sind alle libertären, autonomen, syndikalistischen, etc. Zeitgenoss-inn-en. Oraganisiert wird das ganze vom Libertären Forum in Aschaffenburg.

Konkret haben wir uns das Wochenende etwa so vorgestellt. Freitags gibts eine Veranstaltung zur spanischen Revolution im Forum. Das restliche Wochenende wollen wir zu folgenden Themen arbeiten: Parlamentarismuskritik, Verfall der Arbeit (weitere Vorschläge sind willkommen).

Anlaufpunkt ist Freitag, der 18. 7. um 18 Uhr im Libertären Forum, Platanenallee 7 (Hinterhaus). Nach Möglichkeit wegen Übernachtungen am besten vorher anmelden.

Kontakt: Postlagerkarte 095532 A
8750 Aschaffenburg

GROSSES JUBILÄUM!
Der 1. Mai wird 100 Jahre alt. Nicht nur deswegen soll es eine disziplinlose, anti-autoritäre, radikale und unabhängige 1. Mai Demo in Frankfurt M. geben. Dazu findet eine Diskussionsveranstaltung am 10. April 86, 20.00 Uhr im KBW-Haus in der Mainzer Landstraße statt.

HURRA - UNS GEHTS BESTENS!

Kalter Wind und Schneeregen zu Ostern. Doch der Frühling hat schon begonnen. Die geheimsten Blütenträume der Konzerne, Banken, der Wirtschaftsverbände und Wendepolitiker werden wahr.

Produktion und Nachfrage steigen wieder. Ein Hoch dem Außenhandel, der 1985 den Rekordumsatz von 73,3 Milliarden DM erreichte. Die "Auslandsnachfrage war ein wichtiges konjunkturtragendes Element", so weiß es Die Zeit. Also "Made in Germany" wieder weltweit gefragt! Und die Inflationsrate, so niedrig wie lange nicht mehr. 1985 betrug der Preisanstieg noch 2,2% und soll 1986 sogar auf 1,5% fallen. Nach sechs Jahren stetiger Reallohnverluste wird 1986 wieder ein Reallohnzuwachs von 3% vorausgesagt. Das paradiesische Zinstief läßt Häuslebauer und Investoren erleichtert aufatmen. Es lohnt sich wieder, Schulden zu machen. Aber vor allem gilt Dank den fallenden Ölpreisen, dem sinkenden Dollarkurs und den fallenden Rohstoffpreisen. Was für Aussichten. Unter dieser konjunkturellen Frühlingssonne gedeiht der Garten vorzüglich. 2,5% Wirtschaftswachstum 1985, und für 1986 werden sogar 3% erwartet. Und Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Hungernde in Afrika oder anderswo gibt es bald auch nicht mehr, oder?

Konjunktur



Kundgebung und Demonstration gegen Militäranlagen, am Sa 19. April, 11.00 Uhr ab Hanau-Großauheim, Rochusplatz. Für die Beseitigung aller Militäranlagen und Sprengkammern, gegen jegliche Kriegsvorbereitung!

Es geht uns bestens. Leider weist die offizielle Arbeitslosenstatistik noch immer weit über 2 Mill Arbeitslose aus. Unsere Wirtschaftsblüte ist bestens gedüngt mit dem Elend und der Armut Millionen von Menschen in der ganzen Welt. Fallende Rohstoffpreise, die beste Konjunkturspritze für die BRD. In Brasilien, in Mexiko wächst der Hunger. Mexiko steht kurz vor dem Ruin. Von Wirtschaftsfrühling keine Spur. Immer mehr Staaten verweigern die Rückzahlung von Krediten an den IWF und die Gläubigerbanken. Streiks in Bolivien, Unruhen in Peru, Hungerrevolten in Brasilien, Aufstand der Hilfspolizisten in Ägypten, weitere Unruhen in Haiti und auf den Philipinen, da zwar die Diktatoren flohen, das Elend und die abkassierenuen Oberschichten aber blieben. Ja selbst in Italien, in Dänemark und in England kommt es dauernd zu Streiks, wie dieser Tage auch wieder in Griechenland. Es gibt kaum ein Land auf der Welt, das derzeit so von der Konjunktursonne verwöhnt wird, wie unsere bundesrepublikanische Bonzenheimat!

LESERBRIEF

Wer gründet mit mir eine Liga zur Bekämpfung pathetischer Ausdrucksformen in anarchistischen Mitteilungen?

- schrieb der subversive Tipper und alles in mir schrie: Ich!
Diese Randnotiz, der größte Lichtblick der letzten Aktion, war der Auslöser für diesen Artikel.

Es stellt sich einem/r einigermaßen und selbst in der Szien frei denkenden Leser/in - und das müßten wir ja alle sein - wirklich die Frage, wie diese überschwappende Selbstbeweihräucherung, dieser pathetische Einheitsbrei und die Schere im Kopf betreffs Sprache, Wortwahl und selbstkritischen Äußerungen mit dem Ideal einer kreativen, blühenden, vielfältigen anarchistischen Gesellschaft, vorerst Szene, zu vereinbaren sind.

Doch allein diese Enge, die durch sich ständig wiederholende Formulierungen und Klischees entsteht ist einfach zum Kotzen. Wenn mich ein Freund, eine Freundin, Leute, mit denen ich zusammen lebe und vieles teile, auch zusammen kämpfe, wenn eine/r von denen mich mit "Genosse", bestenfalls "Genossin" anredete, ich glaube, ich bekäme einen Schreikrampf. Nichts gegen Pamphlete, Aufrufe, Parolen, aber warum können wir nicht unsere Sprache auch und gerade da beibehalten, wo wir andere mitreißen wollen und anspornen müssen? Gerade da müssen wir uns doch verständlich machen, mit unserer eigenen Sprache, nicht mit Floskeln und verkrampften Wortgebilden.

Ein weiterer Kritikpunkt:
Viele der ach so verfehmten "reaktionären, bürgerlichen" Presseorgane schaffen es inzwischen schon, zwischen Lesern und Leserinnen zu differenzieren. Die Anarchopamphletisten (-innen?) muten es Frauen immer noch zu, sich mit den Einheitsworten "Genosse", "Kämpfer", "Anarchist" angesprochen fühlen zu müssen. Oder existieren da immer noch frühkommunistische Träume, glauben ein paar verstaubte Alt- und Exmarxianer (-innen?) etwa immer noch, daß die Revolution automatisch mit allen Klassengegensätzen auch den Gegensatz zwischen Frau und Mann beseitigt? Das kann es doch unmöglich noch geben! So früh stehengeblieben kann doch einfach keine/r sein! Schaut Euch doch mal um, in Nicaragua zum Beispiel, welchen Kampf die Frauen jetzt führen, gegen den "revolutionären" Chauvinismus ihrer ehemaligen "compas". Da wurden aus "compas" ganz schnell wieder companeros und companeras...
Und wann, wann werden wir es endlich einsehen, daß der klassische "Proletarier" ausgestorben ist? Den gibt es nicht mal mehr im Museum! Kein Bourgeois könnte bürgerlicher sein, als der Arbeiter, der in der Frühstückspause BLÖD liest und sich auf Bier und Sportschau freut. (Schauen wir uns doch mal um in Lagern und Fabriken. Die Realität sieht doch so aus, daß die Masse zwischen BILD und DALLAS hin- und herpendelt). Wenn wir diese Gesellschaft revolutionieren wollen, dann müssen wir doch vorher herausfinden, wie sie ist und nicht, wie sie in irgendeine Ideologie paßt, wie unsere schwarze Brille sie uns vorgaukelt.

Wir leben nicht im Früh-, sondern im Spätkapitalismus!

Es nützt nichts, sich an veraltete Zitate zu hängen, wir müssen konkrete Möglichkeiten finden, heute aktiv zu werden - und das nicht nur auf der Straße, so wichtig sie ist. Ich möchte auch wissen, für welches Ziel konkret ich einen Stein werfe. Und, verdammt noch mal, das sollte jede/r! Lesen wir doch mal nicht ausschließlich alte Konzepte, Gedanken anderer, überlegen wir doch mal alle selbst, wie eine anarchistische Gesellschaft aussehen könnte, heute. Kritisch: Was ist machbar, was nicht? Stellen wir doch mal Fragen wie: Wie kann eine Gesellschaft nach einer eventuellen Revolution ohne irgendeine Form von Polizei und Justiz auskommen?
Kann sie? Könnte Nicaragua? Wie könnten Schulen anarchistisch organisiert werden, wie öffentlicher Verkehr, wie die medizinische Versorgung? Wo existiert das schon, welche Schwierigkeiten gibt es?

- Und wenn wir über all das nachdenken, könnte die Aktion nicht ein Sammelpunkt für solche Konzepte sein?
- Aktion - aktiv - kre- aktiv!
- Eine Sammlung provozierender Konzepte, auch ruhig die Eigenen provozierend, nicht ausgefeilt, dafür auch nicht von Bakunin kopiert, sondern eigenständig erarbeitet, (es gibt da so ein Wörtchen: autonom) auch widersprüchlich, aber lebendig! Mal eine freiere Wortwahl, undogmatischere Ideen, Spinnereien, Mut! Mut, sich auch einmal gegen die eigenen Reihen zu stellen. Zu provozieren, Widerspruch herausfordernd. Ich kenne auch lieber meine Schwachstellen, decke sie lieber mit Freunden auf, als daß ich sie mir von Gegnern vorhalten lasse, aufdecken lasse. Also: Selbstkritik! Die schwächt nämlich nicht den Zusammenhalt, sie stärkt, weil sie uns ein realistisches Selbstportrait zeigt und somit ein Selbstbewußtsein schafft, das das Bewußtsein von Fehlerhaftigkeit beinhaltet, also nicht so schnell umzuwerfen ist.



- Und wenn wir über unsere Ideen so richtig schön am streiten sind, sollten wir die Diskussion abbrechen und in irgendeine Eckkneipe, am besten Nähe Hbf gehen, dann wird uns das kalte Grausen packen über unsere Abgehobenheit. Das ist zwar nicht schön, aber nützlich, wenn wir nicht so wenige bleiben wollen. Der Anarchismus ist eine zu wertvolle Idee, als daß er als einheitsbreiige Ideologie in den Köpfen einiger weniger verkommen darf. Wir müssen uns mehr in anderen gesellschaftlichen Gruppen umsehen. Da gibt es ein Potential von Anarchisten/innen, das uns total entgeht, da diese Leute sich selbst niemals so bezeichnen würden, mangels Wissen über die Inhalte des Libertarismus, zum Beispiel. Da könnte doch für uns ein Ansatzpunkt sein. Es nützt nichts, "Bürgerliche" abzulehnen, dadurch ändert sich nichts, und mit den Leuten reden, mit konkreten Vorstellungen, sie überzeugen, das ist der erste Schritt, eine breite Front gegen die Herrschenden zu schaffen (Scheiße, nun benutze ich auch diese Floskeln...) Kann sich denn niemand vorstellen, welche Überwindung es eine/n einzelne/n "kleine/n" Arbeiter/in kosten muß, zuzugeben, daß er/sie unterdrückt und ausgebeutet wird? Dieser Gedanke stellte doch das gesamte Leben der Leute in Frage, ein Weltbild bräche zusammen. Und das, genau das, ist unsere Chance, bei denen, die schon zweifeln, nachzuhaken mit guten Argumenten - nur nicht so schrecklich elitär und besserwisserisch -, mit interessanten Alternativen - für diesen Zweck nicht ganz so utopisch - zu kommen und sie auf unsere Seite zu ziehen. Dazu müssen wir aufhören ständig zu pamphletisieren und endlich, endlich konkret werden!

Und zum guten Schluß doch noch eine Parole
(Ich Opportunistin):

GEGEN DIE EINFALT
FÜR DIE VIELFALT!

In der Hoffnung, daß sich recht viele provoziert fühlen (ist ja unser Metier...)

eine Frau

eine FRAU

Libertad Verlag



anarchistische texte

anarchistische texte ist eine seit 1976 erscheinende Heftreihe, die dem Leser die Möglichkeit geben will, sich mit der historischen Entwicklung und den verschiedenen theoretischen Strömungen des Anarchismus vertraut zu machen. In zwei aneinanderknüpfenden Editionen wurden bisher schwerpunktmäßig folgende Themengebiete behandelt:

I. Philosophie und Theorie des Anarchismus (anarchistische texte Nr.1-14)

II. Praxis und Bewegung des Anarchismus (anarchistische texte Nr.15-29)

Philosophie und Theorie des Anarchismus

anarchistische texte Nr. 1-14
herausgegeben von Jochen Schmück und Cornelia Krasser

1 *Michail Bakunin (1814-1876)*
Freiheit und Sozialismus
32 Seiten / DM 2,50

2 *Peter Kropotkin (1842-1921)*
Gesetz und Autorität
48 Seiten / DM 2,50

3 *P.J. Proudhon (1809-1865)*
Eigentum ist Diebstahl
32 Seiten / DM 2,50

4 *William Godwin (1756-1836)*
Über die politische Gerechtigkeit
32 Seiten / DM 2,50

5 *Elisee Reclus (1830-1905)*
Evolution und Revolution
32 Seiten / DM 2,50

6/7 *Eine Autorenauswahl*
Individualistischer Anarchismus
64 Seiten / DM 3,80

8 *Leo Tolstoi (1828-1910)*
Patriotismus und Regierung
48 Seiten / DM 2,50 (*)

9 *Errico Malatesta (1853-1932)*
Anarchismus und Syndikalismus
48 Seiten / DM 2,50

10 *Johann Most (1846-1906)*
Kommunistischer Anarchismus
32 Seiten / DM 2,50 (*)

11 *Emma Goldman (1869-1940)*
Anarchismus – seine wirkliche Bedeutung
32 Seiten / DM 2,50

12 *Gustav Landauer (1870-1919)*
Stelle Dich, Sozialist!
48 Seiten / DM 2,50

13 *Erich Mühsam (1878-1934)*
Der Geist der Freiheit
32 Seiten / DM 2,50 (*)

14 *Rudolf Rocker (1873-1958)*
Anarchismus und Organisation
48 Seiten / DM 2,50

Praxis und Bewegung des Anarchismus

anarchistische texte Nr.15-29
herausgegeben von Jochen Schmück und Cornelia Krasser

15 *Peter Kropotkin*
Die Französische Revolution 1789-1794
48 Seiten / DM 2,50

16 *M. Bakunin / K. Kropotkin*
Die Pariser Kommune 1871
40 Seiten / DM 2,50 (*)

17 *P. Ramus / H. Zoccoli*
Die Erste Internationale 1864-1876
48 Seiten / DM 2,50

18/19 *R.E. Bell*
Die Propaganda der Tat
64 Seiten / DM 3,80

20 *J.Schmuck / D. Poole*
Die Mexikanische Revolution 1910-1920
48 Seiten / DM 2,50 (*)

21 *P. Kropotkin / W. Tscherkesoff*
Die Russische Revolution (1)
Die Vorläufer (1903-1905)
48 Seiten / DM 2,50 (*)

22 *Horst Stowasser*
Die Russische Revolution (2)
Der Kronstädter Matrosenaufstand (Marz 1921)
32 Seiten / DM 2,50 (*)

23 *Nestor Machno (u.a.)*
Die Russische Revolution (3)
Die Machnowstschina (1917-1922)
32 Seiten / DM 2,50

24 *Alexander Berkman*
Die Russische Revolution (4)
Die russische Tragödie
Ein Rück- und Ausblick
48 Seiten / DM 2,50

25 *A. Shapiro / A.Souchy (u.a.)*
Die IAA
Geschichte der Internationalen Arbeiter-Assoziation (1920-1932)
48 Seiten / DM 2,50

26 *A. Roller / J. Schmück*
Die Spanische Revolution (1)
Geschichte des spanischen Proletariats (1848-1910)
48 Seiten / DM 2,50 (*)

27 *D. Rodriguez (H. Rüdiger)*
Die Spanische Revolution (2)
Was sind die CNT und die FAI?
48 Seiten / DM 2,50

28 *A. Souchy / G. Leval*
Die Spanische Revolution (3)
Kollektivierungen in Spanien (1936-1939)
32 Seiten / DM 2,50

29 *D. Rodriguez / V. Richards*
Die Spanische Revolution (4)
Revolution und Gegenrevolution
Die Ereignisse des Mai 1937 in Katalonien
32 Seiten / DM 2,50

anarchistische texte Nr.30
Roel van Duyn
PROVO
Einleitung ins provozierende Denken
Ein neo-anarchistisches Manifest oder Agitationspoem; illustriert und kommentiert von Cornelia Krasser und Jochen Schmück
40 Seiten / DM 3,50 (BR)

anarchistische texte Nr. 31
– Neuerscheinung –
Gruppi Anarchici Federati / GAF
Ein anarchistisches Programm
Vorwort von Paolo Finzi / Nachwort von Hans-Ulrich Dillmann
56 Seiten / DM 4,80 (BR)

anarchistische texte Nr.32/33
– Neuerscheinung –
Cornelia Krasser / Jochen Schmück (Hrsg.)
Frauen in der Spanischen Revolution
Texte und Dokumente; tlw. aus dem Amerikanischen bzw. Englischen übersetzt von einem Übersetzer(innen)-Kollektiv
112 Seiten / DM 9,80 (SR)



Edition Schwarze Kirschen Nr. 1
Carol Ehrlich / Peggy Kornegger
Anarcha-Feminismus
Aus dem Amerikanischen übersetzt von einem Übersetzer(innen)-Kollektiv
128 Seiten / DM 8,60
ISBN 3-922226-04-3

Edition Schwarze Kirschen Nr. 2
Maurice Cranston
Ein Dialog über Sozialismus und Anarchismus
Herausgegeben und aus dem Englischen übersetzt von Jochen Schmück
128 Seiten / DM 6,80 / ISBN 3-922226-05-3

Edition Schwarze Kischen Nr. 3
Sergius Golowin
Dada im Mittelalter
Notizen zu einer Anti-Literatur
64 Seiten / DM 5,80 / ISBN 3-922226-06-X

Edition Schwarze Kirschen Nr. 5
Nicolas Walter
Betrifft: Anarchismus
Leitfaden in die Herrschaftslosigkeit
Aus dem Englischen übersetzt, herausgegeben und kommentiert von Jochen Schmück; 2., überarbeitete Aufl.,
160 Seiten / DM 8,80 / ISBN 3-922226-03-5

Edition Schwarze Kirschen Nr. 8
Robert A. Scalapino / George T. Yu / Vladimiro Munoz
Geschichte des Anarchismus in China (1909-1936)
Hrsg. und aus dem Amerikanischen übersetzt von Jochen Schmück
ca. 160 Seiten / ca. DM 10,80
ISBN 3-922226-10-8

Zu bestellen beim
"Libertären Zentrum"
Kriegkstr.38
6000 Frankfurt/M 1

Konto: K. Cohrs, Postscheck
konto 3337 97 - 601, Pscha
Ffm, BLZ 500 100 60

In ihrer Geschichte, ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft sind die Hanauer Atomfirmen sehr eng mit der militärischen Atomenergie-Nutzung verbunden:

Die NUKEM selbst weist in ihren Werbebroschüren mit "Stolz" darauf hin, daß ihre Vergangenheit bis in die 40-iger Jahre zurück reicht. Damals lieferte die Nuklear-Gruppe der Degussa an Heisenberg das Uranmetall zur Atombombenforschung für den deutschen Faschismus.
Aus dieser "Degussa-Nuklear-Gruppe ist die NUKEM 1960 hervorgegangen. Eine weitere Gründungsmutter der NUKEM war ebenfalls kein unbeschriebenes Blatt auf dem Atomwaffensektor: Es war die US-Firma Mallinckrodt, die in der Anlage in Rocky-Flats Plutonium-Zünder für Atombomben herstellt(e)!

An der Gründung der ALKEM war ausgerechnet die US-Firma "DOW CHEMICAL" beteiligt, die ihr atomares Know-How in dem "Manhattan-Projekt", also beim Bau der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki, erworben hatte!
Die Gesellschaftsanteile von Mallinckrodt und Dow Chemical sind zwar inzwischen von der RWE und Siemens bzw. KWU übernommen worden, aber auch heute noch bestehen Kontakte zu Firmen und Anlagen des Atomwaffenbau's in den USA - u. a. zu der inzwischen weltweit berüchtigten "UNION CHARBIDE", zu den "Oak-Ridge National Laboratories", zu "DU PONT" und zu "DOW CHEMICAL".



Die Firmen NUKEM und ALKEM lagern in Hanau bereits seit Jahren hunderte Kilo der Atombombenrohstoffe Plutonium (aus europäischen WAA's) und hochangereichertes Uran (aus Oak-Ridge), woraus sie Brennelemente für Schnelle Brüter, PU-HOX-Brennelemente für Leichtwasserreaktoren und Brennelemente für Forschungsreaktoren herstellen.
Darüberhinaus lagert die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) im Auftrag der Bundesregierung Plutonium im ALKEM-PU-Bunker. Die Antwort auf Anfragen im Bundestag: Art und Mengen unterliegen der Geheimhaltung!

ATOMBOMBEN

Besonders interessant wird dieses Material für eine militärische Nutzung, wenn die genannten Firmen die beantragten Gehnehmigungen erhalten, ihre Lager auf insgesamt ca. 13 Tonnen (!) der Atombombenrohstoffe zu erweitern (Wofür sie im übrigen keine wirtschaftliche Begründung geben konnten):

Mit Hilfe des hier vorhandenen technischen Know-How's wäre es möglich, daß eine BRD-Regierung im "Bedarfsfall" binnen weniger Wochen eine Atomstreitmacht aufbaut, die mit den Arsenalen von China und Frankreich vergleichbar wäre.

MADE IN HANAU ???

Mit dem seit längerer Zeit betriebenen Aufbau einer Plutonium-Wirtschaft in der BRD wird die Voraussetzung auch für eine längerfristige, umfangreiche und vor allem auslands-unabhängige PU-Gewinnung geschaffen. Ohne die Hanauer Atomfirmen wäre dies nicht möglich:

1. Zur Pu-Wirtschaft gehören die geplante WAA-Wackersdorf, der Schnelle Brüter Kalkar und die PU-Lager- und Verarbeitungsanlagen der ALKEM.
2. Die PU-Technologie in der BRD wurde im wesentlichen durch NUKEM und ALKEM entwickelt. Dies schlägt sich nun auch in ganz direkten Dienstleistungen und Produktionsarbeiten für die WAA-Wakdersdorf nieder:

Die Alkem erstellte den Sicherheitsbericht für den Projektteil PU-Verarbeitung.



Die Nukem befaßt sich bereits seit Jahren im Auftrag der DWK mit den notwendigen Planungs- und Ingenieursarbeiten, sie baut eine Verglasungsanlage für hochradioaktive Abfälle und gehört zum Errichtungskonsortium für die WAA-Wackersdorf.

Für die weitere Fortführung dieser Arbeiten errichtet die Nukem zur Zeit ein Gebäude für ca. 280 Beschäftigte im Nord-Bayrischen Alzenau, ca. 15 km von Hanau entfernt.

Auch die weiteren Voraussetzungen für BRD-eigene Atomwaffen (über den Bombenrohstoff hinaus) existieren z. T. schon:

Nach Untersuchungen von Dr. Thomas Höfer-Bosse (ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter einer Kernforschungsanlage) besitzt die BRD bereits die gesamte nötige Infrastruktur zum Atomwaffenbau: Von der Rohstoffversorgung über die Fertigung der Einzelteile und die Zündelektronik bis hin zum verbunkerten Endmontagewerk - für alles gibt es entsprechende Fähigkeiten und Firmen. Es fällt auf, daß bei allen dazu notwendigen Firmen 2 BRD-Konzerne größere Gesellschaftsanteile besitzen, so daß sie letztlich über den Atomwaffenbau (mit-)entscheiden: Siemens und das Rheinisch-Westfälische Elektrizitäts-

werk (RWE), Essen (dessen Stimmen bei Kreisen und Kommunen liegt). RWE und Siemens (bzw. KWU) haben über ihre Mehrheitsbeteiligungen auch beim Hanauer Atomzentrum das Sagen.
Auch für die entsprechenden Waffensysteme ist bereits gesorgt:
Seit 20 Jahren wird die Bundeswehr mit atomaren Trägerwaffen ausgerüstet. Die Firmen Messerschmidt-Bölkow-Blohm, Dornier und die DFVLR (Deutsche Forschungs- und Versuchseinrichtung für Luft- und Raumfahrt) arbeiten bereits seit Jahren an der Entwicklung und Herstellung verschiedener atomar verwendbarer Raketensysteme mit großen Reichweiten (so ein Bericht von Jürgen Elsässer bei der alternativen Atomwaffensperrvertragskonferenz im September 1985 in Bonn).
Die Möglichkeiten einer BRD-eigenen Atombewaffnung sind also zum großen Teil bereits vorhanden, z. T. werden sie gerade geschaffen (WAA) - und sie sind keine Zufallsprodukte.
Der heutige Verteidigungsminister (und Atomwaffensperrvertragsgegner) Wörner 1976:"Eine (...) europäische Atomstreitmacht wäre ohne jede Frage eine bedeutsame Verstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft. Daher ist es legitim und richtig, sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben... Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein. Sie entspräche dem Gebot der Stunde..." (Wehrkunde, 4/76).
Ein Major Koller fordert 1984 Pershing II und Cruise Missile "in deutsche Hand" (Europaische Wehrkunde, Jan. 1984). Der gleiche Major Koller war am 12.10.85 Einsatzleiter der Bullen bei der Anti-WAA-Demo in München.
Dr. A. Warrikoff, Geschäftsführer von Alkem und RBU, Hanau, CDU-MdB, sowie Inhaber weiterer Posten in CDU und Atommafia, forderte die baldige Realisierung der WAA-Pläne - trotz gleichzeitig eingestandener Unwirtschaftlichkeit - da der Atomwaffensperrvertrag 1995 ausläuft, und "niemand weiß wie ein zukünftiger Nichtverbreitungspakt (...) aussehen wird." (Handelsblatt 6.4.84).
Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Option auf BRD-eigene Atomwaffenherstellung zu Nutzen:
Vom politischen Druck auf die USA um eine größere Beteiligung an den NATO-Atomwaffen durchzusetzen, über eine gemeinsame europäische Atomstreitmacht, bis hin zur BRD-eigenen Atommacht.
Selbst linke SPD'ler wie K.H.Hansen stellen diese Entwicklungen inzwischen klar heraus:"Mit Blindheit müßte geschlagen sein, wer jede einzelne Entwicklung für sich, erst recht aber die Summe aller erkennbaren Vorhaben nicht als ernsthaften Versuch werten will, die BRD auf die eine oder andere Art als Atomstreitmacht zu etablieren."

Dazu, daß dies alles trotz, oder sogar durch den Atomwaffensperrvertrag machbar ist, haben jedoch auch die SPD und der von Teilen der Friedensbewegung zum "Friedensfürsten" aufgebaute Willy Brandt beigetragen:

Sämtliche BRD-Regierungen - auch SPD-geführte - setzten vor der Unterzeichnung der verschiedenen Kontrollvertäge entscheidende Veränderungen durch, so daß diese praktisch nur noch Regelungen darstellen wie und an wen Atomwaffen weiterverbreitet werden können:

1. West-Europäische Union (WEU):
   In den Verträgen mit der WEU verpflichtet sich die BRD nur dazu, keine Atomwaffen "auf deutschem" Gebiet" herzustellen.
2. Atomwaffensperrvertrag (Non-Proliferation Treaty" = NPT):
   - statt der vorgesehenen unbegrenzten Laufzeit läuft der Vertrag 1995 aus;
   - es wurde festgeschrieben, daß "ein weitest möglicher Austausch (...) zu friedlichen Zwecken" ermöglicht werden muß;
   - außer Kernsprengungen sind praktisch alle anderen militärischen Nutzungen erlaubt - vom Antrieb für Kriegsschiffe bis zum Einsatz von Atommüll als Versuchswaffe!
   - eine gemeinsame europäische Atommacht wird geradezu gefördert: Wenn ihr ein Atomwaffenstaat, der den NPT unterzeichnet hat (z.B. Großbritannien) angehört, träte sie automatisch dessen Rechtsnachfolge an;
   - die Sicherheitskontrollen in der BRD erfolgen im wesentlichen nicht durch die IAEO, sondern durch Euratom;
3. Im Euratom-Vertrag ist überhaupt keine Klausel enthalten, die eine militärische Nutzung untersagen würde!
4. Es ist außerdem grundsätzlich fraglich, ob irgendeine Regierung, die zum Völkermord mit Atomwaffen bereit ist, sich noch um Verträge schert!



Das Vertauen auf sogenannte Kontrollvertäge grenzt also schon fast an Aberglauben. Das zeigt auch ein Blick auf die Realität.

Bereits seit Jahren leisten die Firmen des Atomzentrums Hanau (als Teil der BRD-Atommafia) einen erheblichen Beitrag zur Weiterverbreitung von Atomwaffen - auch ohne ihre Verarbeitung von Plutonium und hoch angereichertem Uran !!

1. Mit ALLEN Atommächten - ob West oder Ost - machen die hiesigen Atomfirmen "bombige" Geschäfte:
a) UDSSR
Ein großer Teil des Uran, das Nukem, RBU usw. verarbeiten, wird in der UDSSR angereichert. Dort gibt es nicht einmal die westliche Scheintrennung von "ziviler" und militärischer Nutzung.
b) China
Ein riesen Atommüllgeschäft mit China ist in Vorbereitung: Bis zu 4000 Tonnen abgebrannter Brennelemente aus der BRD sollen in der Wüste Gobi gelagert werden. Die gesamte chinesische Atomwirtschaft läuft über den "Verteidigungs"-Haushalt, und darüberhinaus gibt es Pläne, in der Wüste Gobi auch eine WAA zu errichten! Zur Abwicklung dieser Geschäfte wurde die "Inter-Nuclear", Düsseldorf gegründet. Beteiligt sind: Nukem mit 35% und TN Hanau mit 10%!
c) USA
Nukem fertigt Forschungsbrennelemente für fast alle Forschungsreaktoren der westlichen Welt. Nach ihrem Einsatz werden sie durch die TN zur militärischen WAA Savannah River in die USA gebracht, wo sie zur Rohstoffgewinnung für das Atomwaffenprogramm aufgearbeitet werden. Die Nukleartechnik (NTG), Gelnhausen liefert kerntechnische Anlagen sogar an das Atomwaffen(-Forschungs)-Zentrum LOS ALAMOS, wo neben den Bomben von Hiroshima und Nagasaki auch Atomminen für das "Zonenrandgebiet" und Sprengköpfe für Pershing II-Raketen entwickelt wurden!
d) Frankreich
Jahrelang transportierte die TN abgebrannte Brennelemente zur WAA Marcoule, die der militärischen Geheimhaltung unterliegt.
Alkem lieferte Brennelemente für den Schnellen Brüter "Phoenix".
Der Schnelle Brüter "Super Phoenix" hat ganz offiziell auch den Zweck, Plutonium für die französiche Nuklear-Streitmacht zu gewinnen. Die Nukem-Muttergesellschaft RWE, Essen ist an diesem Brüter finanziell beteiligt, und Nukem selbst erhielt 1984 "einen Großauftrag für Planung und Lieferung des Brennelement-Transfer-Systems".
e) Großbritannien
Hier werden sämtliche militärischen Atomanlagen von der British Nuclear Fuel Ltd (BNFL) betrieben.
Die Hanauer "Nuklear Dienst" GmbH ist je zur Hälfte im Besitz der Nukem und der BNFL; IHRE Tätigkeit im "Brennstoffzyklusdienst" für Reaktoren britischer Bauart" dient (wahrscheinlich) auch militärisch genutzten AKWs.
Die "Nukleare Transportleistungs"-Gruppe (NTL Hanau, NTL Paris und NTL Risley, GB) gehört zu je einem Drittel den Nukemtöchtern TN Paris und TN Hanau, sowie der BNFL.

2. Nukem, RBU, Transnuklear und Nuklear Technik Gelnhausen liefern 20% angereichertes Uran, Anlagenteile, Brennelemente und ganze Brennelementfabriken an eine ganze Reihe von diktatorischen (Militär-) Regimen und Staaten, die den Atomwaffensperrvertrag NICHT unterzeichnet haben. Atomtechniker dieser Staaten werden in der BRD ausgebildet (z.B. bei Nukem und in der KWU-Versuchsanlage Karl-



stein) und z.T. gemeinsame Atomgesellschaften gegründet. Zu diesen, in mehrfacher Hinsicht zweifelhaften Partnern der Atomindustrie Hanau gehören u.a.: Argentinien, Brasilien, Indien, Indonesien, Irak, Pakistan, Peru, Südkorea und Südafrika.

Durch die technologische Unterstützung seitens der BRD-Atommafia sind Indien und Südafrika bereits im Besitz von Atomwaffen, andere der genannten Staaten gelten als nukleare "Schwellenmächte" (z.B. Argentinien und Brasilien).

Alle hier aufgezählten Geschäfte, die zur wachsenden atomaren Bedrohung beitragen, wurden und werden auch durch den Atomwaffensperrvertrag nicht verhindert!

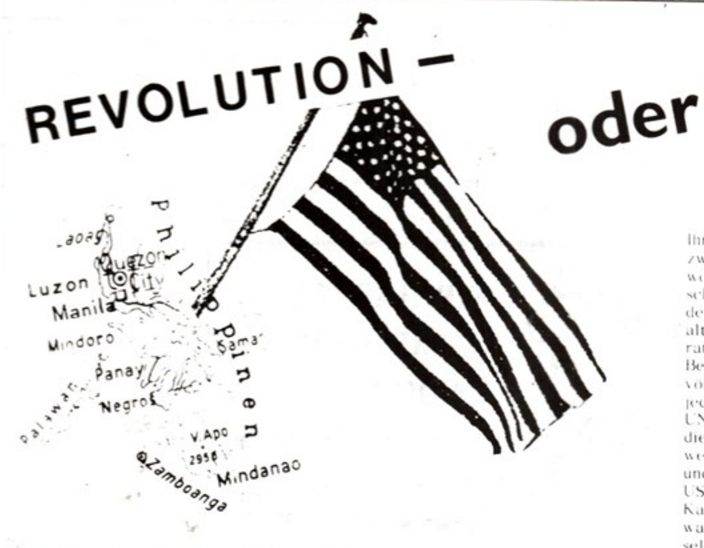
Das Atomzentrum Hanau könnte ohne diese Geschäfte nicht existieren, da sie einen erheblichen Teil ihres Umsatzes ausmachen, und der BRD-Atommafia z.T. ermöglichen, außerhalb der BRD Erfahrungen mit der militärischen Atomenergienutzung zu sammeln.

Den "strahlenden" Handelspartnern ermöglichen diese Beziehungen die Entwicklung zu Atommächten, und wenn dies - wie z.B. bei Südafrika - im Interesse der NATO ist, regt sich keine westliche Regierung mehr über die Weiterverbreitung von Atomwaffen auf!

Eine Einschränkung der Hanauer Atomfabriken auf niedrig angereichertes Uran und die Einstellung der Plutonium-Lagerung und -Verarbeitung könnten zwar bundesdeutsche Atomwaffenpläne behindern - um aber JEDE direkte und indirekte militärische Nutzung auszuschließen gibt es nur einen Weg:
Stillegung ALLER Atomanlagen in Hanau und anderswo !!!

Kontaktadresse: Initiative Umweltschutz, Mähefahrtsweg 5, 6450 Hanau 7
Spendenkonto: J. Meier, Stadtsparkasse Hanau, Kto-Nr. 7179591

REVOLUTION – oder was?



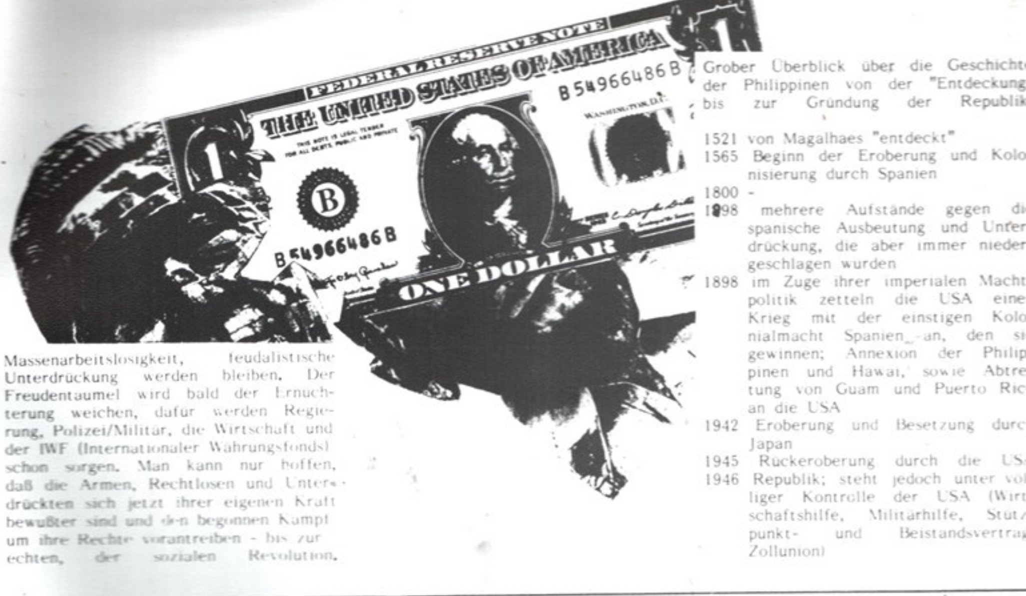
Man ist versucht, endlich zu sagen, da wieder eine zweibeinige Schweineherde von ihrem Trog verjagt worden ist. Doch hat oder vielmehr wird sich wirklich etwas auf den Philippinen ändern?
Im Laufe der letzten Monate und Jahre verloren das Marcos-Regime und die Militärs, auf die er sich stützte , immer mehr an Autorität bei den unterprivilegierten Schichten und [illegible] es beim größten Teil der Oberschicht (Großgrundbesitzer Finanz, Handel, etc.) hatte. Damit einher ging ein stetiges Anwachsen der bürgerlichen Opposition und der marxistisch-leninistischen Guerilla; das Ende der Marcos-Herrschaft war somit abzusehen. Nun traten die jahrelangen Erhalter des Mörderregimes, in Gestalt des US-Imperialismus offen auf den Plan. Nach Berichten des CIA war nämlich eine Pattsituation im Krieg gegen die Guerilla in den nächsten drei Jahren abzusehen, und die Sorge um die Zukunft der einstigen (offiziellen) und heutigen (inoffiziellen) Kolonie ließ die USA rasch auf ein geeigneteres Zugpferd umsatteln. Man fand dies in dem Gespann Corazon Aquino/Salvador Laurel. Diese Beiden schienen fast alles zu besitzen, was man benötigte um das Land und die verschiedenen Bevölkerungsschichten unter Kontrolle zu halten. Aquino und Laurel gehören zur Elite der Bourgeosie und damit zu den reichsten Schichten, sie sind US-freundlich eingestellt und, was vielleicht am wichtigsten ist, sie besitzen das absolute Vertrauen der "Aasgeier der Armut", der christlichen Kirchen (80% der Menschen gehören der katholischen und 10% anderen christlichen Kirchen an).

Die UNIDO (Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation) berief Aquino, die Witwe des ermordeten Benigno Aquino, zur Präsidentschaftskandidatin, da sie politisch bis dahin noch nicht in Erscheinung getreten war, offiziell eine "saubere Weste" hatte, und man ihr dadurch zutraute einen großen Teil des Volkes (vor allem in den Städten) auf sich zu vereinen.

Ihr Stellvertreter wurde Laurel, der zwar selbst gerne Präsident werden wollte, aber durch seine Parteigängerschaft mit Marcos (bis 1979) und der Zugehörigkeit seiner Familie zur alten Oligarchie, sowie deren Kollaboration mit der verhaßten japanischen Besatzungsmacht (1942-45) bei der Bevölkerung äußerst unbeliebt ist. Was ihn jedoch so wichtig machte war, daß die UNIDO seine Hausmacht ist und diese die einzige gutfunktionierende, landesweite bürgerliche Organisation stellt und die absolute Unterwerfung unter US-Imperialismus und internationales Kapital und deren Interessen. Nun waren die Weichen für den Machtwechsel gestellt. Man besaß mit Aquino eine populäre Führerin, die einen großen Teil der Masse in den Machtzentren, den Städten, hinter sich hat, die einhellige Unterstützung des sogenannten "freien Teils der Welt" und die Teile der Oberschicht, die sich unter Marcos



nur ungenügend an den Korruptionsgewinnen beteiligen konnten.
Fehlte also nur noch die Zusage eines der wichtigsten Machtpfeiler für eine sichere Herrschaft, die der Militärs. Jene waren wohl durch die angedrohte Entziehung von US-Militärhilfe und das rapide Anwachsen der kommunistischen Guerilla NPA (Neue Volksarmee) schon fast weichgekocht. Durch einen Putsch des Verteidigungsministers Enrile und des Generals Ramos zugunsten von Aquino wurden dann die wichtigsten Voraussetzungen für die proamerikanische, kapitalistische Machterhaltung geschaffen: Kontrollierung des Volksaufstandes und seine Kanalisierung in die Parlamente, Erhaltung der Macht der Militärs und damit auch der US-Militärbasen, Erhaltung des Status Quo in den Eigentums- bzw. der Besitzverhältnisse, Erweiterung des Spielraumes für die ausländischen Wirtschaftsinteressen und die Legitimation alles niederzumachen, was sich außerhalb der Parlamente bewegt.
Die Probleme, die die Mehrheit der Menschen betreffen, der Menschen, die auf den Müllhalden des Wohlstandes einiger Weniger am Rande der Städte dahinvegetieren und der besitzlosen Landbevölkerung, sowie der ethnischen Minderheiten, nämlich Massenarmut,



Massenarbeitslosigkeit, feudalistische Unterdrückung werden bleiben. Der Freudentaumel wird bald der Ernüchterung weichen, dafür werden Regierung, Polizei/Militär, die Wirtschaft und der IWF (Internationaler Währungsfonds) schon sorgen. Man kann nur hoffen, daß die Armen, Rechtlosen und Unterdrückten sich jetzt ihrer eigenen Kraft bewußter sind und den begonnen Kampf um ihre Rechte vorantreiben - bis zur echten, der sozialen Revolution.

Grober Überblick über die Geschichte der Philippinen von der "Entdeckung" bis zur Gründung der Republik

1521 von Magalhaes "entdeckt"

1565 Beginn der Eroberung und Kolonisierung durch Spanien

1800 -
1898 mehrere Aufstände gegen die spanische Ausbeutung und Unterdrückung, die aber immer niedergeschlagen wurden

1898 im Zuge ihrer imperialen Machtpolitik zetteln die USA einen Krieg mit der einstigen Kolonialmacht Spanien an, den sie gewinnen; Annexion der Philippinen und Hawai, sowie Abtretung von Guam und Puerto Rico an die USA

1942 Eroberung und Besetzung durch Japan

1945 Rückeroberung durch die USA

1946 Republik; steht jedoch unter völliger Kontrolle der USA (Wirtschaftshilfe, Militärhilfe, Stützpunkt- und Beistandsvertrag, Zollunion)

